LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS



KAPITALOZÄN



KAPITAL
OZÄN

Jede weitere Verzögerung führt dazu,
»Es ist nicht zu spät«
dass wir ein kurzes und sich schnell
ist das neue »Eine andere Welt ist möglich« –
schließendes Zeitfenster zur Sicherung
die richtige Antwort auf die jeweils
einer lebenswerten Zukunft für alle
herrschende Atmosphäre der Zeit.
verpassen werden.

6. Bericht des Weltklimarats 2022 Bini Adamczak auf Twitter



EDITORIAL

Jeden Morgen der Blick aufs Krisenbarometer: 220 Tage Krieg in der Ukraine, die Erderwärmung überschreitet die 1,3-Grad-Marke und die Inflation klettert auf 10 Prozent. Statt Jahreszeiten sind es Krisen, die unser Jahr beschreiben. Aber sie lösen einander nicht ab, sondern verstärken sich wechselseitig. Wie lässt sich eine Zeit auf den Begriff bringen, die sich selbst überschlägt? Wie betreibt man Zeitdiagnose, wenn eine Verwerfung die nächste jagt? Führt der Katastrophenkapitalismus über kurz oder lang zum ökologischen Kollaps? Das sprengt die Vorstellungskraft, löst Panik aus oder wird verleugnet. Es geht darum, ins Handeln zu kommen und die Triebkraft der Katastrophe beim Namen zu nennen: Nicht »die Menschheit« zerstört den Planeten, wie es der populäre Begriff vom Anthropozän nahelegt. Es ist die kapitalgetriebene Aneignung und Verwertung der Natur, die uns all das eingebrockt hat und mit der der Planet nicht zu retten ist. Wir leben im KAPITALOZÄN.

»Es liegt an uns, dass das nicht das letzte Kapitel unserer Geschichte ist«, schreiben die Aktiven des Studierendenverbands Die Linke.SDS im Schlusswort dieser Ausgabe, die wir gemeinsam mit ihnen konzipiert haben. Für ihre Generation ist das Existenzielle der gegenwärtigen Vielfachkrise überdeutlich – für sie bedeutet »Leben, Partei zu ergreifen« (Antonio Gramsci). Entsprechend groß ist der Wunsch nach Antworten und Lösungswegen – nach diesen haben wir uns gemeinsam auf die Suche gemacht.

LuXemburg 3/2022 ist ein Dialog: zwischen den Generationen, zwischen den Kämpfen, zwischen Analyse und Strategie und zwischen dem, was ist, und dem, was trotz alledem noch werden kann.

GEGEN DEN KANNIBALISMUS DES KAPITALS

Wie gewinnt die Linke die Zukunft?

Gespräch mit Nancy Fraser

WIRKSAM WERDEN

Welche Strategien braucht die Klimabewegung?

Gespräch mit Franziska Heinisch und Lara Eckstein

GEGENMACHT KANN WACHSEN

Wie gelingt soziale Klimapolitik?

Gespräch mit Sarah-Lee Heinrich



INHALT

KAPITALOZÄN

SCHWERPUNKT



LUXEMBURG
ONLINE

HANDLUNGSFÄHIG IN ANDERTHALB JAHREN
Warum die nächste Tarifrunde des ÖPNV entscheidend ist für die Klimabewegung
Von Jary Koch, Rika Müller-Vahl und Aron Schröter

GRÜNEN KOLONIALISMUS ÜBERWINDEN
Für eine gerechte Energiewende in Nordafrika
Von Hamza Hamouchene

KLIMAGERECHTER INTERNATIONALISMUS
Was heißt das für die Linke hierzulande?
Von Nadja Charaby und Steffen Kühne

DER KOLLAPS DER US-AMERIKANISCHEN HEGEMONIE
Von Minqi Li

HKWM-STICHWORT
KATASTROPHE
Von Juha Koivisto und Thomas Weber

NAHAUFNAHME
»AKTIVISMUS HEISST, NICHT STILLZUBLEIBEN«
Von Salome Dorfer





WAS NOCH

LUXEMBURG ONLINE

GESPRÄCH
MIT LARA ECKSTEIN & FRANZISKA HEINISCH

» Wir müssen verstehen, wie Gewerkschaften und Beschäftigte in die systemische Logik des Autokapitalismus eingebunden werden. «

Lara

» Ohne starke Gewerkschaften und organisierte Arbeiter*innen wird sich Klimapolitik gegen die Interessen der arbeitenden Menschen richten. «

Franziska



WIRKSAM WERDEN
WELCHE STRATEGIEN BRAUCHT DIE KLIMABEWEGUNG?

2018 und 2019 war ein Aufbruch für die Klimabewegung: mediale Aufmerksamkeit, Massendemonstrationen von Fridays for Future, Aktionen im Hambacher Forst und bei »Ende Gelände«. Doch kaum eine Forderung wurde durchgesetzt. Was lernen wir daraus?

LARA: Wir haben damals in kurzer Zeit unglaublich vielen Menschen die Dringlichkeit der Klimakrise nahegebracht. Es fühlte sich an, als stünden wir kurz vor dem Durchbruch. Das Gefühl ist inzwischen verschwunden. Heute glaube ich, dass wir nicht permanent unter dem Druck absoluter Dringlichkeit arbeiten können. Wir müssen weiterhin Menschen wachrütteln, aber der Kampf wird nicht in wenigen Jahren gewonnen. Ich stelle mich darauf ein, mein ganzes Leben für Klimagerechtigkeit kämpfen zu müssen. Und die Bedingungen werden noch schwieriger werden.

FRANZISKA: Unser Erfolg hat damals die Illusion genährt, wir wären unmittelbar wirksam. Es gab ein enormes öffentliches Bewusstsein, doch an den Kräfteverhältnissen konnten wir nichts ändern. Statt konkrete Konflikte zu fokussieren, haben wir vor allem über abstrakte Klimaziele gesprochen und Appelle

an die Politik gerichtet. Inzwischen ist klar: Es fehlt uns an Machtressourcen und an einer Verankerung jenseits aktivistischer Kreise. Darum müssen wir längerfristige Strategien entwickeln, wie wir das fossile Kapital herausfordern und reale Macht aufbauen, zum Beispiel in den Betrieben.

Heißt das, die Bewegung muss aufhören, ihren Fokus auf die Bundesregierung zu richten?

LARA: Nein. Es bleibt weiterhin wichtig, Druck für konkrete Forderungen aufzubauen. Jedes bisschen Regulierung für den Klimaschutz entscheidet über Leben und Tod. Wir können nicht nur an den großen und langsamen Rädern drehen, wir müssen auch die kleinen Schritte gehen. Und: Es geht bei Klimagerechtigkeit nicht nur darum, Industrien stillzulegen. Wir brauchen globale Bewegungsfreiheit, wir wollen Umverteilung, das lässt sich nicht in betrieblichen Kämpfen regeln. Dafür brauchen wir Gegenmacht im politischen System.

FRANZISKA: Ich will die Regierung nicht links liegen lassen, aber wir müssen Forderungen aus einer realistischen Haltung heraus formulieren. Viele denken, dass die Herrschenden irgendwann zur Vernunft kommen, wenn wir sie lang genug überzeugen. Aber wir brauchen Mittel, mit denen wir drohen können, und wir müssen schauen, wo sich wirklich etwas durchsetzen lässt. Ansonsten fallen wir auf symbolische Radikalität zurück und haben keine Möglichkeit praktischer Solidarität.

Jahrelang hat die Klimabewegung Dringlichkeit kommuniziert, inzwischen schließen sich bereits Zeitfenster. Wie geht ihr damit um?

FRANZISKA: Die Dringlichkeit bleibt, es geht ums Überleben, das täglich gefährdet wird. Aber die Fünf-vor-zwölf-Rhetorik erweckt den Eindruck, es wäre um fünf nach zwölf Zeit aufzugeben. Dabei geht es in einer eskalierenden Klimakrise umso mehr darum, möglichst vielen Menschen gute Lebenschancen zu sichern. Alle Verteilungskämpfe sowie Abschottung und Armut werden zunehmen. Darum müssen wir längerfristige Strategien entwickeln und nicht von Mobilisierung zu Mobilisierung hetzen. Natürlich braucht es trotzdem konkrete Solidarität gegenüber denen, die heute gefährdet sind, zum Beispiel über die Seenotrettung.

LARA: Am wichtigsten ist es, gemeinsame Interessen zu suchen und zu kommunizieren. Klimaschutz ist ein materielles Interesse jeder Person, die in den nächsten 20 bis 30 Jahren auf diesem Planeten leben wird – auch der Beschäftigten in der Autoindustrie. Es geht nicht nur darum, aus Mitleid mit den Menschen im globalen Süden zu verzichten. Der Slogan »There are no jobs on a dead planet«

LARA ECKSTEIN kämpft schon lange für Klimagerechtigkeit, seit 2016 als Teil von »Ende Gelände«. Derzeit arbeitet sie bei Campact und begleitete unter anderem die Massendemonstrationen von Fridays for Future. 2021 engagierte sie sich mit »Sand im Getriebe« beim Autobahnaktionstag.

FRANZISKA HEINISCH will Menschen für einen sozial-ökologischen Umbau organisieren. Sie gründete 2020 die Organisation »Justice is Global«, mit der sie aktuell in der Autoindustrie in Thüringen aktiv ist. 2021 erschien ihr Buch »Wir haben (k)eine Wahl. Manifest gegen das Aufgeben« im Blessing Verlag.

trifft zu. Das reichste obere Prozent wird sich weltweit von den Folgen abschotten, alle anderen werden leiden, auf die eine oder andere Weise.

Wie lässt sich das kommunizieren?
FRANZISKA: Angesichts von Krisen, Kriegen und Pandemie können wir nicht mehr nur über das Klima sprechen. Wir müssen alle Symptome, die so eng mit der Klimakrise zusammenhängen, politisieren. Da können wir als Bewegung noch besser werden und direkt an den Erfahrungen der Menschen ansetzen, an dem Gefühl, dass immer neue Krisen über einen hereinstürzen und man immer nur Objekt, nie Subjekt der Veränderung

»Wir werden die Autoindustrie nur in die Krise treiben, wenn wir eine Mehrzahl der Beschäftigten überzeugen, dass sich etwas ändern muss.«

ist. Es profitieren immer die gleichen. Wenn wir von den 99 Prozent reden, dann müssen wir diese Mehrheit auch ansprechen, etwa die Menschen, die gerade unter den Preissteigerungen leiden.
LARA: Ich sehe das genauso. Trotzdem dürfen wir nicht kaschieren, dass nicht alle die gleichen Interessen haben, sondern unterschiedliche Positionen im Herrschaftsgefüge einnehmen. Mittelfristig müssen wir im globalen Norden Einschnitte vornehmen. Wir müssen zum Beispiel die Automobilindustrie in die Krise treiben, die Autoproduktion insgesamt beenden. Das ist dringend – und da gibt es durchaus widerstreitende Interessen und Konflikte mit vielen Beschäftigten und Gewerkschaften. Anders als etwa bei den Beschäftigten im ÖPNV, da lassen sich viel leichter gemeinsame Ziele finden.

Franziska, wie siehst du diesen Widerspruch?
FRANZISKA: Ich bin überzeugt, dass wir Allianzen zwischen der Arbeiter*innenbewegung und der Klimabewegung brauchen. Und zwar nicht nur im ÖPNV. Verkehr ist der Sektor, in dem Emissionen weiter steigen. Wir werden die Autoindustrie nur in die Krise treiben, wenn wir eine Mehrzahl der Beschäftigten überzeugen, dass sich etwas ändern muss. Und zwar auf eine Art und Weise, die ihnen Sicherheit gibt und nicht nimmt. Nur von Verzicht zu sprechen, bringt uns nicht weiter. Ja, es geht um weniger Ressourcenverbrauch und Konsum, aber zugleich geht es um eine Verbesserung des Lebens vieler Menschen. Mehr öffentliche Güter hieße doch mehr Sicherheit und auch mehr Mitgestaltung für uns alle.
LARA: Ich bin absolut dafür, mit mehr Leuten ins Gespräch zu kommen und neue Verbündete zu finden. Aber wir müssen diese Produktion schnell stoppen. Wir können im Zweifelsfall nicht warten, bis wir den perfekten Konversionsplan durchgesetzt haben. So würden wir auch in der Rüstungsindustrie nicht argumentieren – und auch die Autoindustrie tötet. Da scheint es mir sinnvoller, sich direkt für klimafreundliche Beschäftigungsfelder zu engagieren, etwa in der Pflege oder im ÖPNV. Ich habe Angst, dass wir aus einer Sozialromantik, aus einem Ideal von Klassenpolitik heraus fundamentale Interessenkonflikte verkennen.

Franziska, ihr versucht, in der Autoindustrie in Thüringen Beschäftigte zu organisieren. Wie macht ihr das?

FRANZISKA: Wir setzen an den Verwerfungen an, die der Umbau der Autoindustrie mit sich bringt. Unzählige sind von Entlassungen bedroht, ganze Regionen drohen zu veröden – durch Maßnahmen, die dem Klima wenig nutzen und vor allem die Macht der Konzerne absichern. Justice is Global ist ein Organizing-Kollektiv, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, punktuell vorzumachen, wie wir durch Organizing eine klimagerechte Konversion vorantreiben können. Derzeit sind wir bei einem Zulieferkonzern aktiv. Wir wollen die Kolleg*innen unterstützen, die sagen: »Ja, wir können unsere Produktion so umstellen, dass sie anderen Zwecken dient«, deren Vorschläge aber nicht gehört werden. Wir gehen als Klima-Aktivist*innen ans Werkstor und suchen das Gespräch. Langfristig wollen wir gemeinsame Auseinandersetzungen mit den Beschäftigten und der Gewerkschaft führen.

Welche Rolle spielen Gewerkschaften für euch?

FRANZISKA: Eine enorm wichtige. Ohne starke Gewerkschaften und eine organisierte Arbeiter*innenschaft wird sich Klimapolitik gegen die Interessen der arbeitenden Menschen richten. Aber natürlich müssen wir strategiefähig werden, innerhalb und gegenüber der IG Metall. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht alles Richtung E-Mobilität geht, sondern in Richtung öffentliche Mobilität. Dafür müssen wir auch gemeinsam mit den Beschäftigten Druck auf die Landespolitik aufbauen.

Überzeugt dich das, Lara?

LARA: Ich denke, wir müssen die Transformation erstmal den aktuellen Regierungen abringen, die sie gegen fossile Interessen durchsetzen müssen. Dafür muss unsere Macht größer werden als deren Lobbymacht. Ich halte es für sinnvoll, Gewerkschaften einzubeziehen, wir müssen aber auch deren Einbettung und die der Beschäftigten in die systemische Logik des Autokapitalismus verstehen. Sie profitieren auch vom ungerechten Status quo. Trotzdem ist es gut, die konkreten Personen zu erreichen und zu überzeugen.

FRANZISKA: Das stimmt, aber wir können diese Institutionen nicht umgehen und uns aus einer Anti-Haltung heraus allein auf »die Menschen« konzentrieren und sie alle einzeln einsammeln – sie organisieren sich nicht umsonst in diesen Institutionen. Wir brauchen diese mächtigen Akteure, um Gegenmacht aufzubauen.

Die sozialen Kosten der Transformation werden unter den jetzigen Bedingungen nicht abgefedert, und das spielt womöglich den Rechten in die Hände. Wir gehen wir damit um?

LARA: Rechte Mobilisierungen gibt es jetzt schon, angesichts steigender Energiepreise und einer neoliberalen Politik der Spaltung. Das ist nicht das Ergebnis unserer Politik. Natürlich müssen wir unsere Ziele breit kommunizieren, so wie in Frankreich Leute von Extinction Rebellion auf die Gelbwesten zugegangen sind. Aber ich bin dagegen, dass wir unsere Forderungen abmildern, um einer bestimmten Gruppe – meist männliche und gut bezahlte Beschäftigte – nicht auf die Füße zu treten. Stattdessen müssen wir öffentlich wahrnehmbar und sprechfähig sein, mit eigenen Standpunkten, die ausstrahlen. Wir müssen zum Beispiel über die Hitze sprechen, die vor allem die Menschen mit wenig Geld trifft. Der Kampf um Klima-

gerechtigkeit ist ein Marathon – es gibt keine Abkürzung.

FRANZISKA: Ich komme aus einem Gebiet im Ruhrpott, das vom Strukturwandel betroffen ist – wirklich verödet, tot. Hier erreichen wir nicht viel mit allgemeinen Diskussionen zur Klimakrise. Wir müssen uns mit den Anliegen der Leute auseinandersetzen. Wenn wir diese

»Der Kampf um Klimagerechtigkeit ist ein Marathon – es gibt keine Abkürzung.«

beiseiteschieben und keine Strategie für eine umfassende Veränderung entwickeln, wird die Klimabewegung marginal bleiben. Wir brauchen aber gesellschaftliche Mehrheiten. Mit Blick auf die sozialen Folgen der Inflation halte ich es etwa für entscheidend, dass die Klimabewegung Teil der Kämpfe gegen Preissteigerungen im Herbst wird. Wir müssen unter Beweis stellen, dass wir Seite an Seite mit jenen kämpfen wollen, die beim Blick auf ihr Konto Existenzsorgen haben. Das ist auch ein wesentlicher Schritt im Kampf gegen rechte Mobilisierungen.

Lara, wenn es eher nicht die Beschäftigten der Autoindustrie sind – wo sollte die Klimabewegung ansetzen?

LARA: I believe in people power! Wir müssen noch viel mehr Menschen sein, die auf die Straße gehen und Veränderungen einfordern. Ich sehe momentan die Gefahr der Zerfaserung der Klimabewegung. Viele sind ausgepowert und wenden sich lieber konkreten Kämpfen zu, die gewinnbar erscheinen. Wir brauchen aber auch wieder bundesweite Aktionen. 2019 war die Ermächtigung doch nicht nur eine Illusion, Franziska. Die Erfahrung hat uns real verändert. Wir brauchen wieder Orte, wo wir als Bewegung zusammenkommen. Klimacamps, bundesweite Klimastreiks. Nicht weil wir denken, dass die Regierung dann schlotternde Knie bekäme, aber damit wir als Bewegung wieder glauben, dass wir es schaffen können.

FRANZISKA: Ich sehe die Gefahr, dass wir die kleinen Schritte einfordern und das Gefühl haben, symbolisch zu gewinnen – obwohl wir keine substanziellen Fortschritte erzielen. Im Zweifel werden wir in eine Transformation von oben eingebunden. Ja, wir müssen zusammenkommen gegen das Zerbröseln und Alleinsein. Aber wir müssen mehr Menschen erreichen, sonst kommen wir immer nur mit uns selbst zusammen.

»Ende Gelände« setzt seit vielen Jahren auf zivilen Ungehorsam. Wie weit trägt das? Sind die Aktionen zugänglich und anschlussfähig genug?

LARA: Sicher könnten sie noch zugänglicher sein, aber ich würde das nicht am Mittel des zivilen Ungehorsams festmachen. Extinction Rebellion ist es in Großbritannien gelungen, Massen zu politisieren. Ein ziviler Ungehorsam der Zehntausenden ist möglich. Aber dazu müssen wir inklusiver werden. Im Moment empfinde ich unsere Bewegung oft als zu wenig offen und fehlertolerant.

FRANZISKA: Genau, wenn man Leute tatsächlich für sich gewonnen hat, schrecken sie auch radikale Protestformen nicht ab. Aber die Frage ist, wie gewinnen wir die Leute? Ziviler Ungehorsam allein ist noch keine Strategie. Es ist eine Taktik, um Konflikte zuzuspitzen, Öffentlichkeit zu erzeugen. Diese Taktik immer wieder einfach zu wiederholen,

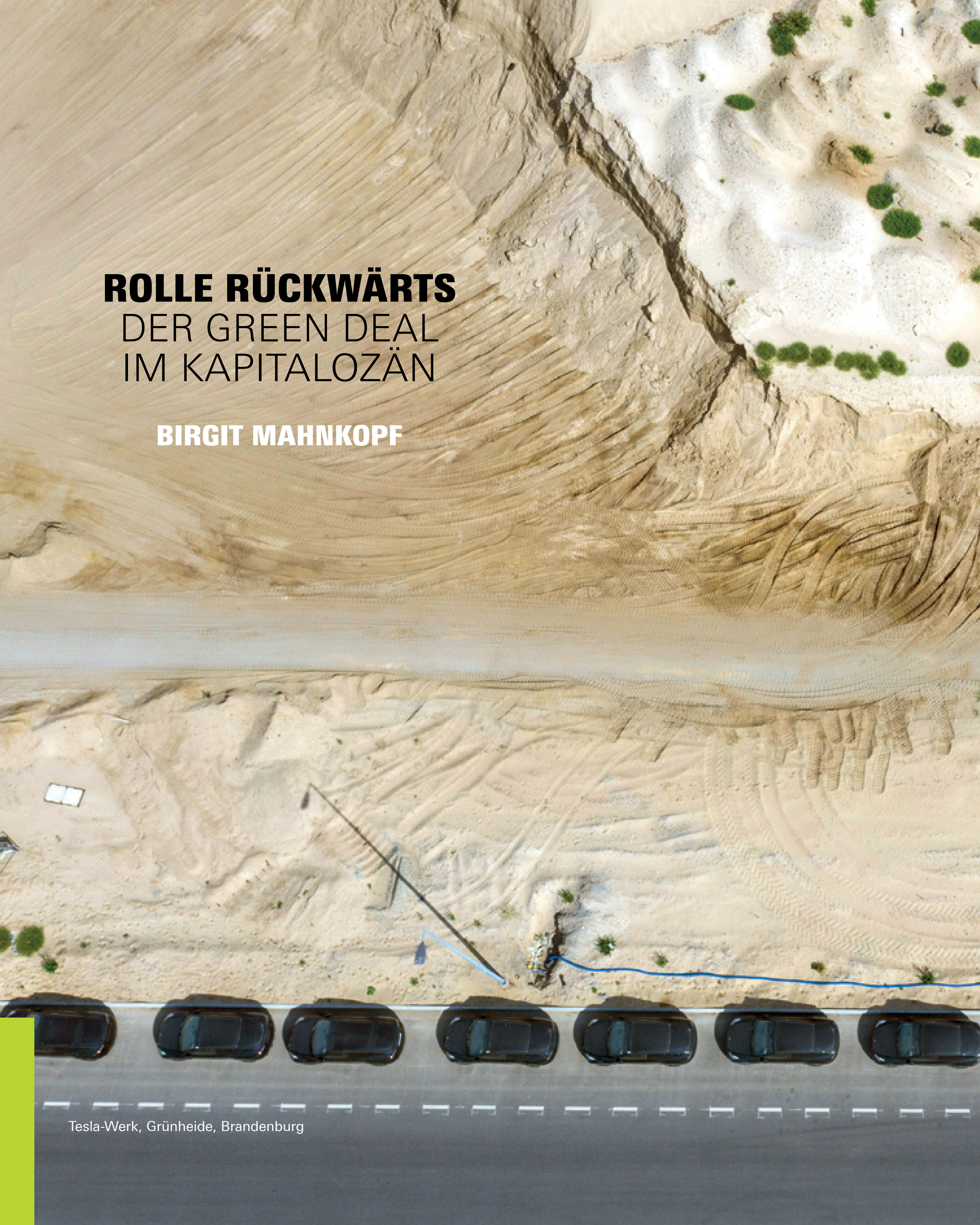
gibt aber keine Antwort auf unsere strategischen Fragen. Wie organisieren wir betroffene Menschen vor Ort? Wie bauen wir entlang von Lieferketten Druck auf Konzerne auf? Wie mobilisieren wir massenhaft Menschen für Aktionen? Um das zu erreichen, müssen wir unterschiedliche Taktiken kombinieren.
LARA: Ja. Aber auch Organizing ist »nur« eine Taktik.
FRANZISKA: Da würde ich widersprechen. Es ist eine Methode, die mittels verschiedener Taktiken ein strategisches Ziel verfolgt: eine Mehrheit von Menschen für ein gemeinsames Ziel zu gewinnen und effektiv Macht aufzubauen.
LARA: Angesichts der Breite der Bewegung ist das, was ihr macht, nur eine von vielen möglichen Aktionsformen: in den Betrieb gehen und mit Arbeiter*innen sprechen. Es gibt aber viele andere Ebenen: bundesweite Mobilisierungen, zivilen Ungehorsam und vieles mehr. Im besten Fall ergänzen sich diese Ebenen, als Teil diverser Strategien, die ineinandergreifen.

Apropos Strategien: Wo seht ihr zentrale Gegner und Verbündete in den nächsten Jahren?
LARA: Hauptgegner der Klimagerechtigkeit ist aktuell die Ampelregierung und ihre neoliberale Politik – und das fossile Kapital der Energie- und Autokonzerne. Verbündete sind potenziell alle Menschen, die sich um ihre Zukunft sorgen und die sich im Winter die warme Dusche nicht leisten können. Die müssen wir jetzt erreichen.
FRANZISKA: Ja, die Ampelregierung ist ein wesentlicher Gegner und steht für die gefährliche Illusion eines grünen Kapitalismus. Und natürlich die Konzernmacht im Energie-, Automobil- und Rüstungsbereich – aber auch im Gesundheitssystem, auf dem Wohnungsmarkt oder im ÖPNV. Wir müssen diesen Konzernen öffentliche Güter abringen. Es muss ein Sog der Vergesellschaftung entstehen. Dafür sind Gewerkschaften ein wichtiger potenzieller Verbündeter. Potenziell wohlgemerkt, weil sie dort noch nicht sind. Die Klimabewegung braucht insgesamt einen *labour turn* und die Gewerkschaften brauchen dringend einen *climate turn*. Den zu erringen, ist viel Arbeit.
LARA: Es gab bei Fridays for Future viele Leute, die darauf gehofft haben, innerhalb der Grünen Verbündete zu finden und Veränderungen anzustoßen. Inzwischen ist klar:

»Wenn wir Arbeitskonflikte politisch aufladen, kann das ein Kipppunkt für gesellschaftliche Veränderung sein.«

Das hat nicht geklappt. Ich habe Angst, dass wir bei den Gewerkschaften einer ähnlichen Illusion erliegen und auch dort die Realos zu mächtig sind.
FRANZISKA: Es ist naheliegend, dass das passiert. Aber wir wollen zumindest versuchen, es zu verhindern. Wir setzen ja nicht auf die Funktionär*innen, sondern auf eine Politisierung der Basis. Wenn wir Arbeitskonflikte politisch aufladen, kann das ein Kipppunkt für gesellschaftliche Veränderung sein. Sollte es uns gelingen, entlang von Lieferketten konkreten Druck auf die Konzerne aufzubauen, läge dort sogar ein Hebel für eine echte und nicht nur symbolische internationale Solidarität.

Das Gespräch führten Rhonda Koch und Hannah Schurian.



Tesla-Werk, Grünheide, Brandenburg

Wir brauchen einen Systemwechsel, um die ökologische Krise abzuschwächen. Der europäische Green Deal setzt jedoch allein auf den Markt.

BIRGIT MAHNKOPF ist Professorin i. R. für Europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und Mitglied des Institute for International Political Economy (IPE) Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind ökonomische, ökologische und politische Dimensionen der Globalisierung, politische Ökonomie der europäischen Integration insb. Energiepolitik, Arbeitssoziologie und industrielle Beziehungen, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.

Während »Extremwetterereignisse« vielerorts zur »neuen Normalität« geworden sind, bleibt eine »Zeitenwende« aus, die ein Ende des modernen Industriekapitalismus auf fossiler Basis einleiten könnte. Seit Beginn des Holozäns vor circa 12 000 Jahren haben Menschen die nicht-menschliche Natur transformiert und zerstört, durch ihre Art und Weise, sich zu ernähren, sich zu bewegen und zu arbeiten. Zweifellos war ihr Verhältnis zum großen »Rest der Natur« nie von friedlicher Koexistenz gekennzeichnet. Karl Marx hat dies als einen parasitären Stoffwechsel zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur bezeichnet. Doch erst mit der Entstehung des modernen Industriekapitalismus im 18. Jahrhundert, der sich erstmals fossile Rohstoffe zunutze machte, konnten die Stoff- und Energietransformationen durch menschliche Arbeit so gewaltig anwachsen, dass der »metabolische Riss« einen Umfang annimmt, der die Naturgeschichte zur »Menschengeschichte«, zum »Anthropozän« werden lässt.

Das Spezifikum dieser Entwicklung besteht darin, dass eine »soziale Formation« (so bezeichnet Marx den Kapitalismus) den gewaltigen, über Jahrmillionen entstandenen geologischen Formationen ihren Stempel aufdrückt. Es entfaltet sich ein auf grenzenloser Akkumulation basierendes System der Produktion für anonyme, weitgehend selbstregulierte Märkte. Geleitet durch eine ins Unendliche zielende Bewegung der Gewinnmacherei ist sein Wesensmerkmal die Maßlosigkeit – begründet im Geld als Kapital, das immer einen Überschuss erwirtschaften und vermehrt zu seinen Eigner*innen zurückkehren muss. Dieser trotz zyklischer Krisen im Prinzip grenzenlose Prozess der Akkumulation wird durch die Konkurrenz

auf »freien« Märkten erzwungen. »Frei« aber wurden diese dadurch, dass sie sukzessive aus den Institutionen der politischen Gemeinwesen »entbettet« wurden (Karl Polanyi)

»Heute stößt die Selbstverwertungsdynamik des Kapitals an Grenzen.«

und heute nahezu ausschließlich über das Wechselverhältnis von Angebot und Nachfrage gesteuert werden. So wurde eine historisch gänzlich anormale Wachstumsdynamik in Gang gesetzt, die auf einer ›Zauberformel‹ gründete: der exorbitanten Steigerung von Energieproduktion pro Hektar Land (für eine detaillierte Ausführung dazu siehe Moore in diesem Heft). Einzig der Rückgriff auf fossile Energieträger vermochte dabei zu verhindern, was in früheren historischen Perioden ökonomischen Wachstums über kurz oder lang immer zu einem Mangel an Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Ressourcen geführt und daher ein erneutes Schrumpfen der Bevölkerungszahl bewirkt hatte.

Heute stößt diese Selbstverwertungsdynamik des Kapitals auf Grenzen. Auf der einen Seite machen sich diese als *peaks* – also als Höchstverfügbarkeitspunkte – bei nahezu allen essenziellen Stoffen und Energieträgern bemerkbar; auf der anderen Seite sind Grenzen der Absorptionsfähigkeit von Ökosystemen für die von uns nicht mehr benötigten und meist giftig wirkenden Stoffe – in den Meeren, in den Böden und in der Atmosphäre – evident geworden.

Die Menschheit als ganze wird folglich mit einer Metafrage konfrontiert: Welchen anderen als den industriekapitalistischen Entwicklungspfad können wir beschreiten, der nicht länger darauf basiert, dass die Energieproduktion pro (grundsätzlich nicht vermehrbarer) Fläche Land auf dem Planeten gesteigert wird? Denn auch wenn dieses ›Zauberprinzip‹ uns ein niemals zuvor in der Menschheitsgeschichte gekanntes Maß an wirtschaftlichem Wachstum (einschließlich seiner positiven Effekte für die Bildungs- und Gesundheitsversorgung) beschert hat, so bedroht dasselbe Prinzip heute alle Erdenbewohner*innen mit Chaos, Krisen, Konflikten, Kriegen und Vernichtung.

»DEKARBONISIERUNG« VON WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT DURCH EINEN »EUROPEAN GREEN DEAL«?

Gäbe es tatsächlich einen ›ökologischen Imperativ‹, an dem sich alle politischen Entscheidungen ausrichten würden, so ließen sich dessen Leitmargen wie folgt bestimmen: Es bräuchte einerseits eine drastische Reduktion des globalen Pro-Kopf-Energieverbrauchs sowie eine etwa gleichgroße rapide Reduktion des Verbrauchs aller nicht-energetischen Ressourcen und klimaschädlichen Emissionen. Die Umsetzung einer solchen Maxime würde insbesondere in den reichen Industrieländern des globalen Nordens überproportionale Reduktionen erzwingen. Auf Basis der heute vorhandenen technischen, infrastrukturellen und intellektuellen Ressourcen müsste eine solche Entwicklung dabei keineswegs, wie oft befürchtet, mit zivilisatorischen Rückschritten verbunden sein, wohl aber mit einem radikalen Wandel aller Lebens-, Arbeits-, Wohn-, Mobilitäts- und Kommunikationsformen. Das ist letztlich auch die zentrale Botschaft der jahrzehntealten Aufforderung, unseren gigantischen »ökologischen Fußabdruck« zu minimieren.

Weil der menschliche Einfluss auf den Planeten in den letzten 50 Jahren aber immer größer und nicht kleiner geworden ist, hat sich das Zeitfenster für diesen Schrumpfungsprozess bis auf einen winzigen Zeitraum von acht bis zehn Jahren verengt. So plädiert selbst die International Energy Agency IEA (das Sprachrohr der Importeure fossiler Energieträger) dafür, 80 Prozent aller noch vorhandenen fossilen Energieträger im Boden zu lassen und möglichst 50 Prozent der Erde als globales Sicherheitsnetz unter Schutz zu stellen, um den weiteren Verlust von Biodiversität zu stoppen und damit die Möglichkeiten zukünftiger Evolutionsprozesse auf dem Planeten zu erhalten. Denn tatsächlich wird die Zerstörung der Biodiversität, auch wenn dies in den aktuellen Debatten eine untergeordnete Rolle spielt, für die Zukunft des Planeten von größerer Wichtigkeit sein als die absehbar katastrophale Erwärmung, die unsere ›Klimadebatte‹ beherrscht.

Die Versprechen eines »European Green Deal« (EGD) im Rahmen der »Fit-for-55-Agenda« bleiben allerdings weit hinter dem zurück, was die IEA fordert. Denn dieser pragmatische Politikansatz der EU-Kommission beabsichtigt vor allem eines: einen sanften Übergang zur »Klimaneutralität« von Wirtschaft und Gesellschaft und die Förderung von »grünem Wachstum« durch eine flächendeckende »Dekarbonisierung«. Dies Wörtchen geht unseren Regierungsvertreter*innen ebenso leicht von der Zunge wie Vertreter*innen aus Industrie, Wissenschaft, Medien und Gewerkschaften. Doch was verspricht der EGD eigentlich – und konnten bzw. können seine Ankündigungen ernst genommen werden?

Auf den ersten Blick geht es beim EGD um *business as usual*: Es sollen Märkte geschaffen, gestützt und ausgeweitet werden. Geschehen soll dies vor allem dadurch, dass die Märkte von Konkurrenten geschrumpft, blockiert oder ganz zunichtegemacht werden, beispielsweise durch die Macht, globale Standards (für technische Normen und rechtliche Regeln und vor allem für die Preise) zu setzen. Auch eine »Dekarbonisierung« von Wirtschaft und Gesellschaft soll vornehmlich so wie bisher über die Preise für neue Technologien, Produkte und Dienstleistungen gesteuert werden. Eine Mengensteuerung oder Ge- und Verbote gelten hingegen als abzulehnende

»Denn tatsächlich wird die Zerstörung der Biodiversität, auch wenn dies in den aktuellen Debatten eine untergeordnete Rolle spielt, für die Zukunft des Planeten von größerer Wichtigkeit sein als die absehbar katastrophale Erwärmung, die unsere ›Klimadebatte‹ beherrscht.«

Eingriffe in private Freiheits- und Verfügungsrechte. Daneben wird wie lange schon auf das Allheilmittel »Effizienzsteigerung« gesetzt und selbstverständlich sollen Konsumpraktiken allein durch freiwillige Verhaltensänderungen korrigiert werden.

Die Zielsetzungen des EGD decken sich zwar weitgehend mit der EU-2020-Strategie von 2009, neu ist hingegen die Betonung von »Energiesicherheit durch weniger Energieimporte« und die Zielsetzung, alle gesellschaftlichen Bereiche digitalisieren zu wollen. Weitere Ziele umfassen eine Ausweitung des Handels mit Verschmutzungsrechten und den beschleunigten Ausbau sogenannter emissionsfreier Energie, außerdem die Elektrifizierung von Industrie, Verkehr und

Wohnen und damit eine bombastische Ausweitung des Energiebedarfs.

Viele dieser Maßnahmen sollen erst ab 2023 umgesetzt werden, also nachdem sie in diversen EU-Gremien und in den einzelnen Mitgliedsstaaten unter dem Einfluss von Lobbygruppen noch weiter ›heruntergehandelt‹ worden sind. Doch bereits jetzt sind skandalöse Blindstellen des EGD offensichtlich: Es findet keine »Ökologisierung« der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik der EU statt. Es soll zwar die staatliche Subventionierung fossiler Energie beendet werden, nicht aber die Subventionierung der Exporte von Fördertechnologien für den Abbau fossiler Energien im Ausland (was insbesondere deutschen und französischen Unternehmen zugutekommt). Hinsichtlich der häufig beschworenen Kreislaufwirtschaft findet sich in den EGD-Plänen außer der geplanten Einführung von fakultativen Nachhaltigkeitslabels nichts Konkretes.

»Der bisherige Entwicklungspfad moderner Industriegesellschaften, also die Steigerung der Energieproduktion pro Hektar Land, wird weiter verfolgt.«

Ein Rückblick zur Einordnung: Im Rahmen der EU-2020-Strategie, also zwischen 1990 und 2020, kam es in der EU zu einer Reduktion der CO_2-Emissionen um gerade einmal 24 Prozent. Dies geschah vor dem Hintergrund des wohl größten und historisch bislang einmaligen Deindustrialisierungsprozesses in Ost- und Mitteleuropa. Auf eine Wiederholung dieser Entwicklung aber wird wohl niemand setzen wollen. Zudem wurden technische Innovationen zur Erzeugung erneuerbarer Energie in dieser Zeit vornehmlich dazu genutzt, den gestiegenen Energieverbrauch in der EU abzudecken. Nichts spricht dafür, dass dies in Zukunft anders sein wird. Wenn der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch in der EU seit 1989, also in mehr als 30 Jahren, auf gerade einmal 19,7 Prozent erhöht werden konnte, dann muss schon an Wunder glauben, wer behauptet, dass in den nächsten acht Jahren nun EU-weit gleich 40 Prozent der CO_2-Emissionen eingespart werden können und der Anteil der erneuerbaren Energieträger in 25 Jahren auf 77 Prozent steigen wird.
Der bisherige Entwicklungspfad moderner Industriegesellschaften, also die Steigerung der Energieproduktion pro Hektar Land, wird weiter verfolgt. Nun aber soll dies durch eine im doppelten Wortsinn ›fantastische‹ Ausweitung der Produktion von erneuerbarer Energie geschehen. Obwohl doch Energie aus erneuerbaren Quellen wie Wind und Sonne eine viel geringere Energiedichte aufweist als Kohle, Öl und Gas, also weit mehr von diesen Energieträgern benötigt werden als von den fossilen, um die gleiche ›Arbeitsleistung‹ zu erbringen. Zudem braucht es für den Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen große Mengen an teuren und rohstoffintensiven Technologien, was mit anderen Ausbauplänen des EGD – wie etwa der Förderung der E-Mobilität oder der Digitalisierung vieler gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und vor allem militärischer Einrichtungen – kollidieren könnte.

Der wohl wichtigste Effekt eines wie geplant umgesetzten EDG dürfte also darin bestehen, dass die ökologische Krise ein wenig von der ›Output-Seite‹ der klimaschädlichen Emissionen zur ›Input-Seite‹, also der gesteigerten Rohstoffextraktion hin, verlagert wird.

Wobei der durch das EGD-Programm enorm gesteigerte Bedarf an nicht-energetischen Ressourcen vornehmlich als ein geopolitisches Problem des Zugangs zu »kritischen Metallen« verstanden wird, während die damit verbundenen ökologischen und sozialen Probleme nur selten Erwähnung finden. Zudem sind mit dem Fokus auf das (unrealistische) »Null-Emissionsziel« gravierende geopolitische Konflikte verbunden. Denn die weltweit größte Menge an »kritischen Rohstoffen« wird in China gefördert und/oder produziert. Dabei handelt es sich um einen Staat, der heute nicht nur in der Lage ist, Rohstoffe in Vorprodukte zu verwandeln. Seine Unternehmen können inzwischen auch viele höherwertige Endprodukte selbst herstellen. Das setzt Unternehmen aus den reichen Industrieländern Europas und aus den USA, die bislang genau darin ihre Wettbewerbsvorteile sahen, erheblich unter Druck.

»ROLL-BACK« DES EGD IM ZEICHEN EINER MILITÄRISCHEN »ZEITENWENDE«

Die Versprechungen des EGD waren zwar schon 2021 kaum mehr als eine »Nebelkerze« (Mahnkopf 2021), wenn nicht ein großer (Selbst-)Betrug (Mahnkopf 2022). Doch der Finanz- und Wirtschaftskrieg, mit dem die NATO-Staaten Russland in die Knie zwingen wollen, machen den EGD nun zu einem regelrechten ›Fake-Programm‹. Nicht einmal zwei Wochen nach Beginn des Ukrainekriegs hat die Europäische Kommission ihr »REPower-Programm« verabschiedet. Darin ist festgehalten, dass für die Dauer von fünf bis zehn Jahren fünf Prozent mehr Kohle in der EU verbrannt werden dürfen, was pro Jahr in etwa dem Stromverbrauch Belgiens entspräche. Zugleich werden viele EU-Staaten ihre Atomenergieerzeugung ausbauen, unter anderem mit dem Effekt, dass im Jahr 2030 – wenn es denn tatsächlich zu einem größeren Zubau von Wind- und Solarenergie gekommen sein sollte – bei einem Überangebot an Strom im Sommer nicht die Atommeiler abgeschaltet werden, sondern die »flexiblen« Anlagen, die erneuerbare Energie erzeugen. Dabei scheint es auch unwichtig, dass

»Hinsichtlich des Öls – nach wie vor das ›Lebensblut des Kapitalismus‹ – bleibt alles beim Alten.«

Frankeich seine Atombrennstäbe nach wie vor per Flugzeug aus Russland bezieht. Was aber keinesfalls erstaunlich ist, denn der Markt für zivile Atomenergie wird faktisch von einem Duopol von russischen und chinesischen Unternehmen beherrscht. Hinsichtlich des Öls – nach wie vor das ›Lebensblut des Kapitalismus‹ – bleibt alles beim Alten: Dessen Beschaffung wird um (fast) jeden Preis sichergestellt, eine Beschränkung des Verbrauchs steht nicht auf der Tagesordnung, nicht einmal in Form ›harmloser‹ Verbote von Sonntagsfahrten oder Inlandsflügen oder einer Einführung von City-Mauts in europäischen Großstädten. Solange Öl von irgendwoher beschafft werden kann, steht eine in die unternehmerischen Marktrechte eingreifende Rationierung nicht zur Debatte; ganz im Gegenteil: Aus wahltaktischen Überlegungen wird das Benzin in vielen Ländern staatlich subventioniert.

Die beim Ausbruch der COVID-19-Krise im Jahr 2020 beschworene »Zeitenwende« hat seit Februar 2022 also ein neues Vorzeichen bekommen. Sie wird aber nicht, wie damals erwartet wurde, eine ökologische sein,

sondern eine durch und durch militärische. Das politisch moderierte Schrumpfen der »braunen Industriezweige« – der Autobranche, ihrer Zulieferer oder gar der Luftfahrt-, Stahl- und petrochemischen Industrie – ist nach wie vor undenkbar. Und für die Rüstungsindustrie gilt dies seit Beginn des Ukraine-Kriegs noch weniger als früher. Auch ein Schrumpfen der wasser- und schadstoffintensiven industriellen Landwirtschaft darf in Zeiten steigender Energie- und Lebensmittelpreise nicht erwartet werden. An das spätestens seit der großen Finanzkrise der Jahre nach 2008 überfällige Schrumpfen des Finanzsektors und seine Rückführung in eine der Realwirtschaft dienende Funktion ist ohnehin nicht mehr zu denken – obwohl die Folgen der Klimakatastrophe und längerfristig hohe Energiepreise bei den Stresstests, die Banken der Eurozone durchlaufen müssen, keineswegs angemessen berücksichtigt werden.

Mit Blick auf die Ölversorgung ist es also nicht verwunderlich, dass als Antwort auf die neue Volatilität 195 neue große Öl- und Gasprojekte vorangetrieben werden, »Carbon Bombs«, die den 35,5 Milliarden Tonnen CO_2, die im Jahr 2021 emittiert wurden, noch einmal eine Milliarde hinzufügen werden. Denn nahezu alle EU-Staaten, allen voran der auf fossile Energieträger besonders angewiesene »Industriestandort Deutschland«, setzen fest auf die Substitution relativ billiger, weil über langfristige, mit einem Souverän (dem russischen Staat) abgesicherte Verträge durch eine Ölbeschaffung über »Spotmärkte«. Auf diesen aber sind Rohstoffe deutlich teurer, denn sie werden tages- und sogar stundenaktuell von privaten Akteuren an den Meistbietenden verhökert. Europäische und vor allem deutsche Käufer zahlen zurzeit nahezu jeden Preis auf diesen Märkten – zum Leidwesen etwa von Nachfragern aus Indien, die nun wieder mehr Kohle verfeuern und selbstverständlich das preisgünstige russische Öl kaufen.

Doch auch die »neue Gaspolitik« der EU entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ein monströser Wechselbalk: Es werden längerfristig bindende Verträge über die Lieferung von Flüssiggas abgeschlossen, das insbesondere aus den USA beschafft werden soll. Dieses Gas muss aber genauso wie das Öl zu hohen Preisen geordert werden, um in Zukunft verfügbar zu sein. Vor allem aber werden Investitionen in die Erschließung von Lagerstätten notwendig, in denen Gas (und Öl) sich nicht in größeren Mengen angesammelt hat, sondern in Gesteinsporen eingeschlossen ist und nur mit aufwendiger Technik zugänglich gemacht werden kann. Das ist ein sehr kostenträchtiges Unterfangen und daher werden entsprechende Investitionen nur dann getätigt, wenn gute Chancen bestehen, dass sich mit dem so geförderten »unkonventionellen Gas« (oder dem Öl aus Teersanden) auch längerfristig ein hoher Preis erzielen lässt. Zudem ist das durch »horizontales Fracking« gewonnene »Liquid Natural Gas« (LNG) fast doppelt so schädlich wie das Pipeline-Gas aus Russland. Denn Fracking-Gas kann nur durch das Aufbrechen von Gestein zugänglich werden und dies erfordert das Einpressen von Wasser, Sand und chemischen Begleitstoffen unter hohem Druck und das nachträgliche Wiederabtrennen, Lagern und Abtransportieren aller Schadstoffe.

Mit Blick auf die fossilen Energieträger lässt sich also festhalten: Es fließt auf beiden Seiten des Atlantiks, im Golf von Mexiko und

an Europas Küsten sehr viel Geld, darunter viele Milliarden an staatlichen Subventionen, die in den Bau von neuer Infrastruktur gehen, insbesondere für Terminals und Pipeline-Anbindungen an das bestehende Gasnetz. Voraussehbar ist jedoch, dass viele dieser Terminals bereits bei ihrer Fertigstellung oder kurz darauf als Investmentruinen abgeschrieben werden müssen. Wenn sie jedoch weitergenutzt würden, so geschähe dies vermutlich unter Missachtung eines ökonomischen Kalküls – weil ihre Kapazitäten schlichtweg überdimensioniert wären –, mit Sicherheit aber gegen jede »ökologische Vernunft«. Denn eines darf als gesichert gelten: Wenn in der EU weiter massiv in die Infrastruktur für Flüssiggas investiert wird, verstärken sich institutionelle und technologische Log-in-Effekte, die das fossile kapitalistische Regime zulasten allen Lebens auf der Erde ›lebendig‹ erhalten.

NÜCHTERNES RESÜMEE

Ohne einen *regime change* bei der Energie- und Rohstoffnutzung durch die reichen Industrieländer kann die ökologische Krise nicht abgeschwächt werden und wird daher in eine planetare Katastrophe münden. Mit dieser werden aber zugleich die modernen kapitalistischen Industriegesellschaften an ihre ökonomischen, sozialen und politischen Kipppunkte getrieben. Die Befolgung des ökologisch, aber ebenso auch sozial Notwendigen würde zweifellos in eine veritable Krise des Kapitalismus münden. Eine solche können sich aber die meisten Menschen noch weitaus weniger vorstellen, als dass die ganze vertraute Welt zugrunde geht. Daher bleiben sie auf Gedeih und Verderb fixiert auf eine Ökonomie, die die Transformation von Stoffen und Energieträgern nur innerhalb der eng definierten Marktmechanismen betreibt.
Aus heutiger Sicht gebietet es eine realistische Weltsicht – die nicht per se als eine pessimistische verunglimpft werden sollte –, dass die kurz- und mittelfristigen Konsequenzen, die das ›Kippen‹ eines nicht-nachhaltigen weltökonomischen und weltökologischen Kapitalismus mit sich bringt, von vielen Menschen geleugnet und mit ungeeigneten Mitteln bekämpft werden. Das wird unabänderlich in schwere Konflikte, Aufstände, Revolten und gewaltsame Auseinandersetzungen münden. Dennoch ist daran festzuhalten, dass immer etwas Neues entstehen kann, selbst wenn niemand heute sagen könnte, wie und was dies sein wird. Wir sollten daher eine Ethik des »Trotz alledem« (Karl Liebknecht) entwickeln und befolgen. Denn: »Die Zukunft ist dunkel, was – im Ganzen gesehen – wohl das Beste ist, was die Zukunft sein kann«, so Virginia Woolfs Tagebucheintrag vom 18. Januar 1915.

»Ohne einen *regime change* bei der Energie- und Rohstoffnutzung durch die reichen Industrieländer kann die ökologische Krise nicht abgeschwächt werden.«

Dies ist die gekürzte Fassung eines Beitrags, der im Jahrbuch 2022 der Erich-Fromm-Gesellschaft im November in voller Länge erscheinen wird.

LITERATUR

Mahnkopf, Birgit, 2021: Nebelkerze Green New Deal, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2021, 75–84
Mahnkopf, Birgit, 2022: Der große (Selbst-)Betrug, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Green New Deals 3–4/2022, 42–46

PLANETARISCHE GERECHTIGKEIT IM KAPITALOZÄN

JASON W. MOORE

Es ist nicht »die Menschheit«, die die Klimakrise verursacht, es ist die Weltökologie des Kapitalismus.

Wer ist für die Klimakrise verantwortlich? Wer kein Klimaleugner ist, wird schnell die Antwort parat haben: die Menschheit. Leben wir nicht im Anthropozän, dem Zeitalter der Erdgeschichte, in das sich der Mensch unwiderruflich eingeschrieben hat?

Ja und nein. Zwischen »Die Menschen sind verantwortlich!« und »*Bestimmte* Menschen sind verantwortlich!« besteht ein großer Unterschied. Angesichts der extrem ungleichen Verteilung von Wohlstand und Macht in unserem Weltsystem stellen immer mehr radikale Intellektuelle und Klimaaktivist*innen infrage, ob »die Menschheit« kollektive historische Verantwortung für den Klimawandel trägt. Sie sehen in der Rede vom anthropogenen Klimawandel eine besonders perfide Art, denjenigen die Schuld aufzubürden, die ohnehin unter Ausbeutung, Gewalt und Armut leiden.

Ich würde stattdessen sagen: Wir leben im Zeitalter der kapitalogenen Klimakrise, kapitalogen im Sinne von »vom Kapital gemacht«. Wie das verwandte Kapitalozän mag es zunächst etwas plump klingen. Das hat jedoch wenig mit dem Wort zu tun – das System bürgerlicher Herrschaft hat uns gelehrt, den Begriffen zu misstrauen, die das System der Unterdrückung beim Namen nennen. Doch genau das ist seit jeher die Praxis emanzipatorischer Bewegungen. Sie schöpfen ihre Kraft aus neuen Ideen und einer neuen Art des Sprechens über die Dinge. Das verleiht Macht und intellektuelle sowie strategische Orientierung. In dieser Hinsicht war der Mainstream-Ökologismus, der ab 1968 einsetzte – die »Umweltbewegung der Reichen« (Peter Dauvergne), ein Desaster. Der Fokus auf den »ökologischen Fußabdruck« lenkte die



Aufmerksamkeit auf den individuellen Konsum. Der Begriff Anthropozän legt nahe, die planetarische Krise sei eine natürliche Folge der menschlichen Natur – als rührte sie daher, dass Menschen halt handeln wie Menschen, so wie Schlangen Schlangen sind und Zebras Zebras. Die Wahrheit ist offensichtlich nuancierter: Wir leben im Kapitalozän, im Zeitalter des Kapitals. Wir wissen ziemlich genau, wer für die heutigen und vergangenen Krisen verantwortlich ist. Die Verursacher*innen haben Namen und Adressen, angefangen bei den acht reichsten Männern der Welt, die mehr Vermögen besitzen als die ärmsten 3,6 Milliarden der Weltbevölkerung.

WAS IST DAS KAPITALOZÄN?

Das Kapitalozän ist kein geologischer Begriff und obwohl die Ökonomie entscheidend ist, geht es nicht einfach um ein Wirtschaftssystem, das die Krise verursacht. Es ist der Versuch, den Kapitalismus als ein zusammenhängendes geografisches sowie strukturiertes historisches System zu verstehen. Das Kapitalozän ist demnach eine Geopoetik, die den Kapitalismus als eine »Weltökologie der Macht« und der (Re-) Produktion im »Lebensnetz« begreift.

JASON W. MOORE ist Historiker, Humangeograf und Professor für Soziologie an der Universität Binghamton, N.Y. Sein letztes Buch, »Kapitalismus im Lebensnetz: Ökologie und die Akkumulation des Kapitals«, erschien 2020 bei Matthes & Seitz.

Bevor wir uns näher mit dem Kapitalozän befassen, müssen wir uns über das Anthropozän klar werden, von dem es zwei gibt. Das erste ist das *geologische* Anthropozän, mit dem sich die Geologie und die Erdsystemwissenschaften beschäftigen. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf *golden spikes*: Schlüsselmarkierungen in der stratigrafischen Schicht, die geologische Epochen kennzeichnen. Im Fall des Anthropozäns gelten Plastikreste, Hühnerknochen und Atommüll als solche *spikes*. (Das ist der Beitrag des Kapitalismus zur geologischen Geschichte!) Die Biogeografen Simon Lewis und Mark Maslin markieren das Jahr 1610 als Beginn des geologischen Anthropozäns. Der Zeitraum zwischen 1492 und 1610, der als »Orbis Spike« bezeichnet wird, war nicht nur das Zeitalter der Eroberungen von Kolumbus und seinesgleichen. Der Völkermord in den Amerikas führte zudem zur Wiederbewaldung

und einer Absenkung der CO_2-Emissionen bis 1550 und trug so zur Entstehung der Kleinen Eiszeit und einigen kälteren Jahrzehnten zwischen 1300 und 1850 bei. Das geologische Anthropozän ist also eine bewusste Abstraktion historischer Verhältnisse, um die biogeografischen Beziehungen zwischen der Gattung Mensch und der Biosphäre zu verdeutlichen. Das ist durchaus nachvollziehbar und vernünftig. Die These vom Kapitalozän bezieht sich aber nicht auf die geologische Geschichte.

Ihr geht es um die Erdgeschichte – die biogeologischen Veränderungen, die grundlegend für die Entwicklung menschlicher Produktions- und Machtverhältnisse sind. Hier steht das Kapitalozän einem zweiten Anthropozän gegenüber: dem *populären* Anthropozän. Letzteres ist Teil einer viel breiteren Diskussion in den Geistes- und Sozialwissenschaften über die historische Entwicklung und Gegenwart der planetarischen Krise. Es gibt dabei keine saubere Trennung, und viele Erdsystemwissenschaftler*innen wechseln gern zwischen dem geologischen und dem populären Anthropozän hin und her.

Für das populäre Anthropozän ist das Hauptproblem das Verhältnis zwischen »Mensch« und »Natur« – ein Problem, das einen deutlichen Gender-Bias hat, wie Kate Raworths Begriff des »Manthropozän« deutlich macht. Dieses Anthropozän präsentiert ein Modell der planetarischen Krise, das alles andere als neu ist. Es ist die Neuauflage einer Kosmologie von »Mensch« und »Natur«, die sowohl auf das Jahr 1492 zurückgeht als auch auf Thomas Malthus im 18. und 19. Jahrhundert: die Erzählung von einer Menschheit, die der Natur schreckliche Dinge antut. Die treibende Kraft ist das Schreckgespenst der Überbevölkerung – ein ideologisches Argument, das immer wieder zum Einsatz kommt, um die gewaltsame Unterdrückung von Frauen und People of Color zu rechtfertigen.

Die Worte Mensch und Natur sind nicht bloße Begriffe, sondern Abstraktionen. Sie werden und wurden von Imperien und sich modernisierenden Staaten und Kapitalisten als reale dargestellt, mit dem Zweck, menschliche und außermenschliche Natur jeglicher Art abzuwerten. Einem Großteil der Bevölkerung hat man in der Vergangenheit die volle Zugehörigkeit zur Menschheit abgesprochen. Für diejenigen, die nicht weiß und männlich waren und die nicht dem Bürgertum angehörten, gab es wenig Platz im Anthropos. Seit 1492 beraubten die Superreichen und ihre imperialen Verbündeten People of Color, indigene Bevölkerungsgruppen und praktisch alle Frauen ihrer Menschlichkeit und ordneten sie der Sphäre der Natur zu. Damit war es einfacher, aus ihnen und ihrer Arbeitskraft Profit zu schlagen. Folglich ist die Kosmologie von »Mensch« und »Natur« im populären Anthropozän nicht nur Ergebnis fehlerhafter Analyse, sondern ganz praktisch in die Geschichte der Herrschaft verstrickt. Wenn Vertreter*innen des populären Anthropozäns sich weigern, den kapitalogenen Klimawandel beim Namen zu nennen, dann verkennen sie, dass nicht *der* »Mensch« und sein Verhältnis zur »Natur« das Problem sind, sondern bestimmte Menschen, die sich der profitablen Beherrschung und Zerstörung der Menschheit und der übrigen Natur verschrieben haben.

WELTÖKOLOGIE DER MACHT

Die Unterstellung, alle Menschen seien gleichermaßen schuld am Klimawandel, ist eindeutig falsch. Der Anteil der USA und West-

europas an den CO2-Emissionen zwischen 1850 und 2012 ist dreimal größer als der Anteil Chinas. Und selbst diese nationale Bilanzierung kommt einer Individualisierung der Verantwortung gleich, denn sie berücksichtigt nicht die zentrale Rolle des US-amerikanischen und westeuropäischen Kapitals an der globalen Industrialisierung nach 1945. Seit den 1990er Jahren dienen Chinas Emissionen vornehmlich europäischen und US-amerikanischen Exportmärkten, finanziert durch jahrzehntelange ausländische Investitionen. Ein globales System der Mächtigen und Kapitalisten giert nach immer mehr billigen Naturressourcen und hat seit den 1970er Jahren zum enormen Zuwachs an Klassenungleichheit geführt. So wäre es verblendet, den großen Anteil der USA an der Karbonisierung der Atmosphäre allen US-Amerikaner*innen gleichermaßen zuzurechnen. Die USA waren von Anfang an eine apartheidähnliche Republik, beruhend auf Völkermord, Enteignung und Sklaverei. Nur bestimmte US-Amerikaner*innen sind für die hohen Emissionen ihres Landes verantwortlich, darunter Großkapitalist*innen, Banker*innen, Fabrik-, Großgrund- und Plantagenbesitzer*innen und Sklavenhalter (oder die heutigen Betreiber*innen von Privatgefängnissen).

Das Kapitalozän-Argument lehnt eine anthropozentrische Verflachung nach dem Motto »Wir haben den Feind getroffen, und er ist wir« (so Walt Kellys ikonisches Plakat zum Tag der Erde 1970) ebenso ab wie einen ökonomischen Reduktionismus. Zweifelsohne ist der Kapitalismus ein System der endlosen Kapitalakkumulation. Doch er ist auch eine »Weltökologie der Macht«, der Produktion und der Reproduktion, die für die Krise des Planeten verantwortlich ist. Die »sozialen« Momente der modernen Klassenherrschaft, der weißen Vorherrschaft und des Patriarchats sind daher eng mit Projekten des »Umweltmachens« verbunden, die auf endlose Kapitalakkumulation abzielen. Im Wesentlichen bestand die große Innovation des Kapitalismus seit seinen Anfängen, also nach 1492, vor allem darin, immer wieder praktische Wege zu finden, wie man sich die Natur billig aneignen kann. Die Natur war mehr als eine Idee, sie war eine territoriale und kulturelle Realität, die Frauen,

»Kulturelle Dominanz und politische Gewalt waren die Grundvoraussetzungen für die kapitalogene Zerstörung der menschlichen und außermenschlichen Natur.«

kolonisierte Völker und außermenschliche »Lebensnetze« umfasste und kontrollierte. Da sich diese »Lebensnetze« der Standardisierung, Beschleunigung und Homogenisierung, die die Logik der kapitalistischen Profitmaximierung mit sich bringt, tendenziell widersetzen, war der Kapitalismus nie nur ein Wirtschaftssystem. Kulturelle Dominanz und politische Gewalt waren zu allen Zeiten Grundvoraussetzungen für die kapitalogene Zerstörung der menschlichen und außermenschlichen Natur.

Warum 1492 und nicht 1850 oder 1945? Zu diesen Zeiten lassen sich empirisch zweifellos wichtige Wendepunkte im Grad der Karbonisierung ablesen. Sie zeigen jedoch eher die Folgen und nicht die Ursachen der Krise. Der Kapitalozän-These zufolge müssen wir die Folgen mit der längeren Geschichte von Klassenherrschaft, Rassismus und Sexismus verknüpfen, deren moderne Formen sich seit 1492 herausgebildet haben.

ZIVILISATION VERSUS NATUR

Im 16. Jahrhundert vollzog sich ein Bruch in der Art und Weise, wie Wissenschaftler, Kapitalisten und imperiale Strategen die planetarische Realität verstanden. Man griff auf hierarchische Vorstellungen zurück, um den Menschen und den Rest der Natur zu erfassen. Es gab jedoch keine strikte Trennung zwischen den Beziehungen der Menschen untereinander und ihren Beziehungen zur übrigen Natur. Wörter wie Natur, Zivilisation, Wildheit und Gesellschaft erlangten in der englischen Sprache erst zwischen 1550 und 1650 ihre moderne Bedeutung, in der Zeit der kapitalistischen Agrarrevolution in England und der fossilen industriellen Revolution. In anderen westeuropäischen Sprachen kam es zu ähnlichen Verschiebungen. Auf diesen radikalen Bruch mit alten, eher ganzheitlichen (wenn auch hierarchischen) Sichtweisen folgte

»Der binäre Code Zivilisation versus Wildheit ist ein zentrales Moment des Betriebssystems der Moderne, das auf der Enteignung der Menschen von ihrer Menschlichkeit beruht.«

ein dualistisches Denken, das der Zivilisation »die wilde Natur« gegenüberstellte.

Egal, wo und wann europäische Kolonialisten an Land gingen, stießen sie auf sogenannte Wilde. Es war die Aufgabe der zivilisierten Eroberer, die sogenannte Wildnis zu christianisieren und die »Wilden« zu besseren Menschen zu machen. Die Charakterisierung der Wildnis als »Ödland« rechtfertigte ihre Unterwerfung und Verwüstung sowie die Ausbeutung der Bewohner*innen. Der binäre Code Zivilisation versus Wildheit ist ein zentrales Moment des Betriebssystems der Moderne, das auf der Enteignung der Menschen von ihrer Menschlichkeit beruht. Dieses Schicksal erlitten neben praktisch allen Frauen überall auf der Welt insbesondere indigene Bevölkerungsgruppen, die versklavten Bewohner*innen Afrikas, andere unterdrückte Völker in den Kolonien, aber auch die Bevölkerung Irlands. Diese kapitalistische Geokultur sorgt für die unerlässliche Extremverbilligung des Lebens und der Arbeit, die für jeden großen Wirtschaftsboom unerlässlich und zugleich äußerst gewalttätig und (selbst-)zerstörerisch ist.

Die Vorstellung von Gesellschaft versus Natur steht auch für eine Praxis der Entfremdung, die für die Hegemonie des Kapitalismus ebenso grundlegend ist wie die Entfremdung in den modernen Arbeitsbeziehungen. Die Rede von Gesellschaft versus Natur fetischisiert die entfremdeten Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus. Marx hat den Warenfetischismus beschrieben, durch den die Arbeiter*innen die Früchte ihrer Arbeit als eine über ihnen schwebende fremde Macht wahrnehmen. Damit geht eine andere Form der Entfremdung einher, der zivilisatorische Fetischismus. Sie findet nicht zwischen »Mensch« und »Natur« statt, sie ist das Projekt bestimmter, das heißt weißer, männlicher und dem Bürgertum angehöriger Menschen während des Aufstiegs des Kapitalismus, das dem Zweck dient(e), sich andere Menschen und Lebensformen zu unterwerfen. Wenn der Warenfetischismus ein grundlegender Antagonismus zwischen Kapital und Proletariat ist, so ist der zivilisatorische Fetischismus der welthistorische Antagonismus zwischen Kapital und »Biotariat« (Stephen Collis), also denjenigen Lebensformen, tot oder lebendig, die mit ihrer unbezahlten Arbeit und Energie den Kapitalismus ermöglichen.

Der zivilisatorische Fetischismus lehrt uns, die Beziehung zwischen Kapitalismus und »Lebensnetz« als Verhältnis zwischen Objekten zu denken und nicht als eine internalisierende und externalisierende Beziehung des »Umweltmachens«. Sämtliche Aussagen von Marx zum Warenfetischismus sind sowohl logisch als auch historisch durch eine Reihe von zivilisatorischen Fetischen vorweggenommen worden, wobei die Gegenüberstellung von Zivilisation und Wildheit/Natur der geokulturelle Dreh- und Angelpunkt ist. Im Zentrum des Aufstiegs des Kapitalismus stand nicht die Erfindung der Lohnarbeit, sondern die Herausbildung eines modernen Proletariats, zusammen mit dem noch kühneren Projekt, Natur jeglicher Art kostenlos oder zu geringen Kosten für sich arbeiten zu lassen: dem »Biotariat«. Wie der Warenfetischismus war und ist auch der Zivilisationsfetischismus nicht nur eine Idee, sondern eine Praxis der Weltherrschaft und deren Rechtfertigung. Seit 1492 hat dieser Dualismus das moderne Leben, die politischen Machtverhältnisse, Produktion und Reproduktion geprägt. Er erfuhr in jeder Ära des Kapitalismus eine Neuausrichtung und wird aktuell wieder besonders wirkmächtig: indem autoritäre Populist*innen die Grenzen militarisieren und gegen die »Heimsuchung« von Migrant*innen und Geflüchteten absichern, die durch die Dreifaltigkeit des Spätkapitalozäns – anhaltende Kriege, rassistische Enteignungen und Klimakrisen – angetrieben wird.

Das Jahr 1492 markierte nicht nur einen geokulturellen, sondern auch einen beispiellosen biogeografischen Wendepunkt. Mit den Eroberungen Kolumbus' begann eine geohistorische Wiedervereinigung von Pangäa, dem Superkontinent, der 175 Millionen Jahre zuvor auseinandergedriftet war. Dieses moderne Pangäa sollte als unbegrenztes Reservoir für billige Arbeitskraft, Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe dienen. Hier, in der atlantischen Zone des modernen Pangäa, haben der Kapitalismus und die heutige planetarische Krise ihren Ursprung. In den folgenden drei Jahrhunderten ermöglichte die kapitalistische Dreifachhelix aus Imperium, Kapital und Wissenschaft die größte und schnellste Transformation von Land und Arbeit in der Geschichte der Menschheit. Nur die Herausbildung einer sesshaften Kultur des Ackerbaus zu Beginn des Holozäns vor etwa 12 000 Jahren ist mit ihr vergleichbar. Überall – von Brasilien über die Anden bis zum Baltikum – kam es zur Abholzung von Wäldern, wurden Afrikaner*innen, indigene Völker und Slaw*innen der Zwangsarbeit unterworfen und massenhaft Vorräte an billigen Lebensmitteln, Holz und Silber in die Zentren der Macht verschifft. Derweil zwang man Frauen in ganz Europa – ganz zu schweigen von den Menschen in den Kolonien! – in ein striktes Regime der Arbeitsteilung. Sie wurden aus der Zivilisation ausgestoßen und streng kontrolliert; »Frauenarbeit« wurde als »Nicht-Arbeit« (Silvia Federici) in die Sphäre der Natur verwiesen.

»Die Ursprünge der Krise mit technologischen Veränderungen zu erklären, ist arg reduktionistisch.«

Die Geschichte der planetarischen Krise wird in der Regel durch die Linse der industriellen Revolution betrachtet und es steht außer Frage, dass hier wichtige Wendepunkte der Ressourcennutzung und Verschmutzung liegen. Allerdings begann die Industrialisierung lange vor dem 19. Jahrhundert. Die Ursprünge

der Krise mit technologischen Veränderungen zu erklären, ist jedoch arg reduktionistisch. Die industrielle Revolution in Großbritannien wäre ohne die billige Baumwolle und die unbezahlte Arbeit von Generationen indigener Bevölkerungsgruppen, ohne die Völkermorde und Enteignungen von Ureinwohner*innen in den USA und ohne die versklavten Afrikaner*innen auf den Baumwollfeldern nicht denkbar gewesen. Und auch ohne die repressive »Gender-Fertilitäts-Revolution« des vorigen Jahrhunderts, die die Pflege- und Reproduktionskapazitäten von Frauen den demografischen Erfordernissen des Kapitals unterwarf, wäre die Industrialisierung Großbritanniens unmöglich gewesen.

DAS ENDE DER BILLIGEN NATUR

Diese Beispiele aus der Geschichte des Kapitalismus zeigen, dass dieses System schon immer von der Verfügbarkeit und den Grenzen billiger Natur abhängig war – unkommodifizierte Natur, deren Arbeit man sich mit Gewalt, mittels kultureller Dominanz sowie über Märkte kostenlos oder billig aneignen konnte. Solche Grenzen sind entscheidend, weil der Kapitalismus das denkbar verschwenderischste System ist. Dies erklärt seine außergewöhnliche Extrovertiertheit. Um zu überleben, musste er den Planeten als Quelle billiger Natur erschließen und gleichzeitig als riesige Mülldeponie nutzen. Beide Optionen, die eine radikale Kostensenkung und damit extreme Gewinnmaximierung ermöglichten, erwiesen sich allerdings als zeitlich begrenzt. Einerseits ist Billigkeit endlich: Arbeiter*innen und Bäuer*innen revoltieren und leisten Widerstand, Minen sind irgendwann erschöpft, Böden erodieren und werden unfruchtbar. Zudem hat die Vereinnahmung des Planeten als Müllhalde eine kritische Schwelle überschritten. Der epochale Klimawandel zeigt dramatisch, wie Vergiftung und Vermüllung die epochalen Errungenschaften des Kapitalismus zu untergraben und das ganze System zu destabilisieren drohen, zuallererst das Regime der billigen Lebensmittel. Diese beiden Strategien – billige Natur und billige Vernutzung – erschöpfen sich zunehmend, da die Geografie des Lebens und des Profitmachens in eine morbide Phase eintritt. Wie Naomi Klein hervorhebt, ändert die Klimakrise alles. Die »Weltökologie« des Kapitalismus erfährt eine epochale Umkehrung oder besser Implosion, da die Natur nicht länger billig zu haben ist, sondern sich immer effektiver wehrt. Überall fordern die »Lebensnetze« die gängigen Strategien zur Kostensenkung heraus und werden zu einer kostenmaximierenden Realität für das Kapital. Der Klimawandel (aber nicht nur der) macht für das Kapital alles teurer – und gefährlicher für den Rest von uns.

Das Ende der billigen Natur ist ein großes Problem für den Kapitalismus, der auf billiger Aneignung beruht, sowohl in Bezug auf den Preis wie auf seine kulturelle Dominanz.
Bei dem einen geht es um eine Form der politischen Ökonomie, bei dem anderen um kulturelle Unterwerfung, imperiale Hegemonie und die Ausnutzung von Rassismus und Sexismus. Im Kampf für mehr planetarische Gerechtigkeit benötigen wir eine Strategie, die beides berücksichtigt. Dabei gilt es zu bedenken, dass die schlimmsten und tödlichsten biophysikalischen Folgen von Toxifizierung und wirtschaftlicher Stagnation erneut vor allem diejenigen Bevölkerungsgruppen treffen, die seit 1492 der Sphäre der Natur zugeordnet

werden: Frauen, People of Color und andere Opfer des Neokolonialismus.

Es ist eine deprimierende Situation für alle, die heute auf dem Planeten Erde leben. Aber es gibt auch Anlass zur Hoffnung. Eine Lehre aus der Klimageschichte der letzten 2 000 Jahre ist, dass die herrschenden Klassen gravierende Klimaveränderungen selten überleben. Der Zusammenbruch des westlichen Römischen Reichs fiel mit einer Kälteperiode zusammen. Der Feudalismus geriet etwa ein Jahrhundert nach Beginn der Kleinen Eiszeit in die Krise. Die politischen Krisen des Frühkapitalismus fanden in den schlimmsten Jahrzehnten der Kleinen Eiszeit im 17. Jahrhundert statt. Das Klima selbst entscheidet nichts, aber Klimaveränderungen sind in das Gefüge von Produktion, Reproduktion, Politik, Kultur etc. – kurz: in alles eingewoben. Der heutige Klimawandel wird mit Sicherheit alles übertreffen, was wir in den letzten 12 000 Jahren erlebt haben. »Business as usual« kann daher nicht weiterhelfen. Das System der Klassenherrschaft und der kapitalistischen Produktion sowie der ganze Rest werden die große Klimaveränderung vermutlich nicht überleben. Das Ende des Holozäns und der Anbruch des geologischen Anthropozäns können ein Moment epochaler politischer Umbrüche und neuer Möglichkeiten sein, ein Ende des Kapitalozäns.

Der Kapitalismus wird wohl Bestand haben, aber er ist perspektivisch dem Tod geweiht. Was wir brauchen, ist ein radikaler Wandel, der Dekarbonisierung mit Demokratisierung und Dekommodifizierung verbindet. Dabei muss die Logik des Green New Deal auf den Kopf gestellt werden. Seine Verknüpfung von wirtschaftlicher Gerechtigkeit, sozialer Absicherung und ökologischer Nachhaltigkeit müsste weitergetrieben werden in Richtung einer Dekommodifizierung von Wohnen, Transport, Pflege und Bildung. Ernährungs- und Klimagerechtigkeit gelingen nur, wenn die Landwirtschaft von der Tyrannei kapitalistischer Monokulturen befreit wird.

Dieser radikale Impuls steht im Mittelpunkt der globalen Diskussion einer »Weltökologie« – einer offenen Diskussion, die gängige Vorstellungen von Gesellschaft und Natur überdenken will und den Kapitalismus als eine Ökologie der Macht im »Lebensnetz« begreift. Das bedeutet: keine arbeitspolitischen Forderungen ohne Berücksichtigung der Natur, keine ökologischen Forderungen ohne Berücksichtigung der Arbeiter*innen, keine Klimagerechtigkeit ohne Reproduktionsgerechtigkeit – gegen Klima-Apartheid und für Abolitionismus.

Kapitalozän ist also kein neuer Begriff, der das Anthropozän ablösen soll. Es ist eine Einladung, dem Gegeneinander von Mensch und Natur zu entkommen und der Tyrannei analytisch wie praktisch Grenzen zu setzen. Um dem planetarischen Inferno einen Sinn zu verleihen und deutlich zu machen, dass mit der Klimakrise eine geohistorische Verschiebung einhergeht, die nicht auf Treibhausgasmoleküle reduzierbar ist, sondern mit der Klassenfrage, mit Patriarchat und Rassismus verknüpft ist. Klimagerechtigkeit im 21. Jahrhundert wird es nur geben, wenn wir Antagonismen und gegenseitige Abhängigkeiten erkennen. Dann können wir politische Koalitionen bilden, die diese planetarischen Widersprüche überwinden können.

Der Text erschien zuerst im Maize Magazine. Aus dem Englischen von Britta Grell.

Anthropocene

Fotografien
von Edward Burtynsky

Ölverseuchte Flüsse, kahl geschlagene Wälder, abgebaggerte Ortschaften, gigantische Müllhalden: kein Ort der Welt, der vor seiner Inwertsetzung und Ausbeutung sicher ist. Der kanadische Landschaftsfotograf Edward Burtynsky beschäftigt sich schon seit drei Jahrzehnten mit menschengemachter Naturzerstörung. 2018 startete er das Projekt »Anthropocene«, eine multimediale Zusammenarbeit mit den Filmemacher*innen Jennifer Baichwal und Nicholas de Pencier, aus der ein Dokumentarfilm, eine Wanderausstellung, großformatige Wandbilder und 360-Grad-Virtual-Reality-Kurzfilme sowie das gleichnamige Buch hervorgegangen sind.

Burtynskys Aufnahmen sind beeindruckend und verstörend, ästhetisch und gewaltvoll zugleich. Aus der Vogelperspektive zeigt er uns das Ausmaß des Eingriffs vom Menschen in die Natur in all seiner Härte.

https://theanthropocene.org/



Kali-Mine, Beresniki, Ural, Russland, 2017





Carrara-Marmorsteinbruch, Italien, 2016



Palmöl-Plantage, Borneo, Malaysia, 2016

Kohletagebau in NRW, Deutschland, 2015



Sägewerke, Lagos, Nigeria, 2016





Ölverseuchtes Gebiet, Nigerdelta, Nigeria, 2016

VIELFACHKRISE UND KATASTROPHE

ALEX DEMIROVIĆ

Eine Krise jagt die nächste. Im Kapitalismus ist das der Normalzustand. Die Klimakrise hat aber eine neue Qualität: Kommt jetzt der Katastrophenkapitalismus?

Die kapitalistische Produktionsweise bringt keine gut funktionierende Marktwirtschaft hervor, sondern ist ein Krisenzusammenhang. Sie reproduziert sich durch Ausbeutung, durch die Vernichtung von Reichtum, durch Krisen, gesellschaftliche Widersprüche und Kämpfe. Das hört sich drastisch an, ist aber impliziert, wenn von Markt gesprochen wird, denn Markt bedeutet Wettbewerb, Zerstörung von Gebrauchsgütern, Bankrott von Unternehmen, Verlust von Arbeitsplätzen und Wohnungen, Zerstörung der Natur und Ruinierung der Gesundheit. Es gehört zur Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, zu behaupten, dass noch jeder Nachteil, jeder Schaden, jeder Rückschritt dem Fortschritt des Ganzen dient. Am Ende soll es den Menschen besser gehen. Doch auf dem Weg dahin bleiben viele auf der Strecke. Das Verhältnis von Allgemeinem und Einzelnen ist unversöhnt. Das wird hingenommen, verharmlost und beschönigt. Wenn möglich, werden die Verhältnisse trotz aller Rhetorik, dass niemand zurückgelassen werden soll, so organisiert, dass der Schaden diejenigen trifft, die ohnehin schwächer, ausgebeutet und unterdrückt sind. Das offizielle Selbstbild der bürgerlichen Gesellschaft bleibt von Krisen eigentümlich unberührt. Sie werden als unwahrscheinliche und kurzzeitige Unterbrechungen eigentlich erfolgreicher Abläufe verstanden. Der Wirklichkeit zum Trotz werden stetiges Wachstum, kontinuierliche Gewinnzunahmen und die »schwarze Null« beschworen – und sei es nun durch »grüne« Investitionen. Störungen und Krisen werden geleugnet, gelten als technisch und durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen wenn nicht als lösbar, so doch als in die Zukunft aufschiebbar.

DIE BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT ALS GEGLIEDERTES GANZES

Der Linken wird von bürgerlicher Seite vorgehalten, in solchen Krisensituationen Unmut zu schüren, die Gesellschaft zu spalten oder den Zusammenhalt zu gefährden. Doch die kapitalistisch bestimmte Gesellschaft selbst erzeugt vielfältige Spaltungen, denn sie beruht auf der Verfolgung partikularer, eigennütziger Interessen. Offensichtlich lassen sich diese nur mittels robuster Organisation durchsetzen. Das wissen auch die Liberalen und Konservativen, die sich mächtig organisieren, aber die Gewerkschaften bekämpfen und Gegensätze als plurale Vielfalt im Rahmen begrenzter politischer Institutionen einhegen wollen. Das ist wirklichkeitsblind, denn die kapitalistischen Prozesse verlaufen ständig krisenhaft. Zumeist bleiben die wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Störungen – also Insolvenzen, Arbeitsplatzverluste, Scheidungen, Handwerkermangel, rassistische Ereignisse – klein, angesichts der durchschnittlichen Menge der Vorgänge sind sie unbedeutend. Doch bauen sich solche Krisenmomente nach einem eigenen zeitlichen Rhythmus zu größeren Krisen auf (Kriege, Morde, Genozide). Dies ist der Fall, weil sich in den Krisen der innere Zusammenhang der vielen Einzelhandlungen der gesellschaftlichen Akteure zur Geltung bringt, den sie selbst bei ihrem Handeln nicht begreifen. Die Krisenmomente ließen sich nur bewältigen, wenn die Ursachen für ihre Entstehung beseitigt würden. Doch von den Herrschenden wird versucht, sie zeitlich zu verschieben und Zusammenhänge in autonome Prozesse zu zerlegen. In den Krisen treten die inneren Spannungen der bürgerlichen Gesellschaft offen zutage und werden als Gesetzmäßigkeiten erkennbar.

Die kapitalistische Produktionsweise stellt einen Kreislauf von Kreisläufen aus Natur, Ökonomie, Politik und Kultur dar; sie ist ein Ganzes, das sich in viele autonome Bereiche mit je eigenen sozialen Widersprüchen, eigenen sozialen Rhythmen und Kämpfen gliedert.

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler. Er lehrte unter anderem an Universitäten in Frankfurt am Main und Berlin, ist Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

An allen Stellen können jeweils spezifische Krisen entstehen, wie wir das auch in jüngster Zeit feststellen können. Insektenbekämpfungsmittel tragen zum Sterben von Bienen bei, die bei der Bestäubung ausfallen, sodass landwirtschaftliche Erträge ausbleiben. Aufgrund von Trockenheit sind Flüsse nicht schiffbar und Lebensmittel oder Rohstoffe können nicht in ausreichenden Mengen transportiert werden. Geeignete Arbeitskräfte können fehlen, weil sie wegen einer Seuche und schlampiger Schutzmaßnahmen erkranken oder sterben, weil sie wegen mangelhafter Ernährung körperlich in schlechter Verfassung sind, ihnen angemessene Löhne, Arbeitsverhältnisse oder geeignete Qualifikation verweigert werden oder sie angesichts von staatlicher Repression abwandern. Die Zulieferung von Vorprodukten kann stocken und den Produktionsprozess bremsen. Die zahlungsfähige Nachfrage mag sich als zu gering erweisen, Unternehmenskredite können zu hoch sein. Gewinne fallen zu gering aus, sodass Unternehmer*innen oder Anleger*innen nicht in ein Produkt langfristig investieren (etwa Impfstoffe, Schutzkleidung).

Je nach Ursache kann von einer Unterkonsumtions-, einer Unter- bzw. Überproduktions- oder einer Überakkumulationskrise gesprochen werden. Das sind nur die ökonomischen Krisen. Aber es gibt sie auch in vielen anderen autonomen Bereichen der Politik, des Rechts, der Geschlechterverhältnisse oder der Bildung.

KRISEN SIND NIE NUR ÖKONOMISCH

Ökonomische Krisen folgen aus der Bewegung des Kapitals. Durch die Bemühungen der Einzelkapitale, in der Konkurrenz gegeneinander höhere Produktivität und größere Anteile am erzeugten Mehrwert zu erzielen, entstehen notwendigerweise Ungleichgewichte und Fehlallokationen von Kapital. In diese greift der Staat unter Führung einzelner Kapitalfraktionen und mittels Kompromissen ein, kann aber seinerseits neue Widersprüche erzeugen oder verschärfen. Die Art und Weise, wie Kapital von den Kapitaleigentümer*innen akkumuliert werden kann, ist immer Ergebnis konkreter Entwicklungen des Produktionsapparats (also der Struktur der Unternehmen wie etwa Produkte, Technik, Größe, Arbeitskräfte, Arbeitsorganisation und der weit über den Nationalstaat hinausweisenden Arbeitsteilung), der staatlichen Politiken (Rechtssicherheit, Steuern, Infrastrukturen, Arbeitsmarkt und Qualifikationen) und der konkreten Klassenauseinandersetzungen und erzielten Kompromisse. Krisen sind deswegen nie nur ökonomische Krisen. Sie nehmen unterschiedliche historische Formen an und können sich von einem Bereich in einen anderen verschieben (aus der Finanzmarkt- wird eine Staatsschuldenkrise, aus der Klimakrise wird eine ökonomische und Energieversorgungskrise).

Aus der großen Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre wurden politisch-ökonomische Lehren gezogen, die für die Nachkriegsperiode bis Ende der 1970er Jahre bestimmend wurden. Jene Krise ergab sich aufgrund von Überproduktion: Die Produktivität der Unternehmen wurde immer größer, doch für die Produkte gab es keine zahlungsfähige Nachfrage. Dies führte zu einem tiefen Einbruch in den wirtschaftlichen Prozessen, zu Massenarbeitslosigkeit, zu einer Krise des Staates und einer verbreiteten Mobilisierung der subalternen Bevölkerung durch antidemokratische Kräfte. Ein Teil der Lösung bestand

in der vom Staat geschaffenen Nachfrage: Rüstungsausgaben, Ausbau öffentlicher Dienste und Infrastrukturen, steigende Löhne und staatlich geförderte Nachfrage der Privathaushalte. Im Ergebnis wurde der Staat von einem liberalen Rechtsstaat in einen Interventions- und Planstaat umgebaut. Diese Politik war nach dem Zweiten Weltkrieg relativ erfolgreich.

GEGEN JEDE VERNUNFT

Die kapitalistischen Zentren, die über Jahrhunderte den globalen Süden kolonial ausgeplündert hatten, mussten aufgrund der antikolonialen Bewegungen diese Herrschaftsbeziehungen neu organisieren. Früh schon wurde wahrgenommen, dass diese Art der kapitalistischen Reproduktion (auch für die Länder des globalen Südens) folgenreich ist: Eine konsumistische Lebensweise in den kapitalistischen Zentren erforderte enorme Mengen billiger Rohstoffe und Energie und erzeugte sehr viel Abfall. Prominente Theoretiker wie Herbert Marcuse oder Ivan Illich empfanden es als absurd, dass Menschen in den kapitalistischen Zentren nur noch für den Konsum arbeiten, den sie kaum benötigen und der ihnen körperlich und intellektuell schadet. Auch die Folgen für das Klima waren früh deutlich: Mitte der 1960er Jahre bereits wurde in einem Bericht an Lyndon B. Johnson vor einer Aufheizung der Erde gewarnt, der Club of Rome wies 1972 auf die Grenzen des Wachstums hin. In den 1970er Jahren machten Protestbewegungen in vielen Staaten auf die Gefahren von Kohle, Erdöl und Atomkraft als energetische Grundlage des zwanghaften kapitalistischen Wachstumsmodells und des Verbrennungsmotors als Grundlage der Massenmobilität aufmerksam. 1988 wurde angesichts der Gefährdung des Erdklimas der Weltklimarat gegründet. In der naturwissenschaftlichen Diskussion über das Anthropozän gilt diese Periode des fordistischen Akkumulationsregimes als die Zeit der »großen Beschleunigung«. Ab 1950 lässt sich exponenzielles Wachstum bei Bevölkerung, Bruttosozialprodukt, Wassernutzung, Düngerverbrauch und der Zahl der Kraftfahrzeuge feststellen. Entsprechend nahmen die Menge an Kohlen- und Stickoxid, Methan, die Zahl der Überschwemmungen, die Oberflächentemperatur, der Verlust an Wald und Biodiversität zu.

Das Wissen darum, dass die Lebensgrundlage der Menschen und vieler anderer Spezies auf dem Planeten bedroht ist, besteht also seit Langem. Obwohl es immer wieder sabotiert oder als ideologisch verunglimpft wurde, konnte es sich über die Jahrzehnte behaupten und fortentwickeln. Die Wissenschaftler*innen haben recht behalten, die Prozesse schreiten beschleunigt weiter fort. Aber wie die bürgerliche Gesellschaft so ist, konnte im neoliberal formierten Kapitalismus mit politischer Macht durchgesetzt werden, sich den blinden Gesetzmäßigkeiten des Marktes weiter auszuliefern. Die gewonnenen Einsichten in die ökologischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Krisenzusammenhänge führen nicht zu einer Aufwertung von Vernunft und Wissen. Die Bemühung, bei der Erderwärmung eine Temperatur von 1,5 Grad nicht zu überschreiten, ist schon gescheitert. In der Schweiz sind es längst 2 Grad, Deutschland liegt bei 1,6 Grad. Die Gletscherschmelze in den Alpen ist so weit fortgeschritten, dass Eisschichten, die Hunderttausende Jahre alt sind, verschwinden. Damit sind auch die großen

Flüsse in Mitteleuropa (Donau, Rhein, Po, Rhône), die Wasserversorgung für Menschen und Landwirtschaft, die Energieerzeugung durch Wasserkraft sowie die Flussschifffahrt bedroht. Die Nachrichten im Sommer 2022 waren ein weiteres Mal beunruhigend. Laut der US-Behörde für Klima und Ozeanografie hat die CO_2-Konzentration in der Atmosphäre den höchsten Wert seit einer Million Jahren erreicht und liegt nun bei etwa 420 ppm im Jahresdurchschnitt. Die Folgen sind eine Übersäuerung der Ozeane, Artenschwund, geringere Sauerstoffproduktion aufgrund des Absterbens von Plankton, Verlust von Biodiversität und Besiedlungsflächen, Versalzung von Grundwasser, Starkregen, Überschwemmungen und Trockenheit. Kipppunkte sind längst erreicht oder schon überschritten.

DIE KLIMAKRISE VERTIEFT BISHERIGE DYNAMIKEN

Die beschleunigten Prozesse der Reichtumserzeugung führen aber nicht nur zu Krisen der ökologischen Kreisläufe, sie wirken sich auch negativ auf die Individuen aus. Diese werden unter stärkeren Arbeits- und Konsumdruck gesetzt, der berufliche Alltag ist entgrenzt und durchdringt auch den privaten Alltag. Leistungsoptimierung, Erschöpfung, Burn-out, Depression sind die Folgen. Auch Demokratie, Recht oder Wissenschaft geraten unter Druck und sind von tiefen Krisen bedroht. Mächtige politisch wirksame Kräfte sind bemüht, das Wissen um die Krisendynamiken zu bekämpfen und entsprechende Praktiken zu verhindern. Sie leugnen und entwickeln deutlich erkennbar die Neigung zu autoritär-populistischen Lösungen. Wir erleben nicht nur zwei, drei oder vier Krisen. Wir befinden uns in einer Vielfachkrise. Die Zahl dieser Krisen und ihre jeweiligen Dynamiken nehmen noch weiter zu, verursachen in anderen Bereichen Krisen, verknüpfen und verstärken sich wechselseitig und blockieren Lösungen. Indem sie sich mit Krisen in den langen Rhythmen ökologischer Kreisläufe verbinden, bekommen sie eine neue Tiefendimension, mit der die Menschheit weltgeschichtlich noch nicht zu tun hatte. Die Krisen erreichen Kipppunkte, von denen aus eine Rückkehr zum vorherigen Stadium nicht mehr möglich ist: Die Gletscher sind weg, Meere auf Jahrtausende übersäuert, Agrarflächen erodiert, Urwälder abgeholzt und das Grundwasser verbraucht. Die Vielfachkrise beschleunigt sich, sie chaotisiert die gesellschaftlichen Verhältnisse. Bislang schienen die vielen Krisen additiv nebeneinander zu stehen, weil das politische Krisenmanagement ihre Verdichtung und den offenen Ausbruch ihres Zusammenhangs immer wieder verhindern konnte. In der gegenwärtigen Konjunktur verschmelzen sie zur neuen Einheit einer katastrophischen Krise.

KEINE ABKÜRZUNGEN

Historisch wurde oft in den Kategorien von Chaos, Katastrophe oder Apokalypse gedacht. Gleichzeitig führen solche bedrohlichen und drängenden Szenarien nicht unbedingt dazu, dass Menschen aktiv werden und ihr Schicksal in die Hand nehmen. Viele wollen an den Gewohnheiten ihres Alltags festhalten. Es scheint, als seien wir Gefangene von Verhältnissen, in die uns die herrschende kapitalistische Produktions- und Lebensweise langfristig hineingezogen hat. Ein schneller Befreiungsschlag ist nicht möglich, denn Anpassungen an die Klimafolgen und radikale Lösungen

müssen mit Zeithorizonten von Jahrzehnten und Jahrhunderten rechnen. Nüchternheit und langfristige Perspektiven sind deswegen angebracht, denn auch wenn es sich um apokalyptische Dynamiken handelt, müssen viele Menschen gemeinsam handeln. Wissen, Bildung, Einsichten, Überzeugungen sind notwendig. Angesichts der konkreten Katastrophenlagen müssen weitreichende Kooperationsverhältnisse entstehen. Ökosoziale Reformen, Infrastrukturen und Solidarleistungen sind dringend notwendig, um elementare Armut zu bekämpfen und Individuen oder Familien Handlungsfähigkeit zu ermöglichen. Aber das wird nicht ausreichen. Alles weist auf ein neues Verständnis sozialistischer, commonistischer Praktiken hin, denn die Menschen müssen die Organisation einer resilienten Lebensweise selbst in die Hand nehmen. Die kapitalistische Ökonomie und der Staat bekommen das nicht hin. Das Scheitern des staatlichen Krisenmanagements nach der lokalen Flutkatastrophe im Ahrtal etwa zeigt, dass die Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mit der Situation überfordert waren (vgl. Imsande in LuXemburg 2/2022). Der Umgang mit der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse lässt erkennen, dass die auf Wertproduktion und monetären Reichtum eines kleinen Teils der Bevölkerung ausgerichtete kapitalistische Ökonomie nicht nur unfähig ist, auf den konkreten Bedarf aller zu reagieren und langfristige Vorsorge zu treffen, sondern dass sie auch falsche Entwicklungsprozesse organisiert und fördert. Ein Umbau des Produktionsapparats, der energetischen Grundlagen, der Konsummuster sowie der Besiedlungs- und Mobilitätspraktiken ist erforderlich, also ein neues Verständnis von Reichtum und Produktivkräften – nämlich als Produktivität, die die Menschen aus ihrer selbstbestimmten Kooperation, ihrem Zusammenhandeln, ihrem gemeinsamen Wissen freisetzt. Auch neue politische Institutionen sind erforderlich. Die heutigen haben Zeithorizonte von nur wenigen Jahren und Jahrzehnten. Die Politiker*innen müssen notwendig partikulare Interessen vertreten, sie konkurrieren gegeneinander und müssen sich in den Medien profilieren, was die demokratische Willensbildung begrenzt und zu ihrer eigenen und unserer Verdummung beiträgt. Von den Leuten und gesellschaftlichen Prozessen sind sie abgetrennt, wissenschaftliche Erkenntnis können sie nicht ernst nehmen, die Steuerungsmittel, über die sie verfügen, also Geld, Recht, Zwang, Konsumismus, Manipulation, sind ungeeignet, um das Zusammenleben demokratisch zu organisieren. Es ist also offensichtlich, dass die Institutionen, über die wir heute verfügen, kaum tauglich sind, die Folgen der Vielfachkrise und ihrer katastrophischen Dynamiken zu bewältigen. Notwendig sind vielmehr Institutionen, die die Formierung gemeinsamer konkurrenzfreier Lebensformen und eine langfristige Orientierung des Entscheidens erlauben. Sie müssten auf der Grundlage der natürlichen Kreisläufe in planetarischen Zeitmaßen operieren und strukturell das friedliche Zusammenleben, die freie, demokratische, vernünftige Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit und Produktion durch die Leute, mit den Leuten und für die Leute ermöglichen. Darin sehe ich eine der zentralen Aufgaben der Linken als bewusste und rationale Kraft heute: gegen die autoritäre Regression, die Menschen und Natur zerstört, einen solchen Zukunftsprozess anzustoßen, zu unterstützen und zu fördern.

GESPRÄCH MIT NANCY FRASER

» Der neoliberale Kapitalismus befreit die kannibalistischen Tendenzen des Systems von allen Begrenzungen.«



GEGEN DEN KANNIBALISMUS DES KAPITALS
WIE GEWINNT DIE LINKE DIE ZUKUNFT?

Wie würdest du die Zeiten beschreiben, in denen wir leben? Befinden wir uns in *einer* Krise, in *multiplen* Krisen, oder gar in einer Katastrophe?

Ich würde sagen, wir befinden uns in einer epochalen Krise, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist die Krise nicht auf einzelne Sektoren beschränkt, sondern betriff die gesamte gesellschaftliche Ordnung. Sie ist nicht ›nur‹ eine ökonomische oder ökologische, nicht ›nur‹ eine Krise der Politik oder des Care-Bereichs, sondern all diese Phänomene laufen zusammen und verschärfen sich gegenseitig. Umfassende Krisen wie diese sind historisch betrachtet eine Seltenheit. In den letzten 500 Jahren des Kapitalismus hat es vielleicht vier solcher Krisen gegeben, in denen immer mehr Menschen die Gesellschaftsform als Ganzes für nicht überlebensfähig hielten. Der zweite Grund ist der *systemische* Charakter dieser Krise. All das Irrationale und Dysfunktionale, das wir derzeit erleben, entsteht nicht zufällig, sondern ist tief in den Strukturen unserer kapitalistischen Gesellschaftsform verwurzelt – auch wenn wir es mit einer historisch spezifischen Form davon zu tun haben.

Du beschreibst den heutigen Kapitalismus als »kannibalistisch«. Was meinst du damit?
Die kapitalistische Wirtschaftsform nagt stetig an ihren eigenen Bedingungen; sie verschlingt alles, was ihr Dasein erst ermöglicht. Das heißt, kapitalistische Krisen sind nicht nur ökonomische, sondern auch soziale, politische und ökologische Krisen. Sie treten zudem nicht nur *innerhalb* einer bestimmten Sphäre auf, wie es etwa Marx mit dem tendenziellen Fall der Profitrate für den Bereich der Ökonomie beschrieben hat. Krisen entstehen auch aus Widersprüchen *zwischen* verschiedenen gesellschaftlichen Sphären, so wie das Karl Polanyi schon Mitte des 20. Jahrhunderts benannt hat. Für ihn erwachsen die Krisentendenzen aus dem andauernden Konflikt zwischen der ökonomischen Verwertungslogik dieses Systems und der Logik natürlicher und sozialer Reproduktion. Diese Widersprüche gehen über das Ökonomische hinaus und treiben damit auch Krisenphänomene jenseits des Ökonomischen an. Wir müssen Marx und Polanyi in dieser Hinsicht also mit- und gegeneinander anreichern. Erst dann können wir verstehen, dass im Kapitalismus nicht nur die freien Lohnarbeiter*innen ausgebeutet werden, sondern dass er auch alle »nicht-ökonomischen« Ressourcen auszehrt, die diese Ausbeutung erst möglich machen: die Familien, in denen Arbeitskraft (re)produziert wird; den Staat, der Eigentumsrechte absichert und öffentliche Güter zur Verfügung stellt, und natürlich die Ökosysteme, die das Leben überhaupt erst ermöglichen.

Diese Dynamik findet sich in *jeder* Form des Kapitalismus und macht weder vor der Natur noch vor der Care-Arbeit halt, auch nicht vor dem Wohlstand oder der Gesundheit der Arbeiter*innen – das gilt insbesondere, wenn auch nicht ausschließlich, für rassifizierte Bevölkerungsgruppen. Und auch die politische Sphäre untergräbt er, also gerade die öffentlichen Machtpotenziale, die wir dringend brauchen, um unsere Probleme zu lösen. Es ist also das kannibalistische Wesen des Kapitalismus, das die multiplen Krisen und Ungerechtigkeiten hervorbringt, und zwar sowohl entlang von Geschlecht, Race und Imperialismus als auch bezüglich des Klassengegensatzes im klassischen Sinne.

Warum ist der Kapitalismus seinen eigenen selbstzerstörerischen Dynamiken bisher nicht zum Opfer gefallen?
In der Geschichte des Kapitalismus sehen wir immer wieder eine Abfolge von tiefgreifenden Krisenphasen, in denen das System ins Wanken gerät, sowie von Phasen der Reform, die diese inneren Widersprüche abfedern sollen. Ein Beispiel ist der sogenannte sozialdemokratische oder New-Deal-Kapitalismus. Er war eine direkte Reaktion auf die Krise des liberalen bzw. kolonialen industriellen Kapitalismus, die sich in den Wirtschaftskrisen und Weltkriegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts niederschlug.

NANCY FRASER ist Politikwissenschaftlerin und eine der bekanntesten US-amerikanischen Feministinnen. Zurzeit ist sie Professorin an der New School for Social Research in New York. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Constellations*. Ihr nächstes Buch »Cannibal Capitalism: How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and What We Can Do about It« erscheint im September 2022 bei Verso Books.

Diese Krise wurzelte in der Unersättlichkeit des Kapitals, das die Kapazitäten der sozialen Reproduktion einmal mehr zu verschlingen drohte. Die sozialdemokratische ›Lösung‹ bestand darin, das Kapital in seinem eigenen Interesse einzuhegen – durch Regulierungen, soziale Absicherung, nachfrageorientierte Wirtschaftpolitik. Dieser Ausgleich hat eine Weile funktioniert, war aber weder wirklich gerecht noch nachhaltig. Folglich ist es auch keine Überraschung, dass er sich in den 1970er und 1980er Jahren begann aufzulösen. Damals wurde der Weg frei für eine abermals neue Form von Kapitalismus: den neoliberalen oder auch globalisierten Kapitalismus der 1990er Jahre, in dem wir heute noch leben.

Was sind die besonderen Merkmale dieses derzeitigen Kapitalismus?

Diese neueste Form ist besonders brutal und ausbeuterisch. Der neoliberale Kapitalismus befreit die kannibalistischen Tendenzen des Systems von allen Begrenzungen und Regulierungen. Und so verschlingt es schonungslos, worauf es eigentlich seine Existenz gründet. Die Corona-Pandemie wirkte wie eine Röntgenaufnahme dieses Gesellschaftssystems. Sie hat offenbart, wie irrational unser System ist und wie alle Krisentendenzen zum absoluten Siedepunkt getrieben werden. Man kann es nicht anders sagen: Wir befinden uns in einem einzigen schier unentwirrbaren Chaos.

»Der neoliberale Kapitalismus verschlingt schonungslos alles, worauf er eigentlich seine Existenz gründet.«

Wie wirkt sich diese extreme Situation auf die Menschen aus, die sie durchleben?

Unter dem schrecklichen Druck dieser Krisen werden viele Menschen dem Common Sense abtrünnig, der noch alles einigermaßen zusammengehalten hat. Sie glauben nicht länger an das Narrativ, dass Bürokratieabbau und freie Märkte zum Happy End führen werden. Das zeigt sich auch in der zunehmenden Abkehr von den Eliten und etablierten Parteien, in der sich das niederschlägt, was Antonio Gramsci als »Krise der Hegemonie« bezeichnet hat. Die Menschen suchen nach neuen Lösungen. Das kann eine Chance bieten für emanzipatorische, linke Projekte. Aber es gibt auch eine Schattenseite: Viele fühlen sich von autoritären Anführern angezogen, von starken Männern, die eine bösartige Ausgrenzung von Minderheiten betreiben. Das können wir in unterschiedlichen Varianten weltweit beobachten, von der Alt-Right-Supremacy-Bewegung in den USA bis zur AfD in Deutschland.

Und inwiefern wird diese Chance, von der du sprichst, genutzt, um progressive Antworten zu finden?

Ich sehe durchaus einen Aufschwung an Protestbewegungen und Parteigründungen, ein enormes emanzipatorisches Potenzial. Trotzdem gibt es da ein noch ungelöstes Problem. Denn bisher bleibt der Aktivismus meist vereinzelt und fragmentiert; es gelingt nicht, eine Gegenhegemonie aufzubauen oder überhaupt gemeinsame Projekte zu schaffen. Das liegt daran, dass die Lebensbedingungen im Kapitalismus und besonders in seiner heutigen Spielart extrem komplex sind. Krisen werden darin sehr unterschiedlich erfahren.

Wenn es so vieles gibt, gegen das es zu protestieren gilt, fokussieren politische Bewegungen meist auf einen Aspekt, den sie als besonders dringlich empfinden. Für einige ist das extreme Polizeigewalt, für andere prekäre Arbeit und Armut und für wieder andere die eskalierende Klimakrise. Alle diese Probleme sind real. Sie gemeinsam, durch kollektives demokratisches Handeln lösen zu wollen, kann zu breiterer Solidarität und umfassenderen, radikaleren Projekten führen. Damit das geschieht, müssen die Menschen jedoch die Zusammenhänge herstellen und verstehen, dass ihr jeweilges Leiden von ein und demselben gesellschaftlichen System verursacht wird – von dieser besonders kannibalistischen Ausformung des Kapitalismus.

Wie lässt sich das Verbindende der Kämpfe sichtbar machen? Durch welche Forderungen, welche Narrative könnten die Leute zusammenfinden?

Als Erstes ist es wichtig aufzuzeigen, wie die Phänomene miteinander verschränkt sind – und hier spreche ich jetzt als kritische Theoretikerin *und* als Aktivistin. Das gibt Bewegungen eine Art Landkarte, die die Zusammenhänge sichtbar macht und auf der sie sich verorten und potenzielle Verbündete finden können. Das meine ich nicht in dem leninistischen Sinne, dass sich die Anliegen unter eine vermeintlich wichtigere Forderung unterordnen müssen. Sondern im Gegenteil, Forderungen so zu (re)formulieren, dass Kooperation möglich wird und breitere Projekte entstehen können. Wenn das geschieht, könnten wir einige, vielleicht sogar viele Menschen auf unsere Seite ziehen, die derzeit zum Rechtspopulismus tendieren. Natürlich nicht die, die tief rassistisch und autoritaristisch geprägt sind, um die es nicht lohnt, zu kämpfen. Die Populist*innen stützen sich aber auf viele Leute, die bisher einfach keine Berührungspunkte mit adäquaten Alternativen von links haben und die rechts wählen, weil sie niemand mit einer klaren Klassenperspektive anspricht. Ihnen könnten wir etwas Besseres anbieten.

Kommt uns als Sozialist*innen also die Aufgabe zu, dieses *bigger picture* aufzuzeigen, das Bündnisse ermöglicht?

Genau! Ob wir von Trump-Anhänger*innen in den USA oder der AfD in Deutschland sprechen, diese Leute haben ein Narrativ. Und dieses Narrativ hat nicht den Anspruch, alle miteinzubeziehen, sondern ist im Gegenteil dezidiert exklusiv. Leider finden genau das viele Leute überzeugend. Wir brauchen

> **»Die Populist*innen stützen sich auf viele Leute, die bisher einfach keine Berührungspunkte mit adäquaten Alternativen von links haben.«**

einen starken Gegenentwurf hierzu, der die Menschen überzeugen kann. Der progressive Neoliberalismus mit seinen Angeboten ist nicht die Antwort – wir sehen sein Scheitern jeden Tag. Genau das eröffnet die Chance, *neue* Formen des Feminismus, des Antirassismus, der Umwelt- und Arbeitspolitik zu entwickeln. Formen, die auf tiefgreifende, strukturelle Veränderung abzielen.

Wie würde sie aussehen, diese Alternative von links?

Sie wäre eine Allianz feministischer, antirassistischer, prodemokratischer, Umwelt- und

Arbeiter*innenbewegungen. So eine Koalition ist wirksam, wenn sich die Beteiligten in zwei Dingen einig sind: dass ihre *verschiedenen* Probleme *demselben* perversen Gesellschaftssystem entspringen. Und dass alle das Ziel teilen, diese Probleme angehen zu wollen. Sie müssen ihre Differenzen also nicht einem abstrakten Universalismus unterordnen. Im Gegenteil, sie können ihre jeweils eigene politische Identität behalten, aber gleichzeitig die Diagnose des Status quo teilen. Das Konzept der Intersektionalität versucht diese Praxis analytisch einzufangen, indem verschiedene, sich überschneidende Probleme auf eine gemeinsame Ursache zurückgeführt werden. Wenn es aber um Veränderung und Emanzipation geht, reicht Intersektionalität womöglich nicht aus. Wir brauchen stattdessen einen stärkeren Sinn für Solidarität – einen Sinn für das, was wir teilen können.

»Wenn es um Veränderung und Emanzipation geht, reicht Intersektionalität womöglich nicht aus.«

Erfordert das auch ein neues Verständnis des revolutionären Subjekts von heute – die Arbeiter*innenklasse?

Ja, wir müssen uns dringend abwenden von diesem traditionellen Verständnis, das sich allein auf die industrialisierte Arbeit freier Proletarier*innen bezieht. Diese Dimension der Arbeiter*innenklasse ist wichtig, ohne Zweifel, aber sie ist eben nur ein Aspekt von vielen. Der Kapitalismus stützt sich auch auf unfreie bzw. abhängige Arbeiter*innen, die er rassifiziert und als verletzbar konstruiert. Ihre Arbeit wird nicht einfach ausgebeutet, sondern sie wird enteignet. Auch sie sind also Teil der Arbeiter*innenklasse, ebenso wie die unter- oder gar unbezahlten Arbeiter*innen der geschlechtsspezifischen Care-Arbeit. Für die Akkumulation von Kapital sind diese beiden Dimensionen der Arbeit absolut unerlässlich. Ohne sie könnte es keine ausgebeuteten Arbeitskräfte geben, auch keine Rohmaterialien, keine Warenproduktion, keinen Mehrwert, kein Kapital. Der Kapitalismus basiert also nicht nur auf einer, sondern auf *drei* Dimensionen der Arbeit, die in *einer* Gesellschaftsordnung funktional miteinander verknüpft sind. Und ebendiese Dimensionen sind heute im Umbruch. Die meiste traditionelle Fertigungsarbeit ist inzwischen in Länder der Semiperipherie ausgelagert, wo das Arbeitsrecht schwach ist und Gewerkschaften nicht existieren. Ein Großteil der Arbeit sozialer Reproduktion findet in schlecht bezahlten Dienstleistungsverhältnissen statt, meist zugunsten profitorientierter Unternehmen, doch ausgeführt in öffentlichen Einrichtungen und von Migrant*innen, die jederzeit abgeschoben werden können. In beiden Fällen ist Arbeit also ›halbfrei‹, da es den Arbeiter*innen an ermächtigenden Rechten und politischem Schutz fehlt. Unsere Auffassung der Arbeiter*innenklasse muss alle diese Dimensionen von Arbeit im Kapitalismus und ihre Überschneidungen einbeziehen. Auf dieser Basis können wir Bündnisse bilden, die das nötige Gewicht und die visionäre Weite für einen emanzipatorischen, antihegemonialen Block haben.

Wie genau können Bewegungen dieses Konzept für sich nutzen? Und warum ist es heute entscheidend für ihren Erfolg?

Jede Bewegung, egal was ihr Anliegen ist, sollte sensibler für solch ein erweitertes Klassenverständnis sein. Wir brauchen einen »Feminismus der 99 Prozent« und keinen neoliberalen Feminismus, der lediglich darauf abzielt, »gläserne Decken« für einzelne Frauenkarrieren zu durchbrechen. Auch die Umweltpolitik sollte sich mit anderen emanzipatorischen Kämpfen verknüpfen, denn wer die Ökofrage monothematisch denkt, sitzt dem Irrglauben auf, sie sei vor allem ein Anliegen der Wohlhabenden. Auch antirassistische Bewegungen sollten über das Mantra von *black faces in high places* hinausgehen und klassenpolitische Ansätze in den Blick nehmen. Auch betriebliche Arbeitskämpfe müssen auf Grundlage dieses erweiterten Klassenverständnisses agieren und etwa Forderungen der #MeToo-Bewegung einbeziehen. Wenn wir es schaffen, Arbeitskämpfe mit Fragen der sozialen Reproduktion, der Ökologie und der Demokratie zu verknüpfen, können wir große Teile der Bevölkerung ansprechen. Eine Linke, die sich auf einen solchen starken und differenzierten Klassenbegriff stützt, ist eine echte Herausforderung für ihre politischen Gegner – sowohl für rechte Populist*innen als auch für marktorientierte Liberale.

»Eine andere Welt ist möglich« – dieser Slogan hat jahrzehntelang Bewegungen mobilisiert. Was bleibt davon, in einer Zeit der drohenden Klimaapokalypse?

Natürlich verlangt die ökologische Krise große Veränderungen in sehr kurzer Zeit. Einige entmutigt das oder sie werden passiv. Gleichzeitig sehe ich aber ein echtes Gefühl der Dringlichkeit und eine enorme Energie, die dieser Aufgabe gerecht werden will. Das Engagement und den Aufbruch einer neuen Generation von Aktivist*innen zu sehen, ermutigt mich ungemein. In manchen Punkten

»Wir brauchen einen ›Feminismus der 99 Prozent‹ und keinen neoliberalen Feminismus, der lediglich darauf abzielt, ›gläserne Decken‹ für einzelne Frauenkarrieren zu durchbrechen.«

erinnert mich das an die späten Sechziger, als ich selbst eine radikale linke Aktivistin wurde. Und heute, als Professorin, begegnet mir ein ungeheures Interesse der Studierenden an Ökomarxismus und Sozialismus – Themen, die in den letzten Jahrzehnten nicht gerade beliebt waren.

Also siehst du Anlass zum Optimismus?

Ich sehe auf jeden Fall, dass es einen riesigen Wunsch gibt, sich mit anderen zu vernetzen. Wir sind über den Punkt hinaus, als junge Linksradikale vor allem ihre eigene, separate Stimme entwickeln wollten. Die Leute spüren die Dringlichkeit, sich zu verbinden statt sich voneinander abzutrennen. Dass Konzepte der Intersektionalität, des Ökosozialismus und eines Feminismus der sozialen Reproduktion solchen Aufschwung erleben, zeugt von dieser Sehnsucht nach Verbindung. Ich sehe ein unglaubliches Maß an Kreativität bei denen, die versuchen, neue Theorien und Modelle zu entwickeln, die diese Verbindungen herstellen. Es ist wirklich eine gute Zeit, um Intellektuelle*r zu sein.

Das Gespräch führte Nathalie Steinert.
Aus dem Englischen von Maximiliane Kind.

RADIKALE DEMOKRATIE FÜR DAS KLIMA

RAHEL SÜSS

Die herrschende Klimapolitik ist nicht nur ungerecht, sie ist auch undemokratisch. Ohne Teilhabe für alle wird es keinen sozial-ökologischen Umbau geben.

Das Problembewusstsein für die Klimakatastrophe ist größer als je zuvor. Gleichzeitig ändern politische Maßnahmen und Gipfeltreffen nichts daran, dass die Umwelt in einem nie dagewesenen Tempo zerstört wird. Das ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, es ist ein Demokratieproblem.

DAS GESPENST DER »GRÜNEN DEMOKRATIE«

Das Gespenst des Kommunismus kündigen Karl Marx und Friedrich Engels in der ersten Zeile des »Kommunistischen Manifests« an. Gespenster kommen in der Regel aus der Vergangenheit. Es sind die Toten, die die Lebendigen in einer gespenstischen Gegenwart heimsuchen. Heute kommen die Gespenster aus der Zukunft, weil, wie der britische Kulturwissenschaftler Mark Fisher 150 Jahre nach der Veröffentlichung des »Manifests« erklärt, die Zukunft selbst tot ist. Als »kapitalistischen Realismus« beschreibt er das weit verbreitete Gefühl, dass es unmöglich geworden ist, sich eine Alternative zur liberalen kapitalistischen Gesellschaft vorzustellen. Die Alternativlosigkeit drückt sich in einem dreifachen Spannungsverhältnis von wirksamer Klimapolitik und liberaler Demokratie aus.

Das erste Spannungsverhältnis besteht darin, dass der Liberalismus die Befreiung des Einzelnen feiert, liberale kapitalistische Gesellschaften aber daran scheitern, ihr Versprechen auf gleiche Freiheit einzulösen. Sie geben sich bemüht, den Klimanotstand zu verwalten, während sie die gesellschaftlichen Hierarchien unangetastet lassen. Unvereinbar mit gleicher Freiheit ist die Art und Weise, wie politische und wirtschaftliche Macht verteilt ist, wie Reichtum und Wert erzeugt

wird und zirkuliert. Ein Beispiel ist der globale Kohlenstoffmarkt. Er schafft Anreize zur Privatisierung und Kommodifizierung von Land- und Waldressourcen im globalen Süden, was für die lokale Bevölkerung nicht selten den Verlust von Land und lebenswichtigen Ressourcen zur Folge hat. Die Klimafolgen werden weltweit bereits mit fünf Millionen Todesfällen pro Jahr in Verbindung gebracht – die meisten davon im globalen Süden. Ein Bericht des Runnymede Trust und von Greenpeace UK vom Juli 2022 stellt diesbezüglich fest: Der Umweltnotstand ist das Erbe des Kolonialismus, der Sklaverei und des Ressourcenraubs im globalen Süden. Er ist außerdem das Ergebnis von systemischem Rassismus. So leiden weltweit People of Color überproportional unter Umweltschäden. Liberale Demokratien präsentieren sich gern als Bollwerk gegen autoritäre Angriffe auf Freiheitsrechte. Was Liberale dabei verschweigen, ist, dass rassistische Gewalt und Unterdrückung wesentliche Treiber des Liberalismus waren. Werte wie individuelle Autonomie und Chancengleichheit wurden vor dem Hintergrund der Unterdrückung Schwarzer Menschen und weißer Privilegien gebildet.

RAHEL SÜSS ist politische Theoretikerin und an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie am The New Institute in Hamburg tätig. Sie beschäftigt sich unter anderem mit den Folgen der Digitalisierung für demokratische Politik. 2020 erschien ihr Buch »Demokratie und Zukunft« in der Edition Konturen.

Das zweite Spannungsverhältnis von wirksamer Klimapolitik und liberaler Demokratie wurzelt in einer politischen Legitimitätskrise. Demokratie ist die Antwort auf eine Frage, die schon in der Antike gestellt wurde: Wer soll herrschen? In modernen Demokratien ist Herrschaft nicht durch Gottes Gnaden oder Geburt legitimiert, sondern durch das Prinzip der Volksherrschaft. Ob dieses Prinzip tatsächlich realisiert ist, darüber wird hartnäckig gestritten. Trotz freier Wahlen und Bürgerrechte fehlt eine tatsächliche Kontrolle über die Akteure, die die Klimakatastrophe antreiben. Stattdessen sehen wir vermehrt Techno-Fixes, vermeintlich technische Lösungen für die Umweltkrise wie etwa das umstrittene Geoengineering. Sie stärken nicht nur die Macht großer Technologiekonzerne, sondern fördern auch ein technokratisches Verständnis von Politik.

Schließlich wird wirksame Klimapolitik durch einseitige Appelle an den Markt und die Moral verhindert. Historisch ging mit der Entwicklung liberaler kapitalistischer Gesellschaften die Ablösung von religiösen Traditionen und Autoritäten einher. An ihre Stelle traten die individuelle Moral und die Entstehung einer Zivilgesellschaft, die im Markt ihren zentralen Akteur findet. Der Markt, so die Annahme, vermittelt die spontanen Interaktionen der Einzelnen in einer Weise, die zum Wohle der Allgemeinheit führt – etwa über die Signale des Preismechanismus. Entsprechung findet diese Vorstellung in klimapolitischen Maßnahmen einer Finanzialisierung der Natur. Der Natur einen Geldwert zuzuerkennen soll Anreize für grüne Investitionen schaffen. Sie wird privatisierbar und handelbar gemacht, vermehrt auch über die Finanzmärkte. Dies ist nicht zuletzt ein demokratisches Problem: Finanzmarktakteure wie Hedge- und Pensionsfonds, aber auch große Konzerne gewinnen nicht nur immer mehr Kapital, sondern auch immer mehr Einflussmöglichkeiten über das Umweltmanagement.

WARUM EIN SOZIAL-ÖKOLOGISCHER UMBAU RADIKALE DEMOKRATISIERUNG ERFORDERT

Was also ist zu tun für eine wirksame Klima- und Umweltpolitik? Die Antwort heißt radikale Demokratisierung, und zwar im Sinne einer Radikalisierung der liberalen Tradition. Die Aufgabe von Demokratie muss die Verwirklichung von Freiheit auf kollektiver Ebene sein. Um ökologische Gesichtspunkte systematisch ins Zentrum politischen Handelns zu stellen, müssen alle gesellschaftlichen Bereiche einer demokratischen Steuerung und Gestaltung zugänglich gemacht werden. Insbesondere die Nutzung von Ressourcen und die Organisation der Produktion müssen demokratischer Kontrolle unterliegen. Aber auch Experimente mit partizipativer Demokratie müssen Teil einer progressiven Agenda sein.

Ein solches Verständnis von »grüner Demokratie« verortet sich in der Tradition eines ökologischen, antikolonialen Marxismus und sozialistischen Republikanismus. Haben wir es im Liberalismus vor allem mit einer Idee von Freiheit als Nichteinmischung (etwa durch den Staat) zu tun, begreift der Republikanismus Freiheit als Nichtbeherrschung, als Schutz vor Willkür und unkontrollierter Macht. Der sozialistische Republikanismus weitet diesen Freiheitsbegriff auf die Beziehungen am Arbeitsplatz und den Kapitalismus aus. Unfreiheit meint dann nicht bloß die Einschränkung der Wahl- und Meinungsfreiheit, sondern auch Armut oder Vertreibung, etwa als Folge von Umwelt- und Klimaschäden.

Was sind nun Ansätze einer Klimapolitik, um Freiheit als Nichtbeherrschung zu verwirklichen, und was sind ihre strategischen Herausforderungen? Eine in diesem Sinne emanzipatorische »grüne Demokratie« muss experimentell, konfliktorientiert und provokant sein.

DEMOKRATISCHE EXPERIMENTE

»Grüne Demokratie« erfordert tatsächliche Demokratisierung. Damit Menschen auf die Entscheidungen Einfluss nehmen können, die ihr Leben und ihre Gemeinschaften betreffen, müssen wir fortlaufend mit neuen demokratischen Praxen und Institutionen experimentieren. Klimabürger*innenversammlungen sind ein Beispiel für einen solchen Versuch. Sie gelten als Antwort auf das weit verbreitete Misstrauen in die repräsentative Demokratie, den Klimanotstand entschlossen anzugehen.

Die Legitimität von Bürger*innenversammlungen unterscheidet sich von derjeningen gewählter Parlamente durch die Form der Repräsentation. Ihre Mitglieder werden anhand von Parametern wie Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnort nach dem Zufallsprinzip ausgelost und repräsentieren die Gesamtbevölkerung. Frankreichs Klimakonvent steht exemplarisch für ein solches Demokratieexperiment. 150 Bürger*innen wurden ausgelost, um mit Expert*innen klimapolitische Vorschläge zu erarbeiten. Im Juni 2020 präsentierte der Konvent seine Ergebnisse, darunter die Einführung des Straftatbestands des Ökozids, ein Werbeverbot für umweltschädliche Produkte und das Verbot von Inlandsflügen für Strecken, die mit dem Zug in weniger als vier Stunden zurückgelegt werden können. Der Konvent forderte aber auch mehr Steuergerechtigkeit und schlug finanzielle Zuschüsse vor, um öffentliche Verkehrsmittel und »grüne« Lebensmittel erschwinglicher zu machen. Viele Vorschläge wurden angenommen, einige allerdings auch direkt von Macron abgelehnt, darunter eine vierprozentige Steuer auf Unternehmensdividenden über zehn Millionen Euro, ein Tempolimit auf den Autobahnen von 110 Stundenkilometern und die Verankerung des Umweltschutzes als vorrangiges Ziel in der Verfassung. Um zu prüfen, ob die Regierung die Empfehlungen umsetzt, wurde eine Reihe von Kontrollmechanismen installiert, etwa ein dauerhafter Verband von Konventsmitgliedern mit dem Namen »The 150«.Bürger*innenversammlungen sind ein wichtiger Hebel, um neue Stimmen an den Verhandlungstisch zu bringen und die gesellschaftliche Akzeptanz von Maßnahmen zu stärken. Allerdings haben sie keine Entscheidungskompetenz und liefern lediglich Beiträge zur Entscheidungsfindung. Um zu verhindern, dass losbasierte Bürger*innenversammlungen Instrumente der Scheinpartizipation sind, die primär der Legitimationsbeschaffung der Regierung dienen, könnten sie permanent installiert und mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden. Vorschläge des Konvents könnten so direkt in Exekutivdekrete oder Referenden umgewandelt werden.

In Gesellschaften mit großen sozialen Ungleichheiten sind Bürger*innenkonvente jedoch kein ausreichendes Mittel der Demokratisierung. Ein formaler Einbezug aller Stimmen in einen deliberativen Prozess garantiert noch keine gleiche Freiheit, da sie die strukturelle Voreingenommenheit in Debatten zugunsten wohlhabender und gut vernetzter Eliten ignoriert. Indem wir – gemäß der liberalen Tradition – soziale Konflikte vor allem als Meinungskonflikte und nicht als Konflikte um Ressourcen und Macht verstehen, gerät die Fähigkeit der politischen und wirtschaftlichen Eliten aus dem Blick, das gemeinsame Interesse für ihre partikularen Interessen zu mobilisieren.

KONFLIKTORIENTIERUNG UND DEMOKRATISCHE PLANUNG

Demokratische Experimente sind wichtig, aber sie reichen nicht, um Klima- und Umweltpolitik wirksam zu demokratisieren. Heute sind es vor allem Finanzmarktakteure und große Technologiekonzerne, die immensen Einfluss auf das Umweltmanagement und damit die Zukunft der Gesellschaft ausüben. Eine Demokratisierung der Klimapolitik darf sich deshalb nicht auf die politische Sphäre

beschränken. Sie muss vor allem auch Produktions- und Investitionsentscheidungen umfassen und Konflikte um Macht sichtbar machen: Wie kann sichergestellt werden, dass die Produktion ökologisch nachhaltig ist und Menschen Einfluss auf deren Organisation und die Nutzung von Ressourcen erlangen?

In kapitalistischen Gesellschaften liegt ein Großteil der Entscheidungsmacht bei den Konzernen, unter anderem in der Automobilindustrie. Die hohe Nachfrage nach Autos geht nicht nur auf den relativ günstigen Preis zurück, der das Ergebnis von staatlichen Subventionen und der Externalisierung von Umweltkosten ist. Auch die unzureichende Verfügbarkeit anderer Transportmittel lässt die Profitabilität und den Aktienwert von Automobilunternehmen steigen. Die Hersteller versprechen, ihre Gewinne zu nutzen, um umweltfreundliche Autos herzustellen, doch das wird den Klimanotstand nicht beheben.

Was also ist zu tun? Demokratische Planung, wie sie der Sozialtheoretiker Aaron Benanav beschreibt, könnte ein geeignetes Mittel sein (vgl. Benanav 2020). Im Rahmen von demokratischen Investitionsausschüssen könnte etwa beraten werden, wie viele Ressourcen eine Gesellschaft für die Autoproduktion bereitstellen will oder ob sie stattdessen das öffentliche Verkehrssystem verbessern möchte. Vorstellbar wäre laut Benanav folgende Zusammensetzung: Ein Drittel der Delegierten repräsentiert verschiedene Produktionseinheiten aus dem Bereich Transport, ein anderes Drittel das technische Wissen von Produzentenverbänden aus den Sektoren Verkehr und Klima und das letzte Drittel setzt sich aus Vertreter*innen der Endnutzer*innen und zivilgesellschaftlicher Gruppen zusammen. Vorstellbar wäre auch die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Personen und Gruppen, die etwa am stärksten von industriell verursachten Umweltverschmutzungen und Lärm betroffen sind, könnten vorrangig in die Entscheidungen einbezogen werden.

Neue digitale Technologien spielen ebenfalls eine wichtige Rolle für demokratische Planung. Statt Entscheidungen an unserer Stelle zu treffen, können sie komplexere Formen der Verhandlung und den Aufbau von offenen Datengemeinschaften ermöglichen. So hat die Stadtregierung in Barcelona ein vielversprechendes Pilotprojekt durchgeführt:[1] Bürger*innen wurden mit Sensoren ausgestattet, um Daten zur Lärm- und Luftverschmutzung zu erheben. Die Daten wurden anschließend anonymisiert und geteilt, um gemeinsam Problemlösungen zu erarbeiten. Dies ist nur möglich, wenn die Daten öffentliches Eigentum sind und demokratisch über ihre Verwendung entschieden wird.

»GRÜNE DEMOKRATIE« MUSS PROVOKANT SEIN

Wer Klimagerechtigkeit will, muss sie stets aufs Neue erstreiten. Historisch waren es Aufstände und Proteste, die eine stärkere Demokratisierung erzwungen haben. Auch deshalb muss eine »grüne Demokratie« provokant sein. Moderne Demokratien versprechen zwar Gleichheit und Freiheit, wirken aber nicht per se auf die Einlösung dieser Versprechen für alle hin. Wir müssen stets fragen: Freiheit und Gleichheit für wen?

In diesem Sinne bezeichnet die »grüne Demokratie« ein neues Paradigma, das Demokratie zuallererst vom Ausschluss her denkt.

Demokratisches Handeln erscheint dann nicht zuerst als eine Problemlösung, sondern als eine Praxis der Problematisierung. Problematisiert wird, dass im Namen der Freiheit sehr viel Unfreiheit zugelassen wird. So konnten historisch Freiheitsrechte für einen Teil der Bevölkerung existieren, bei gleichzeitiger Unterdrückung anderer sozialer Gruppen.

Wir müssen also aufhören, so zu tun, als wären alle gleichermaßen vom Klimanotstand betroffen. Stattdessen müssen die Hauptverantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Länder des globalen Nordens müssen ihren gerechten Anteil zahlen. Sie müssen für die Verluste und Schäden aufkommen und darüber hinaus Unterstützung leisten, um eine historisch bedingte strukturelle Ungleichheit auszugleichen. Konkrete Maßnahmen wären ein Schuldenerlass sowie eine gerechte Besteuerung von Umweltverschmutzern, eine patentfreie gemeinsame Nutzung »grüner« Technologien sowie die Reform internationaler Institutionen.

Nicht zuletzt brauchen wir eine breite politische Bewegung, die deutlich macht, was tatsächlich auf dem Spiel steht. Globale Klimagerechtigkeit leitet sich nicht aus gut gemeinten politischen Maßnahmen und Versprechen ab, sondern ist auf fortgesetzte demokratische Provokationen angewiesen. Deren Funktion ist es, einen sozial-ökologischen Wandel einzufordern und neue Vorstellungshorizonte zu eröffnen. Drei Bedingungen sind dafür notwendig: Wir müssen die ökologische Krise als eine globale Verteilungskrise begreifen, Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik denken und den ökologischen Wandel als einen sozial-ökologischen Wandel mit globalen Gerechtigkeitsansprüchen verstehen.

Diese Blickverschiebung hat eine entscheidende politische Implikation. »Grüne Demokratie« geht über bloße Forderungen nach einer CO_2-Steuer, der Senkung des Ressourcenverbrauchs des globalen Nordens und dem Ausbau erneuerbarer Energiequellen hinaus. Mehr denn je brauchen wir politische Interventionen, die Klima- und Umweltschutz mit anderen sozialen Zielen – der Schaffung guter Arbeitsplätze und dem Abbau von wirtschaftlicher und politischer Ungleichheit – verbinden. Wirtschaftsdemokratie spielt dabei eine zentrale Rolle, aber auch konkrete sozialpolitische Ziele – garantierte Mindesteinkommen, die Einführung einer Vier-Tage-Woche, eine sichere Alters- und gute Gesundheitsversorgung, die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum und Investitionen in freie Bildung. Mit Blick auf die Klimapolitik geht es auch um lokale Projekte der Kompensation von CO_2-Emissionen. Sie öffnen im Unterschied zu einem globalen Emissionshandel einen politischen Raum für Aushandlung, ermöglichen lokale Kontrolle und stärken das Prinzip der Rechenschaftspflicht, indem sie den geografischen Zusammenhang zwischen Umweltschäden und deren Behebung aufrechterhalten.
Hier demokratische Experimente mit echter Schlagkraft zu entwickeln wäre ein Schritt hin zu wirklicher »grüner Demokratie«.

LITERATUR

Benanav, Aaron, 2020: How to make a pencil. Capitalism is over, if you want it, https://logicmag.io/commons/how-to-make-a-pencil/

1 Für mehr Informationen siehe https://ajuntament.barcelona.cat/imi/en/projects/decode.

DIE ZEICHEN STEHEN AUF STURM

HANS RACKWITZ

Die Bearbeitung der Klimakrise spitzt soziale Konflikte zu. Wie kann eine ökosozialistische Intervention aussehen?

Die Welt rast weiter mit hoher Geschwindigkeit auf eine Wand zu. Seit mittlerweile drei Jahrzehnten wird versucht, Kapitalismus und Wachstum von Umweltzerstörung zu entkoppeln. Die Erfolge bleiben wenn überhaupt sektoral beschränkt und *relativ*, während sich die ökologische Krise beschleunigt zuspitzt. Diese unbequeme Wahrheit drängt sich auch der Fridays-for-Future-Bewegung auf, die »System change not climate change!« zu ihrem Kernslogan machte. Oft bleibt dieser jedoch inhaltlich diffus und vor allem ein verbaler Radikalismus. Die weltweiten Massendemonstrationen haben das Thema zwar in die Nachrichten, aber den Klimaschutz nicht substanziell vorangebracht. Was fehlt, sind Strategien, die gezielt jene Machtressourcen aufbauen und Akteure verbinden, die für einen *system change* unerlässlich sind. Dafür ist es notwendig, die sozialen Verwerfungen und Alltagskonflikte, die mit den herrschenden Bearbeitungsversuchen der Klimakrise einhergehen, als praktisch-politische Interventionsfelder zu erschließen. Denn mit der Klimakrise drohen auch die sozialen Konflikte zu eskalieren. Wie sie ausgehen und ob die soziale weiterhin gegen die ökologische Frage ausgespielt wird, hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, einen ökosozialistischen Pol zu etablieren.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATIONSKONFLIKTE

Auch wenn Kapitalismus, Ökologie und Klassenkonflikt von Beginn des Kapitalismus an faktisch miteinander verwoben sind, artikuliert sich diese Verwobenheit heute immer deutlicher. In der Soziologie spricht

man von »sozial-ökologischen Transformationskonflikten« (Dörre et al. 2020).[1] Folgendes soll damit gekennzeichnet werden: Während der Widerspruch von Kapital und Arbeit im Fordismus gerade zum *Preis* intensivierter Umweltzerstörung herrschaftlich eingehegt werden konnte (u. a. Röttger/Wissen 2017), scheint sich diese Konstellation heute umzudrehen. Die ökologische Krise wird nun um den *Preis* einer Verschärfung der Klassenwidersprüche herrschaftlich bearbeitet. Gleichzeitig sind diese Versuche ökologisch meist völlig unzureichend. Die ökologischen Folgen des Klassenwiderspruchs werden jedoch nicht nur nicht behoben, mehr noch: Da sie immer weniger externalisierbar sind, machen sie sich auch hierzulande zunehmend im Portemonnaie und in der Betriebs- und Arbeitswelt bemerkbar und werden selbst vermehrt zu ökonomischen und potenziellen politischen Krisentreibern. Wenn sich an der CO2-Steuer in Frankreich einer der militantesten Sozialproteste der letzten Jahrzehnte entzündet oder wenn Tausenden Beschäftigten wegen der Umstellung auf E-Mobilität die Entlassung droht, dann erleben wir die Verwandlung des strukturprägenden industriellen Klassenkonflikts in einen sozial-ökologischen Transformationskonflikt (Dörre et al. 2020, 24f). Die sich zuspitzende Umweltkrise führt zu einem ökologischen Reform- und Transformationsdruck, der sich in seiner herrschaftlichen Bearbeitung in soziale Konfliktrohstoffe übersetzt.

HANS RACKWITZ ist Soziologe und promoviert am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu einer Soziologie der Klassen- und Naturverhältnisse. Er ist außerdem ökosozialistisch in der Klimabewegung aktiv.

Sozial-ökologische Transformationskonflikte entzünden sich also an den politischen und unternehmerischen Reaktionen auf einen ökologischen Transformationsdruck. Sie sind nicht identisch mit Klassenkonflikten, durchziehen aber alle Ebenen der Klassenverhältnisse. Die ökologische Frage schiebt sich in den Konflikten zwischen Kapital, Arbeit und Staat immer stärker in den Vordergrund, ohne diese jedoch einfach zu verdrängen. Der Begriff verweist vielmehr auf die je kontextspezifischen Verschränkungen von

sozialen und ökologischen Faktoren in heutigen Konflikten, die sich weder als reine Klassen-, noch als reine Umweltkonflikte deuten lassen. Neben den polit-ökonomischen Ursachen in der Produktion ökologischer Gefährdungen können weitere klassenspezifische Verschränkungen von sozialer und ökologischer Frage erfasst werden. So gibt es Konflikte in der Arbeits- und Betriebswelt, rund um Verteilungseffekte umwelt-, steuer- und sozialpolitischer Maßnahmen oder gesamtwirtschaftlicher ökologisch-ökonomischer Krisenschocks. Verwoben sind all diese Dimensionen mit ideologischen Legitimations- und Herrschaftsstrategien und damit ebenso mit kulturellen Konfliktlinien der Distinktion sowie der Auf- und Abwertung. Am Beispiel der Mobilitätsthematik möchte ich diese Dimensionen veranschaulichen.

Die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse muss im herrschenden System mit der Kapitalverwertung kompatibel sein – und damit ökologisch ignorant bleiben. Die Entwicklung eines Massenmarktes für Autos ging mit einer systematischen Verdrängung der Schienenmobilitätsinfrastruktur einher, die die Autokonzerne gegen konkurrierende Unternehmen und Mobilitätskonzepte durchsetzen konnten (Wolf 1992). Heute ist klar, dass Emissionen im Verkehrssektor drastisch sinken müssen. Die Mobilitätswende *muss* jedoch heute ebenfalls kapitalverwertungskompatibel sein und soll den Autokonzernen Profite und neue Marktanteile bescheren. Statt über einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs reden wir primär über batterieelektrische Antriebe, die das Umweltproblem nicht lösen, sondern lediglich auf die Rohstoffseite verlagern. Die E-Mobilität geht wiederum mit einem geringeren (und anderen) Arbeitskräftebedarf und einer geringeren Fertigungstiefe einher. Die Frage ist, wer die Kosten und Lasten von Kapitalentwertungen und *grünen* Investitions- und Modernisierungsschüben trägt. Unternehmen versuchen den Druck an die Beschäftigten und Steuerzahler*innen weiterzureichen. Den Beschäftigten drohen Entlassungen und Entwertung ihrer Qualifikationen. Gleichzeitig werden Arbeitsverdichtungen und Standortverlagerungen auch der herkömmlichen fossilen Produktionslinien nun teilweise *als Maßnahmen des Klimaschutzes* verkauft. So geschehen etwa bei Bosch in München. Hier wurde die Werksschließung mit der Umstellung auf die E-Mobilität begründet, auch wenn lediglich das Verbrennergeschäft ins günstigere Ausland verlagert werden sollte (Heinisch 2021).

»Die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse muss im herrschenden System mit der Kapitalverwertung kompatibel sein – und damit ökologisch ignorant bleiben.«

Heutige sozial-ökologische Umbruchsprozesse sind in der öffentlichen Debatte eng mit Fragen einer ökologischen Moral verbunden. Sind deutsche Konsument*innen und (Industrie-)Beschäftigte global nicht ohnehin privilegiert und sollten für den Klimaschutz höhere Preise und neue Unsicherheiten akzeptieren? Wollen Automobilbeschäftigte ihre Jobs verteidigen, wird ihnen schnell unterstellt, *Reformblockierer zu sein*. Gleichzeitig diskutiert die Politik CO_2-Verbrauchssteuern, die nicht-nachhaltige Lebensstile – also momentan so ziemlich alle – finanziell belasten sollen. Während klimafreundlichere Konsumentscheidungen für einkommens-

starke Schichten kein Problem sind, fragen sich viele, wie sie denn den letzten Euro zweimal umdrehen sollen. Über industrielle Verschwendung, aberwitzig strukturierte Transportwege und Wertschöpfungsketten, über Dienstwagenprivileg und Privatjets, Diesel- und Kerosinsubventionen, Luxusvillen, Militär und Rüstung wird vergleichsweise wenig gesprochen. Ein anderes Beispiel ist das Neun-Euro-Ticket im Nahverkehr, das den großen Bedarf an bezahlbarer Mobilität zeigt und einen Einstieg in die Verkehrswende markieren könnte. Doch unter den Bedingungen einer jahrzehntelang heruntergesparten Infrastruktur mündete die hohe Nachfrage in verspäteten und überfüllten Zügen, überlastetem Personal und gefrusteten Reisenden. So wirkte das Ticket stellenweise als gute Werbung für die individuelle Automobilität.

Doch sozial-ökologische Transformationskonflikte können auch größere Krisenprozesse induzieren. Geraten ganze Industrien unter Druck, können ganze nationale *Entwicklungs*modelle in Schwierigkeiten kommen. Man stelle sich vor, aus ökologisch vernünftigen Klimaschutzerwägungen gerieten nicht nur die fossile, sondern auch die batterieelektrische Autoproduktion und darüber hinaus auch der überdimensionierte globale Warentransport und das exportgetriebene Wachstumsmodell in die Kritik. Potenziert werden solche Probleme der ökologisch-ökonomischen Krisengefahren durch die nach wie vor massiv aufgeblähten Renditeansprüche im Finanzsektor, die bei substanzieller Umweltpolitik eigentlich entwertet werden müssten.

Was für den Verkehrssektor gilt, lässt sich auch in anderen Bereichen beobachten. Wo wir auch hinschauen, unter den sozialen und ökologischen Beschränkungen kapitalistischer Bedingungen scheint der ökologische Transformationsdruck überall Klassenkonflikte zu verschärfen. Die Klimakrise birgt daher enormen gesellschaftlichen Sprengstoff und stellt die gesellschaftliche Linke vor gewaltige Aufgaben.

EIN ÖKOSOZIALISTISCHER POL UND KLASSENPOLITIK

Aktuell wird die Krise vor allem durch ökologische Modernisierungsprojekte bearbeitet. Gerade *weil* diese weder sozial verträglich noch ökologisch ansatzweise hinreichend sind, liegen hier Interventionsfelder für eine ökosozialistische Linke. Denn wie die Transformationskonflikte ausgehen – ob sich die Gegensätze zwischen sozialer und ökologischer Frage verfestigen oder ob sich Ansätze einer ökosozialistischen Klassenpolitik herausbilden –, ist offen und hängt von den konkreten Akteurs- und Konfliktkonstellationen ab. Entscheidend für ihre Verläufe ist allerdings auch das politische Framing. Dieses bietet ein Interpretationsangebot an, worum eigentlich gestritten wird. *Zerstören die »Öko-Spinner« Industrie und Jobs? Oder können gewinnorientierte Unternehmen weder Nachhaltigkeit noch Erwerbssicherheit langfristig organisieren?* Der gegenwärtige politische Diskurs bildet tendenziell die Spaltung der herrschenden Eliten selbst ab: Auf der einen Seite steht ein liberaler Ökomodernismus, der versucht, sozial zweifelhafte und ökologisch unzureichende

»Die Frage ist, wer die Kosten und Lasten von Kapitalentwertungen und *grünen* Investitions- und Modernisierungsschüben trägt.«

Wachstumskompromisse zu organisieren. Dabei nimmt er mit Austerität, Lohnsupression und Entlassungen *im Namen des Klimaschutzes* nicht selten Formen eines ökologischen Klassenkampfs *von oben* an. Auf der anderen Seite ein konservatives bis rechtsautoritaristisches, tendenziell *anti-ökologisches* Spektrum, das Klasseninteressen sozialdemagogisch anerkennt und mit einer anti-ökologischen Agitation und Programmatik verbindet. Eine ökosozialistische Linke muss sich in scharfer Abgrenzung zu beiden Positionen aufstellen. Ihr Herzstück und strategischer Fluchtpunkt muss der schnellstmögliche sozialverträgliche *und* ökologisch tragfähige Um- und Rückbau des industriellen Apparates und der Ausbau sozialer Infrastrukturen sein. Damit die Linke in diesen Konflikten nicht zwischen dem grün-liberalen und dem rechts-autoritären, anti-ökologischen Block zerrieben wird, braucht es einen eigenständigen ökosozialis-

»Damit die Linke in diesen Konflikten nicht zwischen dem grün-liberalen und dem rechts-autoritären, anti-ökologischen Block zerrieben wird, braucht es einen eigenständigen ökosozialistischen Pol.«

tischen Pol. Dieser muss (1) vom Standpunkt der gesellschaftlichen Arbeit her gedacht und aufgebaut werden; (2) ganzheitlich konzipiert werden und gesellschaftspolitisch auf eine ökosozialistische Transformationsperspektive verweisen und (3) ein ökosozialistisches populistisches Framing bedienen, das in scharfer Abgrenzung zu den beiden falschen Alternativen die sozial-ökologische Polarisierung in eine ökosozialistische Polarisierung wenden kann.

STANDPUNKT DER ARBEIT

Der Position der Menschen in ihrer sozialen Rolle als Arbeiter*innen kommt im Aufbau eines ökosozialistischen Pols eine Schlüsselrolle zu. Denn die Position in der Hierarchie des Kapitalverwertungsprozesses und der gesamtgesellschaftlichen und betrieblichen Arbeitsteilung ist gleichzeitig eine Position in der Regulierung des arbeitsvermittelten Stoffwechsels.[2] Mit jeder Position gehen unterschiedliche Machtressourcen einher, in die kapitalistische Produktion und damit in den kapitalistisch überformten Stoffwechsel einzugreifen. Aus dieser Perspektive kommen auch Beschäftigte jener besonders klimaschädlichen Branchen in den Blick, denen häufig keine progressive Rolle in klimapolitischen Strategien zugesprochen wird. Doch statt den Kauf von SUVs anzuprangern, wäre es besser, wenn diese gar nicht erst produziert würden (Dörre et al. 2020, 55). Und genau in den Fragen, Was, Wie und Wozu eigentlich produziert wird (ebd., 45), halten die (Auto-)Beschäftigten die strategisch zentralen Machtressourcen für einen nachhaltigen Wirtschaftsumbau. Sie können direkt und organisiert in den Arbeits-, Produktions- und damit Stoffwechselprozess eingreifen und haben, zumindest potenziell, die Macht, die Produktion anders, also demokratischer und ökologischer zu gestalten. Die bereits erwähnte Auseinandersetzung um das Bosch-Werk in München ist nicht nur paradigmatisch für die Krise der Autoindustrie und die kommenden sozial-ökologischen Transformationskonflikte, sondern ebenso für eine progressive klassenkämpferische Allianz zwischen Belegschaften und Klimaaktivist*innen (Heinisch 2021). Mit der Werkschließung konfrontiert, forderten die Beschäftigten mit Unterstützung der

Klimaaktivist*innen eine Umstellung auf ökologische Produktion und entwickelten dafür konkrete Alternativvorschläge.

Aus einer solchen ökosozialistischen Perspektive werden die Beschäftigten solcher Sektoren von Schuldigen, die umweltschädliche Dinge produzieren, zu Transformationsakteur*innen, die nicht nur das Know-how, sondern potenziell auch die ökonomische (Streik-)Macht haben, einen ökologischen Wirtschaftsumbau auf der Ebene des konkreten Arbeitsprozesses gegen die Interessen des Kapitals durchzusetzen.

EINE GANZHEITLICHE STRATEGIE

Die Kämpfe gegen Entlassungen in der Autoindustrie oder für bessere Arbeitsbedingungen im Nah- und Fernverkehr weisen heute schnell über die Betriebsebene hinaus und können nur durch ihre gesellschaftliche Politisierung überhaupt erfolgreich sein. Hierin liegen enorme Chancen für neue, schlagkräftige sozial-ökologische Allianzen zur Durchsetzung weiter reichender (sozial-)ökologischer Forderungen. Gelingt es Kämpfen in der strukturell kriselnden Autoindustrie etwa nicht, sie als Kämpfe um einen grundlegenden nachhaltigen Industrieumbau zu führen, droht andernfalls ein *Tod auf Raten*, weil der Beschäftigungsabbau nur aufgeschoben, aber nicht verhindert werden kann (Röttger/Wissen 2017). Kämpfe für einen besseren öffentlichen Nah- und Fernverkehr prallen dagegen schnell an die Wand politisch verknappter öffentlicher Finanzen, wenn nicht das Austeritätsdogma gebrochen wird. Geld ist faktisch genug da, die Finanzierung öffentlicher Aufgaben und ebenso eine wirklich nachhaltige Mobilitätswende ist eine Frage der politischen Prioritätensetzung und der Kräfteverhältnisse.

Ökosozialistische Fortschritte können nur mit einem ganzheitlichen, verbindenden Ansatz erreicht werden, denn die faktischen Bezüge von Betriebs- und Gesellschaftspolitik, von Kämpfen in der Autoindustrie zu denen bei Bus- und Bahnbetrieben und von diesen Themen zur Klimakrise und zur Notwendigkeit einer echten Nachhaltigkeitswende entstehen nicht von allein. *Kämpfe zu verbinden* bedeutet jedoch nicht, sie einfach *irgendwie zu addieren*, sondern, ein Problemfeld (hier Mobilitätswende) entlang eines strategischen Horizontes ganzheitlich von seinen verschiedenen Seiten zu bearbeiten. Linke Parteien und Klimaaktivist*innen müssten die Organisierung der Beschäftigten in der Autoindustrie, den Ausbau der öffentlichen Mobilität und den Klimaschutz verbindend unterstützen und entsprechende Bündnisse zwischen Gewerkschaften, Verbraucher*innenorganisationen und Klimaaktivist*innen anschieben. Für die Autoindustrie heißt das, nicht auf E-Mobilität, sondern auf eine Konversion hinzuwirken und den Umbau sozialpolitisch abzufedern, etwa in Form eines Rechts auf gesellschaftlich und damit auch ökologisch sinnvolle Arbeit. Betriebs- und Tarifkämpfe in Verkehrsbetrieben sollten dagegen aus der Klima- und Nutzer*innenperspektive unterstützt werden. Bessere Arbeitsbedingungen bewirken ein

»Geld ist faktisch genug da, die Finanzierung öffentlicher Aufgaben und ebenso eine wirklich nachhaltige Mobilitätswende ist eine Frage der politischen Prioritätensetzung und der Kräfteverhältnisse.«

attraktiveres Angebot und eine ökologisch wünschenswerte höhere Nutzung. Und nur eine gemeinsame Allianz aus Beschäftigten und Klimaaktivist*innen kann den notwendigen Infrastrukturausbau und dessen Finanzierung erkämpfen. Wichtig ist dabei, die überbetrieblichen/gesellschaftspolitischen Fragen, etwa die Verbindungen zur Autoindustrie (und vice versa), zu Forderungen etwa eines Infrastruktur- und Personalausbaus im Nah- und Fernverkehr, zum gesamtwirtschaftlichen ökologischen Umbau (und dem insgesamt riesigen Bedarf an Arbeit und Know-how) und zu den kapitalistisch gesetzten Grenzen dieser Aspekte auf der Unterstützung von Arbeitsplatzerhalt und besseren Arbeitsbedingungen *aufbauend* in die Kämpfe einzubringen. Die Kämpfe für den industriellen Umbau, für ein Recht auf Arbeit und für deren sozialverträgliche intersektorale Umverteilung und die dafür notwendige Demokratisierung der Arbeit und der Produktion setzen Profitzwang und Marktlogik perspektivisch Grenzen und ermöglichen eine ökosozialistisch transformative Politik. Die legitimen Beschäftigungs-, Betriebs- und Lohninteressen zunächst solidarisch anzuerkennen und zu unterstützen ist die Bedingung, um überhaupt ernsthaft Fragen der Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus, der globalen Klimagerechtigkeit oder eines *system change* stellen zu können.

EIN ÖKOSOZIALISTISCHER POPULISMUS

Die Verbindungslinien zu diesen überbetrieblichen und gesellschaftspolitischen Fragen sowie die Bezüge der verschiedenen Konflikte zueinander muss ein ökosozialistisches populistisches Framing ziehen, das die systemischen Ursachen der Krisen und Konflikte mit den alltäglichen Verwerfungen in Bezug setzt. Gemeint ist ein aktivierender sozialistischer statt eines sozialdemokratischen Stellvertreter- oder gar eines rechten Populismus. Ein linker Populismus (Goes/Bock 2017) kombiniert eine populare sozial-ökologische Programmatik mit einer populistisch verdichtenden politischen Ansprache. Es geht darum, an die sozialpopulistischen Deutungen im Massenbewusstsein, die auch in Bezug auf die Klimakrise bestehen, anzuknüpfen und sie progressiv weiterzutreiben. Eine Ahnung des systemischen Charakters der Klimakrise, eine Kritik an den ökologisch widersprüchlichen und sozial ungerechten Scheinlösungen des Ökomodernismus sowie an der Ausklammerung der größten Klimasünder*innen aus der Umweltdebatte sind Ansichten, die im Massenbewusstsein heute weit verbreitet sind. Allzu oft finden diese jedoch keine politische Verdichtung und Repräsentation, die diesem Unbehagen eine progressive programmatische Alternative bieten könnte. In diese Lücke stößt dann schnell eine anti-ökologische und reaktionäre Elitenkritik. Ein ökosozialistischer Populismus sollte dabei auch auf die klassenspezifischen Ungleichheiten des Umweltverbrauchs und der Vulnerabilität gegenüber Umweltrisiken hinweisen und auf eine gerechtere Verteilung der Lasten drängen. Hier kann auch eine Kritik an Lebensstilen ansetzen, die das verbreitete Unbehagen an der Nichtnachhaltigkeit der eigenen Lebensführung aufnimmt. Aus einer individuellen muss jedoch eine kollektive Konsumkritik werden, die damit zwangsläufig eine Produktions- und Systemkritik einschließt.
Die Tatsache, dass wir gezwungen sind, unsere alltägliche soziale Reproduktion mangels Alternativen auf Kosten der Umwelt abzusi-

chern, gilt es zu politisieren. Für eine breitere Akzeptanz der notwendigen Veränderungen in den Lebens- und Konsumgewohnheiten muss nicht nur die Frage nach dem Angebot und der gesellschaftlichen Versorgungsinfrastrukturen auf die politische Agenda gesetzt werden, es sollte auch der enorm umweltschädliche exzessive Luxuskonsum der Superreichen problematisiert werden. Wird ökologischer Verzicht gegenüber Normal- und Geringverdiener*innen propagiert, während die Lebensstile der Reichsten keine Debatte wert sind, sind Anerkennungsdefizite vorprogrammiert und die Ablehnung von Umweltpolitik ist nicht weit.

Trotz der Verschiedenartigkeit der zu verbindenden konkreten Konflikte ist es essenziell, auf den gemeinsamen Kern der Probleme zu verweisen und so der Vereinzelung einen koordinierten sozial-ökologischen Aufbruch entgegenzusetzen. Die Forderungen nach Konversion und dem Ausbau der öffentlichen Versorgungsinfrastrukturen sowie die Abwehr von CO2-Verbrauchssteuern müssen auf Gemeinsames verweisen: Nämlich auf die soziale und ökologische Sackgasse liberaler und rechter Vorschläge und auf die Perspektive einer Demokratisierung und Ökologisierung der Wirtschaft, die diese durchbrechen kann. Nur dann können sich die Kämpfe gegenseitig befruchten und praktische, solidarische Verbindungen über Branchen, Beschäftigtengruppen und kulturelle Milieus hinweg entstehen. Die sozial-ökologische Problematik in den aktuellen Transformationskonflikten verweist letztlich auf den Kern der sozialistischen Idee: Auf die Demokratisierung und Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit, die nur konflikthaft gegen Kapitalinteressen durchgesetzt werden können. Ein solches Framing muss sich damit sowohl von den ökomodernistisch-liberalen sowie von fossil-rechtsautoritären Konzepten abgrenzen und beide als ökologisch unzureichende und sozial ungerechte Projekte kapitalistischer Eliten brandmarken. Diese Pole befeuern sich gegenseitig und ziehen ihre Kraft aus den Defiziten der jeweils anderen. Auf diese fatale Polarisierung darf sich die Linke nicht einlassen, sondern muss einen eigenständigen ökosozialistischen Pol entwickeln, der soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sozialistisch transformativ verbinden kann.

LITERATUR

Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hg.), 2020: Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a. M.

Goes, Thomas E./Bock, Violetta, 2017: Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte, Köln

Heinisch, Franziska, 2021: Ein Hauch von Klassenkampf, in: Jacobin, 30.11.2021, https://jacobin.de/artikel/ein-hauch-von-klassenkampf-bosch-werke-muenchen-ig-metall-autoindustrie-klimakrise/

Rackwitz, Hans, 2022: Der ökologische Gesellschaftskonflikt als Klassenfrage: Konvergenzen, Divergenzen und Wechselwirkungen von Klassen- und Naturverhältnissen, in: Graf, Jakob/Lucht, Kim/Lütten, John (Hg.), Die Wiederkehr der Klassen. Theorien, Analysen, Kontroversen, Projekt Klassenanalyse Jena, Bd. 2, Frankfurt a. M./New York, 91–122, www.rosalux.de/publikation/id/46147/die-wiederkehr-der-klassen

Röttger, Bernd/Wissen, Markus, 2017: Ökologische Klassenpolitik, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/oekologische-klassenpolitik/

Wolf, Winfried, 1992: Eisenbahn und Autowahn. Personen- und Gütertransport auf Schiene und Straße. Geschichte, Bilanz, Perspektiven, Hamburg/Zürich

---

1 Für eine Übersicht zu den Wechselwirkungen von Klassen- und Naturverhältnissen auf den Ebenen der Politischen Ökonomie, sozial-ökologischer Ungleichheiten, sozial-ökologischer Transformationskonflikte und einer ökosozialistischen Klassenpolitik vgl. Rackwitz 2022.

2 Zu den ökologischen Widersprüchen des Kapitalismus und zum Zusammenhang von Arbeit und Stoffwechsel siehe Mahnkopf in diesem Heft.

REICHTUM FRISST KLIMA

Die Lebensweise der reichsten Personen und Länder dieser Welt treibt die Klimakrise unaufhörlich voran und lässt das 1,5°C-Ziel in weite Ferne rücken. Darunter leiden die Ärmsten dieser Welt am meisten. Den Hebel können wir nur richtig anlegen, wenn wir sehen: Die Klimafrage ist auch eine Klassenfrage.

DRECKIGE BILANZ

100 Unternehmen

71% der globalen industriellen Emissionen

Quelle: CDP Carbon Majors Report 2017

USA 2013–2018

11 MAL SO VIEL Geld für Migrationsabwehr wie für Klimaanpassung

Quelle: TNI 2021

KLIMA DER ANGST

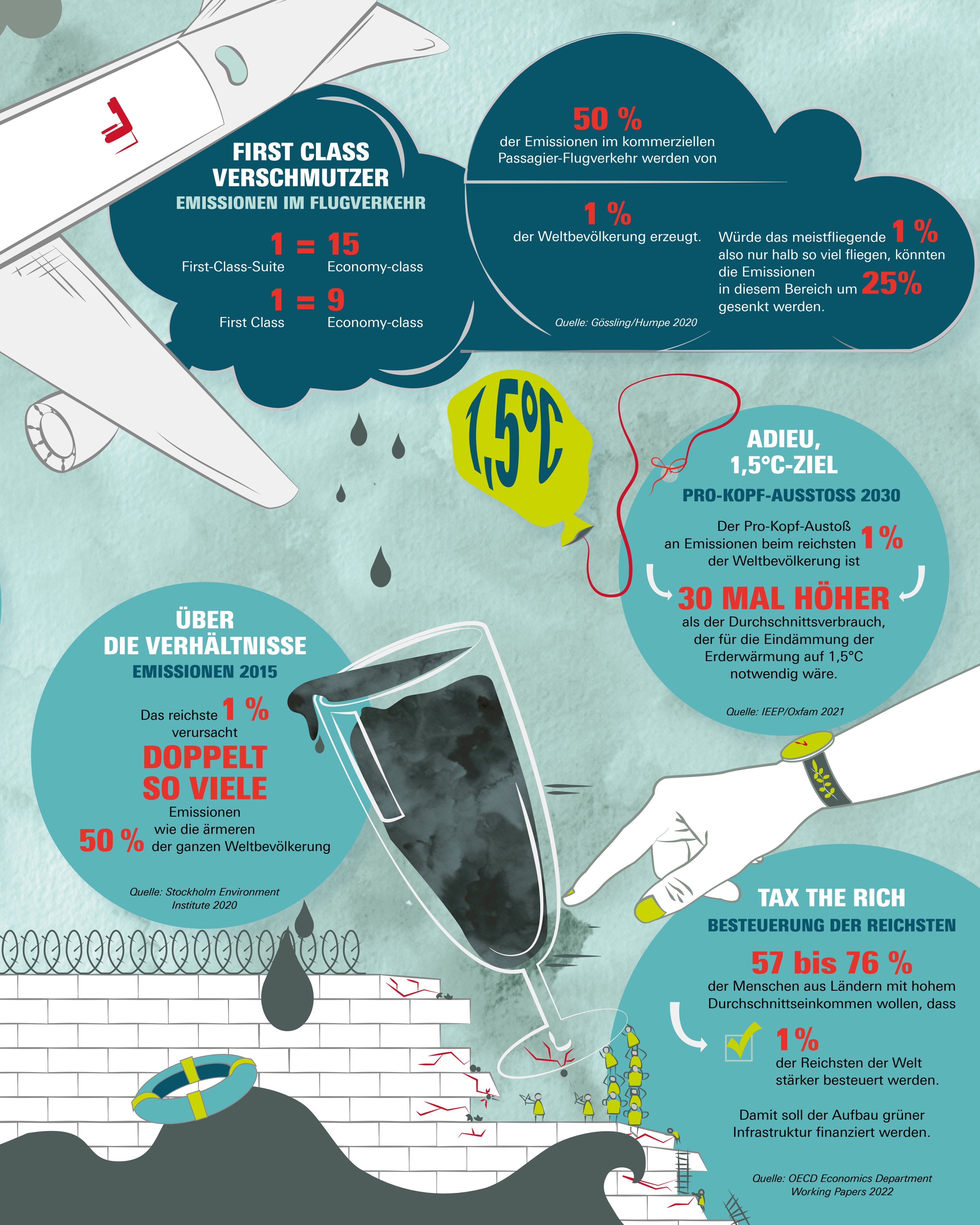
JUNGE MENSCHEN WELTWEIT

75 % haben Angst vor der Zukunft.

65 % fühlen sich mit Blick auf den Klimawandel von ihrer Regierung im Stich gelassen.

Quelle: Nature 2021




FIRST CLASS VERSCHMUTZER
EMISSIONEN IM FLUGVERKEHR
1 = 15
First-Class-Suite
Economy-class
1 = 9
First Class
Economy-class
50 %
der Emissionen im kommerziellen Passagier-Flugverkehr werden von
1 %
der Weltbevölkerung erzeugt.
Würde das meistfliegende 1 % also nur halb so viel fliegen, könnten die Emissionen in diesem Bereich um 25% gesenkt werden.
Quelle: Gössling/Humpe 2020
1,5°C
ADIEU, 1,5°C-ZIEL
PRO-KOPF-AUSSTOSS 2030
Der Pro-Kopf-Austoß an Emissionen beim reichsten 1 % der Weltbevölkerung ist
30 MAL HÖHER
als der Durchschnittsverbrauch, der für die Eindämmung der Erderwärmung auf 1,5°C notwendig wäre.
Quelle: IEEP/Oxfam 2021
ÜBER DIE VERHÄLTNISSE
EMISSIONEN 2015
Das reichste 1 % verursacht
DOPPELT SO VIELE
Emissionen wie die ärmeren
50 %
der ganzen Weltbevölkerung
Quelle: Stockholm Environment Institute 2020
TAX THE RICH
BESTEUERUNG DER REICHSTEN
57 bis 76 %
der Menschen aus Ländern mit hohem Durchschnittseinkommen wollen, dass
1 %
der Reichsten der Welt stärker besteuert werden.
Damit soll der Aufbau grüner Infrastruktur finanziert werden.
Quelle: OECD Economics Department Working Papers 2022

AUF DEM WEG IN EINE NEUE BLOCKKONFRONTATION?

INGAR SOLTY

Russlands Ukraine-Krieg ist der wesentliche Katalysator einer neuen Weltordnung. Sie löst den kriselnden neoliberal verfassten globalen Finanzmarktkapitalismus ab. Noch ist vieles offen, aber es zeichnet sich eine neue Blockkonfrontation ab.

Der völkerrechtswidrige russische Überfall zielte wahrscheinlich auf einen schnellen Regime-Change und eine erzwungene Bündnisneutralität der Ukraine ab. Womöglich rechnete Putin, wie die Politik im »Westen«, mit einem raschen Kollaps der ukrainischen Streitkräfte und einer Flucht Selenskijs, den man durch einen russlandorientierten Präsidenten hätte ersetzen können.

Außerdem spielte die Ablenkung von den inneren Widersprüchen eine Rolle. Dem russischen rentenökonomischen Kapitalismus ist es nicht gelungen, die in den 2000er Jahren steigenden Rohstoffpreise zu nutzen, um die eigene, auf Rohstoff- und Rüstungsexport basierende schwache Wirtschaft zu diversifizieren. Während die sich daraus ergebenden Renten- und Sozialkürzungen der letzten Jahre von der russischen Bevölkerung abgelehnt werden, teilt eine große Mehrheit die Auffassung einer äußeren Bedrohung und die Erzählung, die USA und die NATO hätten Russland im Moment seiner Schwäche – der Jelzin-Ära – durch die NATO-Osterweiterung eingekreist.

Das Scheitern der russischen Kriegsziele zeichnete sich schnell ab. Mittlerweile droht ein jahrelanger Abnutzungskrieg, in dem die USA und die europäischen NATO-Staaten die Ukraine ständig mit neuen Waffen versorgen und Russland seine Rüstungspotenziale verschleißt. Vor diesem Hintergrund sortieren sich auch die geopolitischen Kräfteverhältnisse neu.

GESCHWÄCHTES EUROPA IN ABHÄNGIGKEIT VON DEN USA

Ein Ergebnis wird eine politische und ökonomische Schwächung Europas sein. Dies



gilt insbesondere für Deutschland und sein exportorientiertes Wirtschafts- und Wachstumsmodell, das sich unter den Bedingungen fortgesetzter Just-in-time-Produktion als besonders anfällig erwiesen hat für die Lieferkettenunterbrechungen infolge von Corona-Pandemie und Krieg. Eine Studie des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel) und des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) kam nach Kriegsbeginn zu dem Schluss, dass die Russland-Sanktionen die USA im Gegensatz zur Europäischen Union so gut wie gar nicht wirtschaftlich schädigen würden.[1]

Die zunächst von Deutschland und der EU und dann von Russland aktiv betriebene Abkopplung des deutschen Akkumulationsregimes von vergleichsweise günstigen russischen Öl- und Gasimporten erweist sich als wesentliche Triebkraft der Inflation. Der Druck auf die Gewerkschaften, sich angesichts gestiegener Produktionskosten, des Energieumbaus und der Exportprobleme der deutschen Wirtschaft in Lohnzurückhaltung zu üben, wächst mit den von den Kapitalverbänden erhobenen Forderungen nach Nullrunden bei den Tarifverhandlungen der IG Metall, nach einer Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre (Gesamtmetall-Chef Stefan Wolf) oder der von Bundesfinanzminister Christian Lindner ins Spiel gebrachten 42-Stunden-Woche plus unbezahlter Überstunden. Die bisherigen Tarifabschlüsse in der Metallbranche zeigen jedoch, dass von der gewerkschaftlich-tarifpolitischen Trias Inflationsausgleich, Beteiligung am Produktivitätszuwachs und Umverteilungskomponente wohl selbst für die mächtigsten Beschäftigtengruppen – die Stammbelegschaften in der Exportwirtschaft – nicht einmal der Inflationsausgleich gewährleistet werden kann. Dies ist auch Folge der Corona-Pandemie, die etwa mit Betriebsräten im Homeoffice auszehrend auf die Organisation gewirkt hat. Insofern diese Tarifabschlüsse eine Signalwirkung auf den öffentlichen und den Dienstleistungssektor ausüben, wird dies starke Einkommensverluste bei den Lohnabhängigen zur Folge haben.

Geopolitisch geraten Deutschland und die EU durch den Ukraine-Krieg in eine dreifache

INGAR SOLTY ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift.

Abhängigkeit von den USA. Im Kontext einer zunehmenden Militarisierung internationaler Beziehungen prägt sich dieser asymmetrische Transatlantizismus aus als

1 | eine zunehmende transatlantisch-militärpolitische Abhängigkeit Deutschlands, die sich heute schon darin offenbart, dass beinahe die Hälfte der 100 Milliarden Euro Rüstungsausgaben über den Kauf der F35-Kampfflugzeuge und der neuen Transporthubschrauber in die USA transferiert werden wird;

»Die Stärkung eines asymmetrischen Transatlantizismus wird die von Teilen der EU-Eliten nach Brexit und Trump-Wahl avisierte stärkere ›strategische Autonomie‹ Europas von den USA nachhaltig schwächen.«

2 | eine zunehmende energiepolitische Abhängigkeit von den USA in Form von ökonomisch kostspieligen und klimapolitisch desaströsen Frackinggas-Importen sowie Energieimporten aus US-verbündeten Golfdiktaturen (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar) und

3 | eine verstärkte Abhängigkeit vor allem des deutschen Exportmodells vom US-Binnenmarkt, insofern die Handelsbeziehungen zu China unter der neuen Blockkonfrontation noch mehr leiden werden als jetzt schon unter den Bedingungen des gegen das »Reich der Mitte« gerichteten US-Wirtschaftskriegs.

Der Druck der USA, sich im Namen der Ideologie »Demokratien versus Autokratien« nicht nur von Russland, sondern auch von China abzukoppeln, würde dabei im Erfolgsfall eine weitere dramatische Inflation sowie Einkommenseinbußen und millionenfache Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben. Ob es den transnational orientierten Kapitalfraktionen im Machtblock in Deutschland gelingen wird, diesem – innenpolitisch durch die grünen Außen- sowie Wirtschafts- und Energieministerien und außenpolitisch durch Osteuropa in die EU übersetzten – Druck aus den USA standzuhalten, ist eine offene Frage.

Die oben beschriebene Stärkung eines asymmetrischen Transatlantizismus wird die von Teilen der EU-Eliten nach Brexit und Trump-Wahl 2016 avisierte stärkere ›strategische Autonomie‹ Europas von den USA nachhaltig schwächen. Eine stärkere Vasallenrolle Deutschlands wird etwa zur Folge haben, dass es eine Wiederholung der deutschen Enthaltung im Irak-Krieg 2002/03 (durch SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder) oder im Libyen-Krieg 2011 (durch FDP-Außenminister Guido Westerwelle) nicht mehr geben wird. Die EU als Ganze wird durch diese Entwicklungen auch politisch geschwächt sein. Die Bemühungen, zukünftig unabhängiger von den USA zu agieren, auch militärisch (im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit und dem Aufbau von EU-Armeestrukturen), werden durch die neue energie- und wirtschaftspolitische Abhängigkeit von den USA untergraben. Zwar wirkt Russlands Krieg als Kohäsionsfaktor für die EU (außer dem energiepolitisch von Russland in besonderem Maße abhängigen, hafenlosen Ungarn). Auch schwächt die wahrgenommene militärische Bedrohung von außen die Fliehkräfte entlang der Nordost-Südwest-Achse (Streit um die Euro- bzw. Coronabonds) und entlang der West-Ost-Achse (Streit um Zentralismus und Rechsstaatlichkeit mit Polen und Ungarn) ab. Eine wachsende militärpolitische Kohäsion vollzieht sich jedoch in Unterordnung unter die NATO-Strukturen

und damit der US-Macht in Europa. Diese neue Blockkonfrontation gefährdet die industrielle Basis Europas, namentlich Deutschlands, und damit auch den darauf fußenden fragilen Klassenkompromiss.

DROHT EIN WELTWEITER KRIEG?

China wird entgegen seiner Bemühungen, sich weiter aus den internationalen Konflikten herauszuhalten, an der Seite Russlands in die Blockbildung hineingetrieben. Nicht auszuschließen ist, dass dies im Rahmen einer Eskalation der US-chinesischen Spannungen im Südchinesischen Meer und in der Frage Taiwans und der Ein-China-Politik passiert. Diese Eskalation wird von Teilen des liberalen US-Außenpolitik-Establishments bewusst angestrebt.[2] Nancy Pelosis Besuch ist in diesem Kontext als eine Abkehr von bisheriger China-Politik zu begreifen. Nicht auszuschließen ist, dass sich der chinesische Nationalismus durchsetzt, der eine Entfremdung Taiwans und Chinas beobachtet und darum besser heute als morgen für die angestrebte Wiedervereinigung mit Festlandchina optiert.

Der Ukraine-Krieg birgt die reale Gefahr einer Eskalation in der Ukraine und über ihre Grenzen hinaus. Sie beruht erstens darauf, dass die Lieferung schwerer Waffen und die Ausbildung ukrainischer Truppen an ihnen nach Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags eine »Grauzone« hinsichtlich der Frage einer »aktiven Kriegsbeteiligung« bilden. Zweitens ist nicht auszuschließen, dass die russische Regierung im Falle einer sich abzeichnenden Niederlage ebenso wie die ukrainische alle ihr zur Verfügung stehenden Waffen zum Einsatz bringt. Dies würde eine Eskalation mit thermobaren Waffensystemen, taktischen Atomwaffen und auch des Luftkriegs bedeuten. Die Zivilbevölkerung würde dann in einem noch viel grauenvolleren Ausmaß Opfer dieses Krieges werden. Zugleich würden die Forderungen nach einem aktiven Kriegseintritt der NATO noch lauter. Drittens birgt der Krieg, je länger er anhält, auch hohe Risiken von Zwischenfällen, die ein Schlafwandeln in einen Dritten Weltkrieg zum Ergebnis haben könnten. Man stelle sich etwa vor, die russische Regierung würde die Lieferwege von Waffen auf dem Territorium von Polen oder anderen NATO-Staaten beschießen oder US- und britische Ausbildungstruppen würden in der Ukraine Opfer eines russischen Luftschlags. Es liegt auf der Hand, wie die Eskalationsspirale in einem solchen Fall weitergedreht werden dürfte und von westlicher Seite auch »müsste«, um »glaubwürdig zu bleiben«.

»Diese neue Blockkonfrontation gefährdet die industrielle Basis Europas, namentlich Deutschlands, und damit auch den darauf fußenden fragilen Klassenkompromiss.«

Einmal vorausgesetzt, es bleibt »bloß« bei einem Jahre anhaltenden regionalen, geopolitisch-militärischen Abnutzungskrieg mit russischen und westlichen Militärpotenzialen und auch die Spannungen im Westpazifik weiten sich nicht zu einem direkten Krieg zwischen der NATO und der Atommacht Russland bzw. der Atommacht China aus, dürfte die seit dem Jahrtausendwechsel entstandene Multi- zunehmend in eine neue Bipolarität übergehen. Zwar würden einige Schwellenländer wie Indien oder Brasilien wohl versuchen, sich ihr zu entziehen und »blockfrei« zu bleiben. Hierfür spricht auch

die Tatsache, dass Russland heute, anders als in westlichen Medien dargestellt, keineswegs isoliert ist, sondern allein in den USA und in Europa (minus Ungarn). Denn allein von den bevölkerungsreichsten Staaten haben acht von zehn den russischen Krieg nicht verurteilt, wohl auch, weil sie teilweise, wie Indien, bislang vom Krieg durch vergünstigte Energieimporte aus Russland profitieren. Der Druck, sich einzureihen, wird jedoch von beiden Polen – USA und China – zunehmen.

Die neue Blockkonfrontation dürfte dann mehrere Dimensionen haben:

1 | gefestigte politisch-militärische Allianzen (NATO, AUKUS[3] usw.), die einerseits von den USA und andererseits von China und Russland angeführt werden;

2 | bipolare Lieferketten-Allianzen entlang der Hierarchien der internationalen Arbeitsteilung mit den Hochtechnologierivalen USA und China als jeweiligen Führungsnationen;

3 | entsprechend eine partielle strategische Renationalisierung von Industriepolitik und Renaissance von Autarkiedenken;

4 | entsprechende Finanzarchitekturen mit einem regional gestärkten Dollar einerseits und intensivierten Versuchen, sich vom Dollar als Weltwährung abzukoppeln;

5 | eine ideologische Bipolarität, die vom nun wieder viel stärker hinter den USA geeinten »Westen« aus mit dem Gegensatz »Demokratien vs. Autokratien« ausgefochten werden wird. Die Autokratien im eigenen Lager – Saudi-Arabien und andere Golfdiktaturen, Singapur, die Türkei usw. – werden dabei weiterhin (wie in ihren Kriegen im Jemen und in Nordsyrien) freie Hand haben als Teile der »westlichen Wertegemeinschaft«. Die neue Blockkonfrontation wird

6 | zwangsläufig mit neuen Stellvertreterkriegen an den Rändern der ökonomisch-politisch-militärischen Blöcke einhergehen, die grundsätzlich immer auch das Potenzial einer überregionalen Ausweitung implizieren. Solcherlei Kriege werden voraussichtlich schon kurzfristig entstehen, weil der Ukraine-Krieg mit dem Abbruch von Lieferketten für Düngemittel, Saatgut usw. einerseits und der spätestens im Herbst 2023 kommenden Agrarpreisexplosion und darauffolgenden Hungerkrise im globalen Süden andererseits zu Hungerrevolten und Verteilungskonflikten führen wird. Diese könnten zu Staatszerfallsprozessen, Bürgerkriegen, gefolgt womöglich wieder von ad-hoc-feuerlöschenden ausländischen Militärinterventionen und Massenfluchtbewegungen führen und im globalen Norden rechtsautoritär-nationalistischen Kräften zur Stärkung verhelfen. Ähnliche Wirkungsketten sind auch im Ergebnis regionaler Auswirkungen der laufenden Klimakatastrophe zu erwarten. Letztere wird zwangsläufig eskalieren, weil ein globaler Klimamultilateralismus unter Einschluss Chinas die absolut notwendige Voraussetzung für ihre Abwendung wäre und weil das neue globale Wettrüsten die unbedingt nötigen Finanzressourcen für die Bekämpfung des Klimawandels und für die Klimaanpassung bindet.

DIE HEIMATFRONT DER BLOCKKONFRONTATION

Für Linke in den kapitalistischen Kernstaaten bedeutet diese Entwicklung kurzfristig, dass die mit dem Krieg zusammenhängenden Entscheidungen das gesellschaftliche Klima bestimmen werden. Eine neue Blockkon-

frontation wird zwangsläufig Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Liberalität unter Druck setzen. Die Durchsetzung der »Zeitenwende« und 100 Milliarden Sonderschulden ohne gesamtgesellschaftliche Debatte ist ein Vorbote für die kommende Zentralisierung von Exekutivmacht. Linke Kräfte, die das Übergehen des Parlaments kritisieren, werden im Falle einer Blockkonfrontation als »Bremser« erscheinen. Angesichts einer Entfremdung vom grün-liberalen und rechtssozialdemokratischen Spektrum wird die Linke – ganz gleich, wie sehr sie Russlands Angriffskrieg verurteilt – einerseits als »fünfte Kolonne Putins« unter Beobachtung einer in ihrem Bellizismus geeinten Gesellschaftselite stehen. Die Vehemenz der Attacken auf »Lumpenpazifismus« (Sascha Lobo), »Unterwerfungspazifismus« (Herfried Münkler) und »fünfte Kolonne Putins« (Alexander Graf Lambsdorff) ist hier ein Vorbote. Angesichts der Tatsache, dass entspannungspolitische Positionen gegen Waffenlieferungen und militärisch-rhetorische Eskalation aus grundsätzlich verschiedenen Gründen sowohl von der LINKEN als auch von der AfD vertreten werden, wird sich Erstere darauf gefasst machen müssen, dass verstärkt versucht wird, sie qua Totalitarismusdoktrin (»Hufeisen«) zu delegitimieren.

Andererseits entstehen für die Linke kurzfristig Spielräume infolge eines neuen Elite-Masse-Bruchs in der Frage der mehr oder weniger »aktiven Kriegsbeteiligung« der NATO – die Hälfte der Bevölkerung lehnt die Lieferung schwerer Waffen ab. Auch wächst die Zahl derer, die sich gegen die Aufrüstung wenden, je deutlicher wird, dass es dadurch an Mitteln fehlt sowohl für eine konsequente Energiewende als auch für einen Ausbau der sozialen Infrastrukturen und Entlastungsmaßnahmen angesichts rasant steigender Energie-, Lebensmittel- und Mietpreise. Für die Partei DIE LINKE bedeutet das konkret die Chance, ihre gegenwärtige Existenzkrise zu überwinden. Ihr verloren

»Ein linker ›heißer Herbst‹ ist die Voraussetzung, um alternative Zukünfte jenseits der verheerenden Blockkonfrontation wieder öffnen zu können.«

gegangener Gebrauchswert angesichts der partiellen Resozialdemokratisierung der SPD einerseits und ihre in den Augen der Bevölkerung mangelnden Kompetenzen in der Klima-/Ökologie-Frage könnten kurzfristig in der »Vernunft-Opposition« der Krieg-/Frieden-Frage wiedergewonnen werden. Die LINKE steht vor der Herausforderung, der politisch unter- und medial so gut wie nicht repräsentierten Bevölkerungshälfte bei diesen Ums-Ganze-Fragen (Weltkriegsgefahr, relative Massenverarmung und ökologische Krise – den drei zentralen Themen der LINKEN) eine Stimme zu verleihen. Ein linker »heißer Herbst« ist die Voraussetzung, um alternative Zukünfte jenseits der verheerenden Blockkonfrontation wieder öffnen zu können.

---

1 www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/sanktionen-russland-handelskrieg-ukraine-kosten-china-usa-eu-importe-konjunktur-wachstum-101.html

2 Vgl. exemplarisch Robert Kagans Positionierung zum Ukraine-Krieg: www.foreignaffairs.com/articles/ukraine/2022-04-06/russia-ukraine-war-price-hegemony

3 AUKUS ist ein trilaterales Militärbündnis zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA, das Mitte September 2021 geschlossen wurde.

GREEN GRABBING BEENDEN
FÜR EINEN NEUEN INTERNATIONALISMUS

ROLAND NGAM

Mit der Energiewende wächst die Nachfrage nach neuen Rohstoffen. Wie schon zu kolonialen Zeiten geraten damit die Ressourcen des globalen Südens in den Fokus. Was tun gegen fortgesetzte Ausbeutung?

Seit der Veröffentlichung des »Sonderberichts 1,5°C globale Erwärmung« des Weltklimarats der Vereinten Nationen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) im Oktober 2018 besteht zwischen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger*innen weitgehend Einigkeit darüber, dass wir unseren CO_2-Ausstoß erheblich und rasch verringern müssen. Vom petrochemisch verseuchten Ödland des intensiv ausgebeuteten Nigerdeltas bis zur aktuellen Hungersnot im südlichen Madagaskar, die erstmalig als durch den Klimawandel verursachte Nahrungsmittelkrise eingestuft wurde: Die Auswirkungen der ungezügelten Gier und mutwilligen Zerstörung der fossilen Industrie sind überall auf der Welt spürbar. Jüngere Unwetterereignisse wie die Zyklone Idai und Kenneth, die Hitzeglocke über der Westküste Nordamerikas 2021, Dürren, Gluthitze und Überschwemmungen haben immer wieder die Dringlichkeit unverzüglichen und entschlossenen Handelns verdeutlicht.

Ereignisse wie die kürzlich erfolgte Verabschiedung des Gesetzes zur Inflationsbekämpfung Inflation Reduction Act in den USA sowie der Aufstieg Grüner Parteien innerhalb der EU sind von nicht wenigen Klima- und Umweltaktivist*innen begrüßt worden. Sie sehen in diesen Entwicklungen das Potenzial, die bestehenden Widerstände und die Gleichgültigkeit gegenüber grünen Technologien in unseren Gesellschaften im Eiltempo aufzulösen, sodass sich eine vernunftbasierte Politik durchsetzen kann und grüne Projekte umgesetzt werden.

Die Internationale Energieagentur hat in ihrem Bericht »Net Zero by 2050« während



der letzten Jahrzehnte stark gesunkene Kosten für erneuerbare Energien festgestellt (IEA 2021). Der Bericht merkt an, dass die Kosten für Energiequellen wie Sonne und Wind heute bei weniger als der Hälfte des Wertes konventioneller Grundlastenergie liegen und nur einen Bruchteil des Zeitaufwands für die Installation benötigen. Parallel zu dieser Entwicklung haben Autohersteller strategische Pläne vorgelegt, die ihre Absicht bekunden, den Verbrennungsmotor über die kommenden Jahrzehnte durch E-Fahrzeuge zu ersetzen (Motavalli 2021). China, wo aktuell nur 15,4 Prozent der Energie aus nicht-fossilen Quellen stammt, hat eine Erhöhung seiner Kapazitäten zur Energiegewinnung aus Solar und Wind bis 2030 auf 1 200 Gigawatt angekündigt – also auf fast das Doppelte (Reuters, 1.6.2022). Südafrika hat seine Solar- und Windenergiegewinnung seit 2018 um etwa 4 Gigawatt gesteigert und plant bis zum Jahr 2025 eine weitere Erhöhung um 6 Gigawatt. Das mag wenig erscheinen, doch die ohnehin bereits starke Nachfrage nach grüner Energie wird auf absehbare Zeit weltweit zunehmen, da immer mehr Länder und Branchen eine Energiewende vollziehen – was ein ressourcenintensives Unterfangen darstellt.

ROLAND NGAM ist Mitarbeiter im Südafrika-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Johannesburg. Er ist dort für Klima und sozial-ökologische Transformation zuständig.

Worüber jedoch kaum gesprochen wird, ist die Herkunft der Rohstoffe für diese Energiewende, also der Rohmaterialien zur Herstellung all der Batterien, Solarpaneele, Windräder, Kabel usw. Wo werden all diese Rohstoffe herkommen? Schaffen wir bei der Lösung des einen Problems womöglich ein neues?

DER KOLONIALISMUS, TREIBER DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION UND PRODUZENT GIGANTISCHER CO_2-EMISSIONEN

Die extrovertierten modernen Volkswirtschaften des globalen Südens sind zum Großteil ein Produkt des einstigen globalen, Großbritannien-zentrierten Ernährungssystems – eines extraktivistischen Projekts zur Beschaffung von Rohstoffen aus allen noch so entlegenen Winkeln des Empire zur exklusiven Nutzung in der globalen Metropole. Von den Anfängen dieses Produktionssystems bis heute war und ist die vorherrschende Ontologie eine der

Massenvernichtung, in deren Verlauf Ökozid, Brüche im Mensch-Natur-Stoffwechsel und die Reduzierung von Menschen auf bloße Lasttiere und Träger*innen von Arbeitskraft vorangetrieben wurden.

Vergegenwärtigen wir uns die folgenreiche Praxis von Kolonialismus und Imperialismus. Großbritannien wollte Gold, also verwüstete es den Kongo sowie die Königreiche im Sahel und im südlichen Afrika, um es zu bekommen. Europa verlangte nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen, also wurden in Afrika sowie in Nord- und Südamerika Wälder gerodet, um Platz für Latifundien zu schaffen. In ihrer unersättlichen Gier nach Kautschuk, Baumwolle, Gold, Elfenbein, Palmöl, Erdnuss, Öl und Gas zerstörten die Kolonialisten die Pflanzenvielfalt und rotteten zahllose Arten aus. Ob kongolesischer Regenwald oder ganze Inseln – kein noch so erschreckendes Ausmaß an Biodiversitätsverlust reichte aus, um die raublustigen Kolonialisten zum Einhalten oder zu einer Kurskorrektur zu bewegen. Mancherorts wurden Frauen und Männer, die sich weigerten, als Sklav*innen zu arbeiten, schwer bestraft. Dazu zählte die als »kurze oder lange Ärmel« bezeichnete Verstümmelung der Gliedmaßen mit einer Machete. Bedenkt man die Gräueltaten während des Genozids in Ruanda, des Bürgerkriegs in Liberia oder im gegenwärtigen Bürgerkrieg in Kamerun, wirken diese grausamen Praktiken bis heute nach.

»Rohstoffe aus den Kolonien trugen dazu bei, in den hoch entwickelten Ländern ein prometheisches Wachstum zu befeuern, wodurch völlig unhaltbare Idealvorstellungen von Wohn- und Lebensverhältnissen erzeugt wurden.«

Das moderne Afrika ist im Zuge dieses extrovertierten und ungeordneten darwinistischen Projekts entstanden, dessen sichtbarster Ausdruck der Staat ist. Daraus leiten Aaron Gana und Claude Aké die These ab, dass die politische Ökonomie Afrikas von Enteignung, der Zwangsproletarisierung von Afrikaner*innen in kapitalistischen Unternehmen im Besitz westlicher Akteure, der Peripherisierung Afrikas als Anhängsel der Metropolregion Europa sowie der Schaffung eines brutalen Staatsapparats zur Ermöglichung und Aufrechterhaltung dieses Ausbeutungssystems geprägt ist (vgl. Gana 1985; Aké 1985).

Rohstoffe aus den Kolonien trugen dazu bei, in den hoch entwickelten Ländern ein prometheisches Wachstum zu befeuern, wodurch völlig unhaltbare Idealvorstellungen von Wohn- und Lebensverhältnissen erzeugt wurden: ein stattliches Anwesen für jede Familie, dazu grüner Rasen, ein großer Pool, in der Garage ein teurer Wagen – und die endlose Verfügbarkeit von Konsumgütern. Dies mündete in die beispiellose Konsumorgie der Gegenwart, die unseren Planeten an den Abgrund geführt hat.

Daten des Weltklimarats der UN zeigen, dass die Welt derzeit die Folgen der globalen Erwärmung des Anthropozäns erlebt, die nahezu ausschließlich durch hoch industrialisierte Länder verursacht wurde, deren Aufstieg und Wachstum auf maßlosem Raubbau an der Natur fußt.

Verschiedene Entwicklungen legen nahe, dass jene Akteure, die den Planeten des unablässigen Wachstums wegen ausbeuten, zu Beginn der vierten industriellen Revolution

(Industrie 4.0) fest entschlossen sind, ihre destruktiven Aktivitäten fortzusetzen wie bisher, während wir alle durch Greenwashing in Hochglanzzeitschriften und TV-Werbungen für dumm verkauft werden. Wurden unliebsamen Personen in der Vergangenheit Gliedmaßen abgetrennt, werden sie heutzutage physisch eliminiert, wie im Fall von Ken Saro-Wiwa. Oder wie bei dem Vorsitzenden des Amadiba Crisis Committee, Sikhosiphi Bazooka Rhadebe, der in der südafrikanischen Provinz Ostkap einem Attentat zum Opfer fiel, nachdem er sich gegen die Bergbauvorhaben des australischen Konzerns Mineral Commodities Limited (MRC) in seinem Dorf ausgesprochen hatte.

Afrika musste bereits in der Vergangenheit leiden, um den Nachschub an billigen Rohstoffen für die Industrien der westlichen Welt zu gewährleisten, und dieser Trend setzt sich bis heute fort. Zugleich muss festgestellt werden, dass Lohnarbeiter*innen in aller Welt und unter ganz unterschiedlichen hegemonialen Produktionsparadigmen unter die Räder einer sehr entschlossen und aggressiv agierenden – und in der Regel mit dem Staat eng verbündeten – Kapitalelite kommen.

GREEN GRABBING UND DER NEUE GRÜNE KOLONIALISMUS

Afrika erstickt im Würgegriff eines allgegenwärtigen neuen Kolonialismus – eines schmutzigen, grünen Kolonialismus, dessen Entwicklung vermeintlich dem Ziel einer saubereren Welt dient. Neue Produktionsformen haben die Gier und Brutalität vorheriger extraktivistischer Modelle weiter zementiert und übertreffen Letztere in dieser Hinsicht zum Teil sogar.

Was viele Menschen übersehen: dass effizientere, grüne Technologien mehr erfordern als die bloße Wiederverwertung alter Technologien und Komponenten. Sie benötigen große Flächen, mineralische Rohstoffe, Wasser und natürlich Arbeitskraft – genau wie der schmutzige fossile Sektor. Zur Herstellung von Elektrofahrzeugen braucht es beispielsweise eine Kombination aus Basismetallen (Aluminium, Kupfer, Eisen), Edelmetallen (Kobalt, Nickel, Mangan) sowie Graphit und Lithium. Bei der Produktion einer einzigen Tonne Lithium werden durchschnittlich zwei Millionen Liter Wasser verbraucht, von den erforderlichen Förderflächen ganz zu schweigen. Für die Rotorblätter von Windturbinen wird wiederum Balsaholz benötigt – und so weiter und so fort, die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

»Bei der Produktion einer einzigen Tonne Lithium werden durchschnittlich zwei Millionen Liter Wasser verbraucht, von den erforderlichen Förderflächen ganz zu schweigen.«

Die Beschaffung dieser Ressourcen ist mit Zwang, Enteignung und mitunter auch mit Sklaverei verbunden. Entsprechende Muster, die sich heute auf dem gesamten afrikanischen Kontinent abzeichnen, sprechen für die Entfaltung eines destruktiven neuen, grünen Kolonialismus als direkte Folge des weltweiten Heißhungers nach Rohstoffen für die Energiewende. Die Akteure mögen heute andere sein, doch erinnern ihre Praktiken stark an eine Ära, die Afrika schon einmal durchlebt hat.

Nehmen wir das Beispiel der Demokratischen Republik Kongo, wo sich mehr als 70 Prozent der weltweit bekannten Kobaltvor-

kommen befinden. Nachdem das Land bereits in der Vergangenheit wegen seiner vielen Rohstoffe – darunter Holz, Kautschuk, Gold, Kupfer, Bienenwachs, Palmöl – ausgeplündert wurde, ist es heute eine einzige große Mine und Plantage, ein Tummelplatz gieriger ausländischer Akteure, die nach der Ausbeutung seiner Ressourcen trachten, um das weltweite

»Vor unseren Augen wird ein altbekanntes koloniales System errichtet: ein uneingeschränkter Strom billiger natürlicher Ressourcen […] aus dem globalen Süden in den reichen Norden.«

Verlangen nach billigen Smartphones, Solarpanels und Elektrofahrzeugen zu bedienen.

Im Jahr 2008 unterzeichnete der damalige Präsident Joseph Kabila das 6,8 Milliarden US-Dollar schwere »Minen-gegen-Infrastruktur«-Abkommen (Sicomines-Abkommen), in dem China Zugriff auf verschiedene Minen erhält und sich im Gegenzug zum Bau von Flughäfen, Straßen, Regierungsgebäuden und anderer Infrastruktur verpflichtet. Seit 15 Jahren betreibt China nun im Kongo Minen, in denen Tausende von Kindern unter höchst unsicheren Bedingungen schuften, während ihre Altersgenoss*innen in anderen Ländern zur Schule gehen. Die von China zu leistenden Infrastrukturprojekte sind allerdings nicht umgesetzt worden.

China ist jedoch keineswegs der einzige Player im afrikanischen Sektor der Transformationsressourcen, also der für die Energiewende wichtiger Bodenschätze. Manche unzufriedene Politiker*innen haben gar beschlossen, zu den Waffen zu greifen und Teile des Landes für die Ressourcenausbeutung zu erkämpfen. Andere Player wie der US-Elektrofahrzeughersteller Tesla (der sein Kobalt von Glencore Congo bezieht; vgl. Clowes et al. 2020) betreiben die Beschaffung eher über Privatunternehmen als über Staaten und Regierungen. Doch unabhängig vom konkreten Zugang ausländischer Unternehmen – das Ergebnis ist das altbekannte: Kinderarbeit, ein Ökozid ungeheuren Ausmaßes einschließlich der raschen Ausbreitung von Kleinbergwerken im Primärwald, interethnische Konflikte, die Umtriebe einer ganzen Reihe kongolesischer und ruandischer Milizen, insbesondere der berüchtigten M32, die vom ruandischen Präsidenten Paul Kagame unterstützt wird (France 24, 8.4.2022).

Auch Madagaskar erlebt derzeit einen Massenansturm ausländischer Konzerne, nachdem dort Vorkommen seltener Erden und Minerale entdeckt wurden. Auf der malerischen Halbinsel Ampasindava bzw. der vorgelagerten Insel Nosy Be übernimmt das von deutschen und singapurischen Unternehmen gegründete Joint Venture Tantalum Rare Earth Malagasy (TREM) den Abbau. Die indische Varun Group ist in der Region Anosy ebenfalls auf große Vorkommen seltener Erdminerale gestoßen; dort sind die Unternehmen QIT Madagascar Minerals (QMM) und China Nonferrous Metal Mining Group (CNMC) bereits aktiv.

Ebenso wie zu kolonialen Zeiten führt die Entdeckung von reichen Rohstoffvorkommen dazu, dass die örtliche Bevölkerung kurzerhand umgesiedelt wird und man ihnen eine Entschädigung verspricht, die ihren Verlust in keiner Weise ausgleicht. Zudem bleibt die Auszahlung solcher Entschädigungen nicht selten aus. Das Recht, Nein zu sagen, existiert hier schlicht und einfach nicht.

»Es hat sich nichts verändert!«, schimpft Zo Randriamaro, Direktorin des Research and Support Center for Development Alternatives – Indian Ocean (RSCDA-IO), als ich ihr im Rahmen eines Forschungsprojekts im August 2022 in Madagaskar begegne. Sie deutet auf eine niedergeschlagene, ausgezehrte Frau, die eine 21-stündige Reise auf sich genommen hat, um im Zentrum mit jemandem über das Problem der Verfolgung ihrer Gemeindemitglieder durch die Malagasy-Regierung und ausländische Bergbauunternehmen sprechen zu können. In ihrem Dorf haben sich chinesische Bergbauunternehmen angesiedelt, die über 300 Quadratkilometer Land – einschließlich der sich darauf befindlichen Wälder, Wohnhäuser, Ackerböden und angestammten Begräbnisstätten – beanspruchen, um dort mit dem Einverständnis der Regierung seltene Erden abzubauen.

An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass es beim Green Grabbing nicht nur um Bodenschätze geht. Ebenso können auch Wüstengebiete betroffen sein, die für grüne Energieerzeugung genutzt werden, wie es laut Hamza Hamouchene vom Transnational Institute (TNI) auf Marokko zutrifft: Um Platz für das Solarkraftwerk Noor Ouarzazate zu schaffen, wurden die örtlichen Gemeinden mit der Behauptung, es gehe »nur um wertloses Wüstenland, das ohnehin niemand nutze«, von ihrem angestammten Acker- und Weideland vertrieben (vgl. Hamouchene auf LuXemburg-Online).

Während Europa in der Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine verzweifelt nach neuen Energielieferanten sucht, planen Marokko und andere Länder die Errichtung weiterer Solarparks, deren produzierte Energie nach Europa geliefert werden soll, die entsprechenden Erlöse allerdings direkt in die Kassen afrikanischer Hauptstädte fließen. Die von solchen Projekten betroffenen Gemeinden ernten höchstens die Früchte des Zorns. Hamza Hamouchene berichtet: »Vor unseren Augen wird ein altbekanntes koloniales System errichtet: ein uneingeschränkter Strom billiger natürlicher Ressourcen (einschließlich Solarenergie) aus dem globalen Süden in den reichen Norden, während die Festung Europa Mauern und Zäune errichtet und Menschen auf der Suche nach einem würdigen Leben einen sicheren Hafen verwehrt.«

HIN ZU EINEM NEUEN INTERNATIONALISMUS

Der Übergang zu CO_2-neutralen Gesellschaften erfordert mithin die Umstellung praktisch unserer gesamten Versorgungs-, Transport-, Arbeits- und Freizeitinfrastruktur auf grünere Alternativen. Wer sich einmal vorstellt, die gesamte Infrastruktur zwischen New York und Tokio klimafreundlich umrüsten zu müssen, bekommt womöglich annähernd eine Ahnung von der gewaltigen Aufgabe, die vor uns liegt. Sollte sich die Menschheit für die Fortsetzung des bisherigen Pfades des unablässigen Wachstums entscheiden, dürfte dies die Gesamtheit aller jemals auf dem Planeten vorhanden gewesenen Rohstoffe verschlingen – und noch weitere darüber hinaus. Eine irrwitzige Vorstellung – woher sollen diese Ressourcen kommen?

Der Schluss liegt nahe, dass das Zurückdrängen des grünen Kolonialismus einer neuen Ontologie bedarf. Wir müssen uns mit der lebendigen, atmenden Natur versöhnen und erkennen, dass sie nicht nur eine nach Lust und Laune auszubeutende Abstraktion

ist, sondern ein endlicher Raum, aus dem wir – im Zuge einer Degrowth-Dynamik – tatsächlich nur das entnehmen sollten, was wir wirklich benötigen.

Die Aussöhnung mit der Natur ist vielleicht nicht einfach zu bewerkstelligen für eine Menschheit, die sich an die uneingeschränkte Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen gewöhnt hat – und doch ist es möglich. Es braucht dazu einen neuen Internationalismus, der auf Demokratie, Solidarität und Interdependenz basiert (vgl. dazu auch Charaby/Kühne auf LuXemburg-Online).

»Indem sie im Rahmen globaler Partnerschaften zusammenarbeiten, können Gewerkschaften sicherstellen, dass das, was in einem Land in den Fabriken und Betrieben ankommt, nicht das Produkt von Sklavenarbeit oder Green Grabbing in einem anderen Land ist.«

Dazu müssen wir drei Dinge tun: Erstens bedarf es einer Neugestaltung des Handels im Sinne einer dekolonialen Perspektive, die die Souveränität von Handelspartnern respektiert. Wir können nicht alles zu jedem Zeitpunkt produzieren – oder konsumieren. Wir müssen kurze Wertschöpfungsketten schaffen und inländische Erzeugnisse konsumieren, sodass wir nur die Güter importieren müssen, die uns tatsächlich fehlen. Eine solche Priorisierung signalisiert zugleich die Anerkennung der Notwendigkeit besserer Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Parlamenten (z. B. zwischen dem Panafrikanischen Parlament und dem Europäischen Parlament oder zwischen dem westafrikanischen ECOWAS-Parlament und der ASEAN Inter-Parliamentary Assembly), der Zivilgesellschaft und Regierungen.

Außerdem müssen wir verantwortungsbewusste Konsummuster entwickeln und verstehen, dass Lebensmittel und Konsumartikel ihren Preis haben. So gebietet sich etwa der Verzicht auf Fleisch aus der Amazonas-Region, auf Mobiltelefone, deren Herstellung auf kongolesischer Kinderarbeit basiert, auf schicke T-Shirts, die von indischen Bäuer*innen oder Sweatshop-Arbeiter*innen in Bangladesch ohne die Einhaltung von Umwelt- und sozialen Standards produziert werden. Wir müssen uns klarmachen, dass jeder Kauf eines Päckchens billigen Kaffees oder Kakaos unmittelbar Profit für gierige, umweltzerstörende Konzerne generiert.

Gewerkschaften und Verbraucher*innen spielen eine wichtige Rolle bei der Beeinflussung des Verhaltens von Unternehmen, sowohl mit Blick auf ihre Produkt- und Materialbezugsquellen als auch im Umgang mit ihren Beschäftigten. Und mögen wir auch ein Planet mit vielen verschiedenen Nationalstaaten sein, teilen wir letztlich alle dasselbe Schicksal. In seiner Analyse von Wertschöpfungsketten und ihrer großen geografischen Streuung hat Gary Gereffi anschaulich dargestellt, wie mitunter mehr als 30 Länder an der Herstellung eines einzelnen Produkts beteiligt sind. Aus diesem Grund spielen insbesondere Gewerkschaften eine entscheidende Rolle für die Durchsetzung von Fairness, Demokratie und sozialer Verantwortung an allen beteiligten Arbeitsstandorten weltweit. Indem sie im Rahmen globaler Partnerschaften zusammenarbeiten, können Gewerkschaften sicherstellen, dass das, was in einem Land in den Fabriken und Betrieben ankommt, nicht das Produkt von Sklavenarbeit oder Green Grabbing in einem anderen Land ist. Zugleich ist dies der sichers-

te Weg, transnationale Konzerne (TNC) für ihr Handeln zur Rechenschaft zu ziehen.

Zweitens muss ein neuer Internationalismus gemeinschaftliche Anstrengungen zur Durchsetzung von Rechenschaftspflicht und Transparenz bei allen Handelsabkommen und bedeutenden Transaktionen voranbringen. Das Einzige, was afrikanische Regierungen zu verantwortungsvollem Handeln bewegt, ist die auf sie gerichtete Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, insbesondere die ihrer Förderer. Die starke Unterstützung der Aktivist*innen und Medien im globalen Norden hat beispielsweise maßgeblich zu den Siegen beigetragen, die die Volksgruppe der Ogoni in Nigeria über die Jahre gegen Shell erringen konnte. Diese Art der öffentlichen Kontrolle muss verstärkt werden, damit Finanzinstitutionen vor offensichtlich kriminellen Deals zurückschrecken.

Drittens gehört zu einem neuen Internationalismus auch, dass die Bürger*innen jener Länder, die seit der Industriellen Revolution zu den größten Verschmutzern zählen, ihre Regierungen dazu zwingen, gemachte Zusagen über Geld- und Technologietransfers an ärmere Länder zur Bewältigung und Anpassung an die Folgen des Klimawandels einzuhalten. Dazu gehört, die UN-Klimakonferenz und ähnliche Prozesse ernster zu nehmen.

Zweifelsohne müssen auch die schwach entwickelten Volkswirtschaften zum Wohle des Planeten grünere Technologien einführen und ihren CO_2-Ausstoß verringern. Allerdings: Wenn der globale Süden eine erhebliche Reduktion seiner CO_2-Emissionen einleiten soll, scheint es nur gerecht, dass sich diejenigen, die am meisten zum Problem beigetragen haben, an den Kosten für sauberere Alternativen beteiligen. Wenn Klimazahlungen als Reparationen dargestellt werden, gibt es schnell Einwände und Widerstände. Daher sollte in der Debatte um Reparationen eine andere Dimension betont werden: die finanziellen Folgen des Nichthandelns für die führenden Industriestaaten. Was die Welt heute bitter nötig hat, ist genau die Art globaler Gerechtigkeit, die (etwa im Rahmen eines Green New Deals) durch umfangreiche Finanz- und Technologietransfers von den hoch entwickelten Industriestaaten an arme, weniger entwickelte Länder hergestellt werden könnte. Auf einen grünen Kolonialismus kann sie dagegen sehr gut verzichten.

»Ein neuer Internationalismus muss gemeinschaftliche Anstrengungen zur Durchsetzung von Rechenschaftspflicht und Transparenz bei allen Handelsabkommen und bedeutenden Transaktionen voranbringen.«

Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann.

LITERATUR

Aké, Claude, 1985: The Future of the State in Africa, in: International Political Science Review 1/1985, 105–114

Clowes, William/Wild, Franz/Kavanagh, Michael, 2020: Sanctioned Israeli Billionaire to Gain From Elon Musk Cobalt Deal, in: Bloomberg, 22.7.2020, www.bloomberg.com/news/features/2020-07-22/tesla-congo-cobalt-deal-means-millions-for-sanctioned-dan-gertler

Gana, Aaron T., 1985: The State in Africa: Yesterday, Today, and Tomorrow, in: International Political Science Review 1/1985, 115–132

IEA, 2021: Net Zero by 2050. A Roadmap for the Global Energy Sector, www.iea.org/reports/net-zero-by-2050

Motavalli, Jim, 2021: Every Automaker's EV Plans Through 2035 And Beyond, in: Forbes Wheels, 4.10.2021, www.forbes.com/wheels/news/automaker-ev-plans/

Reuters, 1.6.2022: China says a third of electricity will come from renewables by 2025, www.reuters.com/business/sustainable-business/china-says-third-electricity-will-come-renewables-by-2025-2022-06-01/

Kein Wasser für Lithium

Eine Fotodokumentation aus den Salinas Grandes von Felix Dorn



Neben dem traditionellen Salzabbau und der Viehhaltung leben die Gemeinschaften hier vom Tourismus und dem Verkauf von Kunsthandwerk entlang der Haltebuchten der Salinas Grandes.

Rund um die Salinas Grandes, die großen Salzwüsten im Nordwesten Argentiniens, leben 33 indigene Gemeinschaften. Ihren Lebensunterhalt finanzieren sie meist aus der Salzgewinnung, aber auch aus der Weidewirtschaft und dem Tourismus. Der globale Lithium-Boom, der insbesondere durch den massiven Ausbau der Produktion von E-Mobilität entstanden ist, verändert die Region grundlegend. Der ohnehin schon trockenen Region drohte eine Verschärfung der Wasserknappheit und den Gemeinschaften damit der Entzug ihrer Lebensgrundlage.

Die Aufnahmen von Felix Dorn zeigen den gemeinsamen Widerstand der Gemeinschaften gegen ihre Provinzregierung und die von ihr unterstützte Lithiumindustrie. Sie fordern nicht nur ein Verbot der Litihiumförderung, sondern auch die politische Anerkennung ihrer Rechte und territoriale Selbstbestimmung.

Der Grundwasserspiegel ist schon heute tief. Die Gemeinschaften der Salinas Grandes befürchten ein weiteres Absinken durch einen möglichen Lithium-Bergbau in der Region.


BRISA
II





Reparaturarbeiten bei der Salzgewinnung in den Salinas Grandes.

Die Salzernte ist eine körperlich anstrengende Tätigkeit, bei der die Salzarbeiter früher schnell erblindeten. Heute arbeiten die meisten mit Sonnenbrille und Maske.



Das Banner »Nein zu Lithium, Ja zum Leben. Wasser ist mehr wert als Lithium« wird nach dem Protestmarsch am Regierungsgebäude der Provinzregierung aufgehängt.

Oben: Versammlung vor einer Protestaktion. Ein Banner mit dem Spruch »Wasser ist mehr wert als Lithium« wird an die Kirche der Gemeinschaft Aguas Blancas genagelt.

Unten: Prozession anlässlich der Feier des Schutzpatrons der indigenen Gemeinschaft El Moreno.

CUIDEMOS EL AGUA PARA LAS FUTURAS GENERACIONES
EL AGUA VALE MAS QUE EL LITIO
Cuenca de Salinas Grandes y Laguna de Guayatayoc

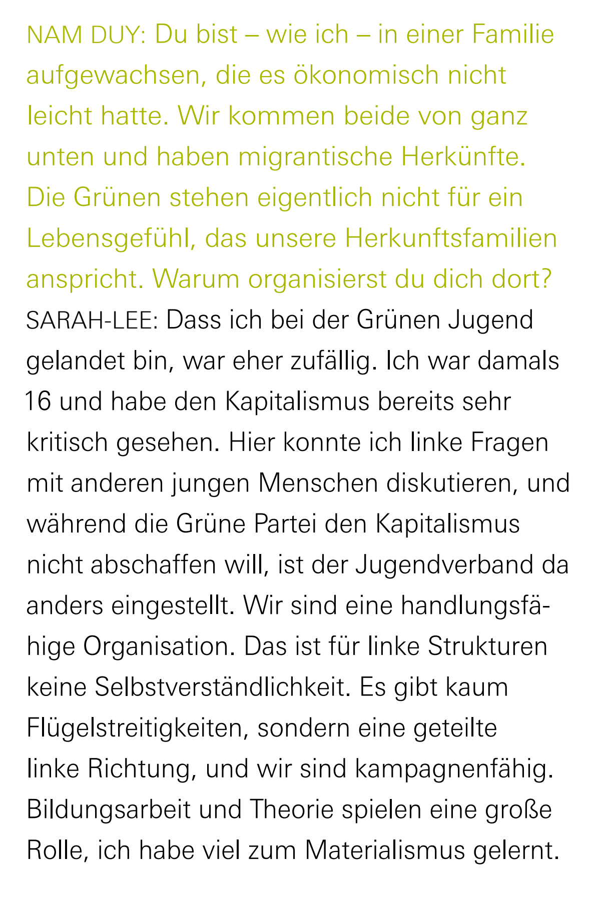


GESPRÄCH ZWISCHEN NAM DUY NGUYEN UND SARAH-LEE HEINRICH

» Die Grüne Partei hat nur eine Zukunft mit einer starken Klassenanalyse.«



GEGENMACHT AUFBAUEN WIE LÄSST SICH DIE SOZIALE SEITE DER KLIMAKRISE INS ZENTRUM RÜCKEN?



NAM DUY: Du bist – wie ich – in einer Familie aufgewachsen, die es ökonomisch nicht leicht hatte. Wir kommen beide von ganz unten und haben migrantische Herkünfte. Die Grünen stehen eigentlich nicht für ein Lebensgefühl, das unsere Herkunftsfamilien anspricht. Warum organisierst du dich dort?

SARAH-LEE: Dass ich bei der Grünen Jugend gelandet bin, war eher zufällig. Ich war damals 16 und habe den Kapitalismus bereits sehr kritisch gesehen. Hier konnte ich linke Fragen mit anderen jungen Menschen diskutieren, und während die Grüne Partei den Kapitalismus nicht abschaffen will, ist der Jugendverband da anders eingestellt. Wir sind eine handlungsfähige Organisation. Das ist für linke Strukturen keine Selbstverständlichkeit. Es gibt kaum Flügelstreitigkeiten, sondern eine geteilte linke Richtung, und wir sind kampagnenfähig. Bildungsarbeit und Theorie spielen eine große Rolle, ich habe viel zum Materialismus gelernt.

Was heißt das für dich?

Zu uns kommen junge Leute ohne Klassenstandpunkt. Nicht deshalb, weil sie nicht der arbeitenden Klasse angehören würden,

sondern weil man uns über Jahrzehnte eingeredet hat, dass das nicht relevant ist. Gerade im linksliberalen Milieu, bei antirassistischen Initiativen wie Seebrücke, Fridays for Future oder im Netzfeminismus stehen Klassenfragen nicht immer ganz oben auf der Tagesordnung. Wenn wir dazu beitragen können, sie durch eine Klassenanalyse anschlussfähiger zu machen an eine Arbeiter*innenbewegung, halte ich das für einen wertvollen Beitrag.

Ging mit deiner Wahl ein Linksruck durch die Grüne Jugend?
Die Schärfung des inhaltlichen Profils vollzieht sich seit vielen Jahren. Ich bin froh, dass man mich damit verbindet, aber es liegt nicht an meiner Person. Es ist ein kollektives Projekt, hinter dem viel Arbeit steckt, gerade auch von vergangenen Generationen der Grünen Jugend. Ich reite sozusagen auf dieser Welle und freue mich, dazu beitragen zu können.

Wie gehst du dann mit den Diskrepanzen zwischen deinen Anliegen und der tatsächlichen Politik um – etwa, wenn mit grüner Beteiligung ein Sondervermögen für Rüstung verabschiedet wird, das all den drängenden sozialen Anliegen den Hahn abdreht?
Als Jugendverband sind wir schnell und deutlich in Opposition zum Sondervermögen gegangen. Das war das einzig Richtige, auch wenn wir viel Gegenwind hatten. Wir haben Aktionen gemacht, uns an Demos beteiligt und viel über die 100 Milliarden geredet. Dass eine Regierungsbeteiligung allein uns nicht retten wird, war eher eine gesunde Erkenntnis für die Grüne Jugend. Dass die Grüne Partei angesichts der Klimakrise weiter Regierungsbeteiligungen anstreben wird, ist verständlich, aber Regieren ist kein Selbstzweck. Nicht jede Regierungsbeteiligung ist sinnvoll, mit diesem Widerspruch müssen wir umgehen. Ich finde es sinnvoll, eine Distanz zur Regierung einzunehmen und dennoch den Handlungsspielraum, den wir als Jugendorganisation haben, nicht aufzugeben.

Ist es nicht trotzdem ein Problem, dass ihr zwar marxistische Diskussionen führt und linke Bildungsarbeit macht, aber auch viele Leute einbindet, die dann ganz andere Positionen mittragen, sobald sie für euch im Parlament sitzen?
Ich sehe den Widerspruch. Beim Sondervermögen konnten sich die Kritiker*innen in SPD und Grüner Fraktion im Vorhinein nicht durchsetzen, noch dazu bei einem Anliegen, das eine gesellschaftliche Mehrheit hatte und vom Kanzler bereits auf der Weltbühne angekündigt war. Man muss sich fragen, wie viel Hand-

SARAH-LEE HEINRICH ist seit Oktober 2021 Bundessprecherin der Grünen Jugend. Davor war sie Schülersprecherin, organisierte Demos gegen Kinderarmut, war Sprecherin der Grünen Jugend Ruhr und beschäftigte sich im Jugendverband viel mit Klassenanalyse. Sarah ist 21 Jahre alt, ist unter ökonomisch prekären Bedingungen aufgewachsen und die Erste in ihrer Familie, die studiert.

NAM DUY NGUYEN ist 26 Jahre alt, studiert Soziologie und ist im Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverband LINKE.SDS Leipzig aktiv. 2015 ist er in die LINKE eingetreten und arbeitet seitdem zu antirassistischen und gewerkschaftlichen Themen. Als Kind vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen in der DDR ist auch er der Erste in seiner Familie, der studiert.

lungsmacht, wie viel politisches Kapital man aufgebaut hat, um in einen großen Konflikt zu gehen. Ich nehme es Leuten nicht persönlich übel, wie sie sich hier verhalten haben. Der Handlungsspielraum von Abgeordneten ist begrenzt. Trotzdem hätte ich in der Abwägung eine Nein-Stimme für richtig gehalten.

Aus den südeuropäischen Bewegungsparteien kommt die Idee eines »rebellischen Regierens«. Hätte eine relevante Gruppe innerhalb der Grünen Fraktion gut begründet gegen das Sondervermögen gestimmt, hätte das auch in der Öffentlichkeit einen anderen Akzent gesetzt. Ein großer Teil der Bevölkerung war zwar geneigt, dieser Aufrüstung zuzustimmen, aber es gab auch viele, die große Angst vor Krieg und einer weiteren Eskalation hatten. Selbst innerhalb der parlamentarischen Logik hätte es also andere Optionen gegeben.

Ja, das wäre eine Möglichkeit gewesen. Damit stellt sich die Frage, wie wir uns eigentlich für den nächsten Konflikt aufstellen. Ein Problem war, dass das Sondervermögen auch ohne grüne Stimmen eine Zweidrittelmehrheit hatte und dann durch eine Deutschland-Koalition aus SPD, FDP und Union zustande gekommen wäre. In Konflikten, bei denen die Stimmen der Ampel entscheidend sind, kann das anders aussehen. Wenn die gesellschaftliche Stimmung anders ist, haben linke Abgeordnete einen größeren Hebel für tatsächliche Veränderungen. Wenn etwa die Finanzierungsgrundlage für den Haushalt katastrophal aussieht und es keinen Spielraum für wichtige Maßnahmen im Sozialen und beim Klimaschutz gibt, kann eine Grüne Fraktion eigentlich nicht zustimmen. Da kann die Fraktion eine produktive Rolle spielen. Insgesamt sehe ich durchaus die Gefahr, dass die Regierungsbeteiligung eine Entpolitisierung der Zivilgesellschaft zur Folge hat und den gesellschaftlichen Druck sinken lässt.

Würdest du sagen, dass der Richtungsstreit zwischen einer eher sozial orientierten und einer marktliberalen Ausrichtung der Grünen noch offen ist?

In den letzten vier Jahren haben Robert Habeck und Annalena Baerbock einiges bewegt für die Partei. Gleichzeitig wird so getan, als gäbe es keine Auseinandersetzung mehr, obwohl es die immer gab. Das macht sich vor allem an der Frage fest, welchen Gesellschaftsentwurf man zugrunde legt: Geht es darum, Klima und Wirtschaft in Einklang zu bringen, oder eher Klima und Soziales unter einen Hut zu kriegen? Grüne denken häufig, man könne alle drei Bereiche versöhnen, man könne Arbeitgeber*innen- und Arbeitnehmer*inneninteressen, Mieter*innen- und Vermieter*inneninteressen vereinen – und das schlicht, weil der Partei oft die Klassenanalyse fehlt. Am Ende erreichen sie dann weder das eine noch das andere. Deshalb konnte die Partei auch bei der Bundestagswahl nicht mehr rausholen. Sie hat sich sehr unternehmernah gezeigt, aber am Ende sind Unternehmer*innen nicht blöd, und die FDP hat sie mehr überzeugt. Auch von links hat man sich abgegrenzt – beim Mietendeckel, der Vergesellschaftung und auch beim Klimaschutz wurde abgewiegelt. Dann standen die Grünen allein da. Wenn man sich alle Türen offenhält, fehlt die gesellschaftliche Basis, die

Protestaktion gegen den Lithium-Bergbau in der Provinzhauptstadt San Salvador de Jujuy.


COMUNIDADES
ORIGINARIAS

einen bei relevanten Forderungen gegen die Kapitalfraktionen unterstützen kann.

Was heißt das für euch als Grüne Jugend?

Unser Interesse ist klar. Eine Grüne Partei hat nur eine Zukunft mit einer starken Klassenanalyse. Das heißt aber auch, dass sie sich positionieren muss und nicht so tun kann, als könnte sie beiden Seiten gleich nahestehen. Manche in der Partei sehen das vielleicht sogar ähnlich, nur stehen sie eben für eine andere Richtung. Wir werden in diese Auseinandersetzung gehen und natürlich immer wieder realistisch abschätzen, wie die Kräfteverhältnisse sind. Klar können wir mit diesem Vorhaben auch scheitern, aber ausgemacht ist es nicht. Die Klimakrise spitzt sich immer weiter zu und die Grüne Partei spielt gerade eine relevante Rolle, deswegen finde ich, dass es sich lohnt. Insbesondere in einer Situation, in der auch die beiden anderen linken Parteien große Probleme haben. Wir müssen die Lücken finden, um den Aufbau von Gegenmacht voranzubringen. Das Sondervermögen konnte man kaum aufhalten, nachdem es angekündigt war, und trotzdem war es gut, sich dagegenzustemmen. Wir werden wahrscheinlich nicht alle Krisenkosten abfangen können. Und trotzdem ist es wichtig, es bis zum Äußersten zu versuchen.

Offenbar diskutiert ihr den Kapitalismus als ein System, das systematisch Ungleichheit und Klimazerstörungen hervorbringt. Was folgt daraus konkret für eure Politik?

Wir sind ein antikapitalistischer Verband mit der festen Überzeugung, dass, solange wir im Kapitalismus leben, Mensch und Natur ausgebeutet werden. Aber es reicht nicht, sich mit Theorie zu beschäftigen. In den letzten zwei Jahren haben wir uns deshalb mehr damit auseinandergesetzt, welche Praxis der Organisierung eigentlich daraus folgt. Wir haben uns zum einen den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend stärker zugewandt. Mit dem anderen Bein sind wir fest in der Klimabewegung verwurzelt und würden gerne Brücken zwischen beiden schlagen. Wir wollen dazu beitragen, Gegenmacht von unten aufzubauen. Darin sehe ich unsere Verantwortung. Wir dürfen uns nicht nur als Parteijugend verstehen, sondern müssen als Verband mit 18 000 Mitgliedern unsere Ressourcen nutzen, um die politische Linke zu stärken.

Was habt ihr euch da konkret vorgenommen?

Wir haben angefangen, uns mit Organizing zu beschäftigen, und ein Pilotprojekt gestartet. In den nächsten zwei Jahren werden Ortsgruppen von uns mit dem Bundesverband in sechs Städten Organizing-Projekte aufbauen, in denen es um den Öffentlichen Nahverkehr geht (ÖPNV) – ein Thema, das die soziale Seite der Klimakrise ins Zentrum rückt. Meist geht es um eine Reduktion der Ticketpreise und/oder den Ausbau des Angebots. Viele Ortsgruppen konzentrieren sich auf den Ausbau des ÖPNV in Randbezirken, weil wir ein Interesse daran haben, nicht nur Leute aus der Innenstadt in die politische Auseinandersetzung einzubinden. Über den Sommer gehen wir in die erste Phase, dann schauen wir, wo wir genug Kampfkraft haben, um politisch etwas durchzusetzen.

Zu den Preissteigerungen sehe ich uns in der Verantwortung, Proteste und Aktionen zu initiieren oder zu unterstützen, statt nur Interviews zu geben. Ihr habt doch als SDS ein

ähnliches Projekt gemacht. Was waren denn eure Erfahrungen?

Ja, wir arbeiten in eine ähnliche Richtung. Schon 2020 haben wir uns im Rahmen der Tarifrunde Nahverkehr daran beteiligt, mit Fridays for Future ein Bündnis zwischen Klimabewegung und den Beschäftigten des ÖPNV aufzubauen. Zum Peak der Klimabewegung hatten wir bei einer Uni-Vollversammlung einen Beschäftigten der Leipziger Verkehrsbetriebe, der vor 2 000 Studierenden sprach. Als das 365-Euro-Ticket für den Nahverkehr ins Spiel kam, sagte er, dass das zwar eine gute Idee sei, die den Beschäftigten jedoch Angst mache. Eine Kostenminderung könne dazu führen, dass sich Arbeitsbedingungen verschlechtern oder Löhne stagnieren. In der Praxis ist es nicht einfach, Soziales und Ökologie zu vereinbaren. Auch wir sind mit den Gewerkschaften auf der einen und der Klimabewegung auf der anderen Seite verbunden und wollen in den kommenden Jahren klimapolitisch einen dritten Weg einschlagen – jenseits derer die lediglich Appelle an die Politik richten, und von denen, die angesichts der Dringlichkeit vor allem auf zivilen Ungehorsam und Sabotage setzen. Wir haben vor, einen Climate Turn in der Gewerkschaftsbewegung und einen Labour Turn in der Klimabewegung voranzubringen, und wollen dazu die Tarifrunde Nahverkehr 2023/24 wieder begleiten. Dazu sollten wir uns als politische Genoss*innen weiter austauschen.

Auf jeden Fall. Mit Blick auf die Ampel ist klar, dass wir linke Mehrheiten aufbauen müssen. Die Ampelkoalition wird ihrer Verantwortung nicht gerecht und hat nicht die notwendige soziale Basis, um etwas umzusetzen. Das muss man auch den Grünen vermitteln. Im Klimaschutz kommt man nicht weiter, wenn soziale Fragen hintangestellt werden. Allerdings garantieren auch linke Mehrheiten nicht, dass die Welt automatisch besser wird. Die Linksjugend war zum Beispiel gegen die Beteiligung an Rot-Rot-Grün in Berlin, dafür hatte ich viel Verständnis. Der Unterschied zur Ampel scheint dort nicht allzu groß. Es kann der politischen Linken auch schaden, wenn man in eine Regierungsbeteiligung geht, ohne den gesellschaftlichen Rückhalt zu haben, um ein rot-rot-grünes Projekt gegen die Kapitalfraktionen durchzusetzen.

Um Gegenmacht aufzubauen, braucht man Ausdauer und Kraft. Wie schaffst du es, am Ball zu bleiben, zumal du immer wieder heftigen Gegenwind bekommst? Als du letztes Jahr Ko-Vorsitzende geworden bist, gab es einen Shitstorm bei Twitter und man hat gemerkt, es macht etwas, wenn eine junge Schwarze Aktivistin, die für soziale Gerechtigkeit einstehen will, sich gegen die Herrschenden stellt. Aber auch innerhalb deiner Partei wird es sicher nicht nur positive Reaktionen auf deine Vorschläge und Radikalität geben.

Natürlich ist es nicht immer einfach. Aber ich glaube fest daran, dass Dinge anders sein können. Meine eigene Erfahrung mit Armut hat bei mir das Bewusstsein geschaffen, dass niemand so leben sollte. Die Arbeit in der Grünen Jugend gibt mir auch viel Kraft. Es ist etwas sehr Schönes, so viele Verbündete zu haben, mit denen man sich unterhaken kann. Das ist sicher auch ein Faktor dafür, am Ball bleiben zu wollen. In meiner politischen Arbeit habe ich gelernt, dass Macht wachsen kann, auch die der politischen Linken.

GESPRÄCH
MIT FANNY ZEISE

» Das Bündnis von ver.di und Fridays for Future hat den Weg aufgezeigt. Jetzt müssen wir einen Schritt weitergehen. «



FÜRS GEMEINWOHL STREIKEN
WIE GEWERKSCHAFTEN MEHR BEWEGEN KÖNNTEN

*In den USA haben die Lehrer*innenstreiks das Prinzip des »Bargaining for the Common Good« populär gemacht. Das könnte Gewerkschaften und Bewegungen hierzulande inspirieren, die für einen sozial-ökologischen Umbau kämpfen.*

In der letzten Tarifrunde Nahverkehr haben Fridays for Future und ver.di eng zusammengearbeitet. Solche Bündnisse sind hierzulande selten. In den USA werden sie breit diskutiert. Was passiert dort?

2018/19 gab es eine Streikwelle von Lehrkräften, die in vielen Bundesstaaten Erfolg hatte. Bündnisse haben dabei eine zentrale Rolle gespielt. Die Streikenden haben eng mit Schüler*innen, Eltern, Kirchengemeinden oder Sportvereinen zusammengearbeitet. Das hat ihnen Anerkennung in der Bevölkerung verschafft und Druck auf die Politik ausgeübt. Der Ansatz »Bargaining for the Common Good« – also eines Streiks fürs Gemeinwohl, der über betriebliche Interessen hinausgeht – wurde dadurch populär. Daraus können und müssen wir in Deutschland lernen.

Warum?

Weil es die Möglichkeit bietet, tatsächlich Macht aufzubauen für die Veränderungen, die wir so dringend brauchen – und aus der Ohnmacht herauszukommen. Das gilt sowohl für die miesen Bedingungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge als auch für den dringend notwendigen ökologischen Umbau. Das Bündnis von ver.di und Fridays for Future hat den richtigen Weg aufgezeigt. Man kann jetzt noch einen Schritt weitergehen.

Was ist eigentlich neu daran? Ver.di hat doch in den letzten Kitastreiks auch mit Eltern zusammengearbeitet?

Das Besondere in den USA war, dass sich die Gewerkschaft nicht auf Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt hat, sondern gemeinsam mit ihren Bündnispartnern Forderungen in die Tarifverhandlungen eingebracht hat. Die Gewerkschaft United Teachers LA (UTLA) in Los Angeles hat neben höheren Löhnen auch kleinere Klassen, Grünanlagen in Schulen, Sanierung und Neubau von Schulgebäuden und die Eindämmung des Privatschulsektors gefordert. Mehr als 10 000 Schüler*innen und Eltern haben während des Streiks der Lehrkräfte im Januar 2019 demonstriert und gemeinsam diese Ziele erreicht.

Warum gibt es in Deutschland nur wenige solcher Kooperationen? Und warum könnte sich das ändern?

In den USA standen die Lehrkräfte mit dem Rücken zur Wand. Bloße Lohnforderungen waren der Bevölkerung angesichts der jahrelangen Sparpolitik und der desolaten Situation an den Schulen kaum zu vermitteln. Darum war klar, dass sich bessere Arbeitsbedingungen nur im Bündnis mit den Schüler*innen, den Eltern und der gesamten Community durchsetzen lassen würden. Die Situation im öffentlichen Sektor in Deutschland war lange Zeit eine andere. Aber Anfang der 1990er Jahre begann auch hier der neoliberale Umbau oder eher Kahlschlag. Im öffentlichen Nahverkehr, bei den Kliniken oder der Post haben sich die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert und die Qualität der Dienstleistungen hat gelitten. Das hat die Gewerkschaften geschwächt, die sich zuvor auf ein sozialpartnerschaftliches Verhältnis mit den Arbeitgebern verlassen hatten. Sie sind also gut beraten, auch hier offensive Strategien und neue Bündnisse auszuprobieren.

Ist so etwas nur im öffentlichen Dienst denkbar? Oder gibt es auch Ansätze in anderen Branchen, wo sich etwa für den ökologischen Umbau streiken ließe?

Im öffentlichen Dienst sind die Forderungen von Beschäftigten und Bevölkerung fast immer eng verbunden, weil ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal allen zugutekommt. In den USA gab es aber auch Erfahrungen in der Privatwirtschaft, etwa im Bankensektor, wo gebührenfreie Girokonten gefordert wurden. Bisher kenne ich noch keine Auseinandersetzung in den USA, wo ökologische Ziele eine große Rolle gespielt

FANNY ZEISE ist Referentin für gewerkschaftliche Erneuerung am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie begleitet und organisiert seit Jahren linke gewerkschaftliche Vernetzung und Strategiedebatten.

hätten. Trotzdem ist der Ansatz im Kampf gegen die Klimakrise zukunftsweisend.

Warum? Wo siehst du Einsatzpunkte?

In Zukunft werden immer mehr Auseinandersetzungen um die Auswirkungen der Klimakrise geführt werden. Hitzewellen und Überschwemmungen treffen Menschen in schlechten Wohnlagen deutlich härter. Da werden neue Forderungen relevant, etwa die genannten Grünflächen an Schulen oder die Entsiegelung von Parkflächen. Es geht aber auch um geschultes Personal in Altenheimen, um Hitzetode zu vermeiden, oder um Pausenregelungen bei Extremwetter. Das sind alles Felder, auf denen Gewerkschaften, Klimabewegung und betroffene Bürger*innen zusammen kämpfen können.

Da geht es vor allem um Klimaanpassung. Siehst du auch Möglichkeiten, mehr Klimaschutz zu erstreiken?

Absolut. Ich glaube, dass ein Umbau der fossilen Industrie nicht ohne massiven Druck und die Macht der Beschäftigten erreicht werden kann. Klimabewegung und Gewerkschaften müssen zusammenkommen. Einen kostengünstigen öffentlichen Nahverkehr zu erstreiten, wäre zum Beispiel ein wichtiger Schritt, der in andere Bereiche ausstrahlen könnte. Der Staat hat zentralen Einfluss auf den öffentlichen Verkehr, aber über den Straßenbau, riesige Subventionen und Gesetze auch auf die Autoindustrie. Perspektivisch könnte ein solches Bündnis eine sozial-ökologische Verkehrswende durchsetzen, die allen zugutekommt. Und es könnte dafür sorgen, dass der Umbau sozial abgesichert wird.

Dürfen Gewerkschaften überhaupt für solche allgemeinen Forderungen streiken?

Das ist in der Tat schwierig, in Deutschland wie in den USA. Die deutschen Arbeitsgerichte haben das Streikrecht – obwohl es ein Grundrecht ist – immer wieder sehr restriktiv ausgelegt. Es darf nur für etwas gestreikt werden, was tariflich geregelt werden kann und das Arbeitsverhältnis betrifft. Allerdings gab es auch in Deutschland schon Auseinandersetzungen, in denen angeblich nicht tariffähige Forderungen am Ende durchgesetzt werden konnten, etwa Sozialtarifverträge im Fall von Betriebsschließungen. Ein Streik gegen eine Betriebsschließung ist nicht legal, aber so hohe Abfindungen zu fordern, dass sich die Verlagerung für das Unternehmen nicht mehr lohnt, schon. Es kommt also auf die Kräfteverhältnisse an und darauf, wie Gewerkschaften mit dem juristischen Rahmen umgehen.

Es macht Bündnisse aber schwierig, wenn man eigentlich keine gemeinsamen Forderungen stellen darf.

Die Lehrkräfte in Los Angeles haben das Problem so gelöst, dass sie die nicht tariffähigen Forderungen für das Gemeinwohl aus ihrem offiziellen Forderungskatalog herausnahmen – in Absprache mit den Bündnispartnern. Nichtsdestotrotz haben sie im Streik auf deren Erfüllung bestanden und dies zur Voraussetzung gemacht, um überhaupt in Verhandlungen einzusteigen. Damit waren sie erfolgreich. Diese informelle Strategie ging nur auf, weil es eine gute Kommunikation und ein hohes Vertrauen zwischen den Bündnispartner*innen gab.

Wie war das 2020 bei der Kooperation von ver.di und Fridays for Future?
Ver.di hatte sich damals für die Tarifrunde im öffentlichen Personennahverkehr viel vorgenommen und brauchte dafür Unterstützung. Sie wollten die Zersplitterung des Flächentarifsystems aufheben und bundesweit einheitliche Standards setzen. Und sie wollten bessere Arbeitsbedingungen für die Busfahrer*innen und alle anderen Kolleg*innen im ÖPNV durchsetzen – ein letztlich gesellschaftspolitisches Thema. Denn die Arbeitsbedingungen dort sind auch deshalb schlecht, weil Personal fehlt, und es fehlt Personal, weil niemand unter so miesen Bedingungen arbeiten will. Darum wollte ver.di kürzere Arbeitszeiten, echte Pausen und verbesserte Schichtpläne erkämpfen. Das alles ist unmittelbar mit dem Gemeinwohl verknüpft. Die Klimabewegung an Schulen und Unis war damals sehr präsent und eine große politische Unterstützung.

Wie eng haben denn Gewerkschaft und Klimabewegung am Ende zusammengearbeitet?
Aus dem Slogan »Klima schützen heißt ÖPNV unterstützen« wurde ein echtes Bündnis, das in Mega-Zooms, auf Streikposten und Demonstrationen immer enger zusammengewachsen ist. Dabei wurden Vorbehalte auf beiden Seiten abgebaut und viele gemeinsame Interessen sichtbar. Sie wurden allerdings nicht als gemeinsame Forderungen formuliert. Ver.di hat sich in den Verhandlungen auf die Arbeitsbedingungen beschränkt.

Was hatte die Klimabewegung davon, wenn sie keine eigenen Forderungen stellen konnte?
Es hat eine strategische Perspektive eröffnet. Denn Fridays for Future konnte trotz großer Demonstrationen und viel Aufmerksamkeit bisher politisch nichts durchsetzen. Eine Tarifrunde schafft Kontakte in die Betriebe. Beschäftigte mit dem Druckmittel des Streiks sind machtvolle Bündnispartner*innen – und gerade im ÖPNV sind noch viele von ihnen gewerkschaftlich organisiert. Zudem sind Tarifverhandlungen Arenen der Auseinandersetzung, in denen es etwas zu gewinnen oder zu verlieren gibt und eine öffentliche Zuspitzung stattfindet.

Was wäre wichtig, um jetzt einen Schritt weiterzugehen? Wie könnte »Bargaining for the Common Good« in Deutschland aussehen?
»Bargaining for the Common Good« hat drei Elemente, die uns nach vorne bringen würden: Das ist erstens die Arbeit an Bündnissen auf Augenhöhe. Zweitens eine gemeinsame Kampagne und Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Und drittens gemeinsame Forderungen als Gegenstand von Streiks und Tarifverhandlungen. Wenn wir uns davon inspirieren lassen, kann eine Kampagne mit viel mehr Durchsetzungskraft entstehen. Man könnte an die positiven Erfahrungen mit dem Neun-Euro-Ticket anknüpfen, frühzeitig vor der nächsten Tarif-runde eine große Versammlung von ver.di, der Klimabewegung und Verkehrsinitiativen einberufen, einen gemeinsamen Forderungskatalog erarbeiten und sich auf Kampagnenschritte verständigen. Mit einer solchen Bewegung scheinen mir zentrale gesellschaftspolitische Ziele – etwa der Ausbau des ÖPNV und niedrigere Fahrpreise – tatsächlich erreichbar.

Das Gespräch führte Rhonda Koch.

»DASS ES SO WEITERGEHT, IST DIE KATASTROPHE«

FRANK VOIGT

Walter Benjamin beschrieb die Revolution als Griff nach der Notbremse. Was hätte uns der Theoretiker zur Klimakrise zu sagen?

»Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.« (Walter Benjamin)

Walter Benjamin, gilt häufig als ein Denker politischer Dringlichkeit. »Dass es so weitergeht, ist die Katastrophe« ist ein berühmt gewordenes Zitat aus der 1938/39 angelegten Notizensammlung »Zentralpark«, das das Gefühl in einer Situation zu treffen scheint, in der sich die Klimakatastrophe weltweit zuspitzt. Die Katastrophe sei »nicht das jeweils Bevorstehende[,] sondern das jeweils Gegebene« (GS I, 683). Und unter den Notizen zum wenig später geschriebenen »Über den Begriff der Geschichte« findet sich das obige Zitat mit dem eindrücklichen Bild von den Revolutionen als »Griff« des in einem Zug »reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse« (GS I, 1232). Dem Eindruck eines sofortigen Handlungsbedarfs, mit dem das Bild der Notbremse korrespondiert, scheinen die mühsamen Schritte gegenüberzustehen, wie sie in Deutschland von Fridays for Future im beharrlichen Dialog mit den Gewerkschaften seit 2019 gegangen werden (vgl. Autor*innenkollektiv Climate.Labour.Turn 2021). International sind Allianzen zwischen ökologischen Bewegungen und Gewerkschaften auch in Ländern entstanden, die vergleichsweise spät von den Folgen des Klimawandels betroffen sind: 2011 die Kampagne »One Million Climate Jobs« in Großbritannien und Südafrika (mittlerweile auch in Portugal, Norwegen, Kanada und Frankreich)[1] oder das New Yorker Bündnis ALIGN[2] in den USA.



Kann die Strategie des sukzessiven Aufbaus einer breiten ökosozialen Bewegung aber der Dringlichkeit gerecht werden, die mit dem metaphorischen Griff an die Notbremse so treffend beschrieben ist? Eindeutige Antworten lassen sich in Benjamins Texten nicht finden. So bleibt etwa die Verbindung des eindrücklichen Bilds der Notbremse zu einer Klassenpolitik in seinen »Thesen« ungeklärt. Die Kritik am Fortschrittsbegriff kann hingegen inspirierend sein für Lösungsansätze in einer ökologischen Krise. Für die politisch-strategische Frage nach möglichen Bündnissen lohnt es sich, zunächst Benjamins bisher kaum erforschtes Verhältnis zu sozialen Bewegungen in den Blick zu nehmen.

»SOZIALE ARBEIT … DIE ÄNGSTLICHE REAKTION EINES GEISTIGEN LEBENS«

Dass Benjamin sich mit sozialen Bewegungen auseinandersetzte, ohne theoretische und politische Arbeit gegeneinander auszuspielen, ist aus der Perspektive seiner früheren Arbeiten nicht selbstverständlich. Als Student war er skeptisch gegenüber Politik und Parteien. »Im tiefsten Sinne ist Politik die Wahl des kleineren Übels. Niemals erscheint in ihr die Idee, stets die Partei« (GB I, 82), schrieb er 1913 an Ludwig Strauß. Benjamin wurde Berliner Vorsitzender der Freien Studentenschaft, in der eine Abgrenzung gegenüber politischen Parteien dominierte. Innerhalb des Verbands bezog Benjamin bildungsaristokratische Positionen. Er wandte sich gegen studentische Sozialarbeit, wie sie der sozialpolitische Flügel vertrat (vgl. Wipf 2004, 192; Palmier 2009, 196). Debatten im Verband und in der SPD über die schwierige finanzielle Situation von Studierenden, die ihr Studium nicht, wie Benjamin, mithilfe des elterlichen Vermögens finanzieren konnten und neben ihrem Studium, bei geringen Löhnen, arbeiten mussten, interessierten ihn ebenso wenig wie das fortbestehende Problem einer Reproduktion sozialer Ungleichheit durch Bildungsinstitutionen in einer sich um 1914 zu 99 Prozent aus dem Adel sowie dem bildungsnahen Groß- und Kleinbürgertum

FRANK VOIGT ist Literaturwissenschaftler und ehemaliger Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er arbeitet am Department of German Studies der Emory University in Atlanta in den USA.

zusammensetzenden Studierendenschaft (vgl. Kampe 1988, 58f).

PROLETARISCHER GENERALSTREIK – ALLES ODER NICHTS

Angewidert vom nationalen Kriegstaumel zieht er sich während des Ersten Weltkriegs zurück. Mittels Kaffee und Schlafentzug täuscht er eine Nervenschwäche vor, entkommt so der Einberufung als Soldat und konzentriert sich auf seine Dissertation. In dieser Zeit beginnt sich Benjamin – etwa durch Ernst Bloch oder die Schriften Gustav Landauers – nach links zu politisieren. In seinem ersten größeren politischen Aufsatz »Zur Kritik der Gewalt« (1920/21, GS II, 179–203), vertritt Benjamin einen radikalen Anarchismus. Staat, Recht und Verfassung

»In dieser Zeit beginnt sich Benjamin – etwa durch Ernst Bloch oder die Schriften Gustav Landauers – nach links zu politisieren.«

gehörten abgeschafft, denn allgemeine Wehrpflicht und Polizeigewalt bestimmten »schicksalhaft« über Tod und Leben von Menschen. Das bürgerliche Recht und seine Durchsetzung seien archaische Relikte und mythische Rituale, die geschichtliche Entwicklung ein fortgesetzter Mythos. Von einem solchen Mythos und einem »Kapitalismus als Religion« (GS VI, 100–103) hätten sich die Menschen noch nicht emanzipiert. Den Ausweg sieht Benjamin im Übergang in ein »Zeitalter« der Gerechtigkeit. Nicht ein den Staat und Recht nur befestigender *politischer* Generalstreik, sondern die »göttliche Gewalt« eines *proletarischen* Generalstreiks sollte es herbeiführen (GS II, 193–198, 202f). Was Benjamin nicht schreibt: Einen *politischen* Generalstreik der Gewerkschaften hat es kurz zuvor, im März 1920, als Reaktion auf den rechten Kapp-Putsch gegeben, der ein frühes Ende der Weimarer Republik verhinderte, da die Reichswehr nicht bereit gewesen war, die Republik gegen den Rechtsputsch zu verteidigen. Für Benjamin heißt es: alles oder gar nichts. Sozialpolitik und Verbesserungen von Arbeitsbedingungen weist er als »äußerliche[] Konzessionen« zurück (GS II, 194). Wer aber den proletarischen Generalstreik und die »göttliche Gewalt« eigentlich ins Werk setzen solle und wie eine solche Streikkraft aufzubauen sei, das sind für ihn keine wichtigen Fragen.

»LINKS VOM MÖGLICHEN ÜBERHAUPT«

Zwischen 1926 und 1931 verändert sich seine Auffassung von Literaturkritik, sein Verhältnis zu sozialen Bewegungen und zur Öffentlichkeit. Noch 1928 schreibt Benjamin in der »Einbahnstraße«, »[d]as Publikum muß stets Unrecht erhalten und sich doch immer durch den Kritiker vertreten fühlen«. Der Kritiker solle »Schlagworte prägen«, »ohne die Ideen zu verraten« (GS IV, 109). Benjamins autoritäres Verhältnis zur Öffentlichkeit demokratisiert sich in den folgenden Jahren. Anlässlich der nicht zustande gekommenen Zeitschrift *Krise und Kritik* meint er 1931: »Kein Intellektueller darf heute aufs Katheder steigen und Anspruch erheben, sondern wir arbeiten unter der Kontrolle der Öffentlichkeit, führen nicht« (zit. nach Wizisla 2004, 142f). Er kritisiert nun einen »linken Radikalismus« bei Erich Kästner, Walter Mehring und Kurt Tucholsky, die sich zwar als links verstünden, aber den politischen Gegner unterschätzten

und sich mit der Arbeiterbewegung nicht viel beschäftigten. Für Benjamin ist dies nun eine »Haltung, der überhaupt keine politische Aktion mehr entspricht«. Ein solcher »Radikalismus«, so Benjamin in »Linke Melancholie«, stehe nicht »links von dieser oder jener Richtung, sondern ganz einfach links vom Möglichen überhaupt« (GS III, 280f).

Die »Beziehungslosigkeit« linker Intellektueller »zur kollektiven Aktivität« hält Benjamin nach Beginn der Wirtschaftskrise 1929 in Überlegungen »Zur Literaturkritik« für ein Problem, das dem Aufstieg des Faschismus in Deutschland nütze (GS VI, 162). In »Der Autor als Produzent« (1934) entwickelt er das Programm, den Produktionsapparat zu beliefern und ihn zugleich »nach Maßgabe des Möglichen [...] im Sinne des Sozialismus zu verändern« (GS II, 691f). Benjamin denkt an das epische Theater Brechts, in dem der »Funktionszusammenhang zwischen Bühne und Publikum, Text und Aufführung, Regisseur und Schauspieler« so verändert werde, dass der Zuschauer sich der Verhältnisse, in denen er lebt, bewusst werden könne. Nun ist ein Theater zwar ein Betrieb, oft basierend auf prekärer Arbeit, aber ein Betrieb ist kein Theater. Doch es könnte gefragt werden, ob solche Überlegungen, die auf eine breite Beteiligung, auf eine inklusive Politik abzielen, übertragbar sind auf aktuelle links-ökologische Forderungen und Aktionen. Gegebenenfalls könnten sie auch den in die Defensive geratenen Gewerkschaften helfen, der Erosion der Flächentarife und dem Rückgang des Organisationsgrads entgegenzusteuern und mit ihren Ressourcen offensiv in einer breiteren sozial-ökologischen Bewegung zu agieren.

»ZUSAMMENSPIEL ZWISCHEN DER NATUR UND DER MENSCHHEIT«

Was aber hat Benjamin zum Verständnis der ökologischen Krise beizutragen? In der Aphorismensammlung »Einbahnstraße« (1928) beschreibt Benjamin das Technikverständnis der »Imperialisten«, das sich auf »Naturbeherrschung« reduziere, während die Menschen eigentlich nicht auf Kosten der Natur leben und arbeiten, sondern eine Technik entwickeln sollten, die ein ausgeglichenes Verhältnis von Natur und Mensch ermögliche (GS IV, 147). Später, bereits im Exil, führt er diesen Gedanken in der dritten Fassung des Aufsatzes »Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit« weiter. Der Erste Weltkrieg und die Kriegstechnik beweisen für ihn, dass die Gesellschaft nicht »reif« genug ist, ihre technischen Möglichkeiten so einzusetzen, dass sie nicht zum »Menschenopfer« führen. Die entfesselten Produktivkräfte wendeten sich so gegen den Menschen. Er schreibt über eine »zweite Technik«, die den Menschen so wenig wie möglich beanspruche und ein »Zusammenspiel zwischen der Natur und der Menschheit« ermögliche statt einer Beherrschung der Natur durch den Menschen. Benjamin denkt an »fernlenkbare Flugzeuge« (GS VII, 359).

»Die Utopie ist von der Geschichte grausam eingeholt worden und Benjamin konnte sich von der Klimakatastrophe noch keinen Begriff machen.«

Die Utopie ist von der Geschichte grausam eingeholt worden und Benjamin konnte sich von der Klimakatastrophe noch keinen Begriff machen. Der Treibhauseffekt wurde

zwar 1824 entdeckt, die globale Erderwärmung aber erst in den 1950er Jahren nachgewiesen. Das Schmelzen des Polareises konnte daher für Benjamin in den »Thesen« noch einen »gesunden Sinn« haben (GS I, 699).

NOTBREMSE UND ÖKOLOGISCHE KLASSENPOLITIK

Die Rezeption der Schrift »Über den Begriff der Geschichte« ist von einer Tendenz zur Enthistorisierung geprägt. Die Arbeit wurde als »geschichtsphilosophische Reflexionen« (Theodor W. Adorno), als historisch unbestimmte Überlegungen über Geschichte interpretiert und Benjamins Werk häufig aus der Perspektive dieser letzten Arbeit gedeutet. Benjamin schreibt sie aber als Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg und kann bis zu seinem »Selbstmord«, nach physischer und psychischer Erschöpfung auf der Flucht vor den Nazis, im September 1940 an der spanisch-französischen Grenze den Eindruck haben, die faschistischen Armeen könnten diesen Krieg tatsächlich gewinnen. Der Faschismus an der Macht bedeutet für ihn eine Niederlage der deutschen Intelligenz und der Arbeiterbewegung als derjenigen sozialen Bewegung, die den Faschismus hätte verhindern können. Und so sind die »Thesen« das letzte Resultat seiner in den 1930er Jahren begonnenen Auswertung dieser Niederlagen. Insofern ist der Text zwar kein ökosozialistisches Manifest, er liefert aber Argumente im Kampf gegen einen im Krieg siegenden Faschismus. Doch Benjamins Kritik der Auffassung, dass die Natur, wie es in der elften These heißt, »gratis da ist« (GS I, 699), zeigt seine fortgesetzte Beschäftigung mit ökologischen Fragen.

Taugt das Bild vom Griff an die Notbremse also, wenn man es auf die Klimakatastrophe bezieht? Zwei Überlegungen zur Diskussion. Die erste betrifft »das Menschengeschlecht« im Zug. Das Bild ist etwas schief, denn es ist nicht die ganze Menschheit, die mit *gleichem* Komfort im metaphorischen Zug reist, sowohl was die Verursacher*innen, gar Profiteur*innen des Klimawandels betrifft als auch die unter seinen Folgen Leidenden. Die zweite bezieht sich auf die Geste des metaphorischen Griffs zur Notbremse. Sie ist einem patriarchalen Männlichkeitsdiskurs verhaftet. Es ist der Mann, der greift, oder gleich das ganze »Menschengeschlecht«. Der historische Materialist, so Benjamin, sei »Manns genug, das Kontinuum der Geschichte aufzusprengen« (GS I, 702), während die Arbeiterklasse im Text ihrerseits wie ein Mann auftritt und bündnispolitische Fragen keine Rolle spielen. Im Zusammengehen von Gewerkschaften, sozialen und ökologischen Bewegungsorganisationen geht es jedoch um eine *gemeinsame* Suche nach denjenigen konkret-utopischen, möglichen und erreichbaren Forderungen, die auch eine grün-sozialliberale Regierung effektiv unter Druck setzen und einen linken Ausweg aus der Klimakrise mit einer sozialistischen Perspektive aufzeigen können. Verzichtet man umgekehrt auf solche Bündnisse, gibt man den gesellschaftlichen Einfluss auf und überlässt ihn anderen.

ÖKOLOGISCHER FORTSCHRITT – ABER FÜR WEN?

Mehr als 40 Prozent der FFF-Aktivist*innen sind der Auffassung, dass die Klimakrise innerhalb des Kapitalismus nicht lösbar ist

(Karg/Laßhof 2022, 101). Benjamin würde ihnen sicher zustimmen. Seine Kritik am Begriff eines abstrakten Fortschritts seit dem Aufsatz »Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker« von 1937 basiert darauf, dass dieser Fortschritt auf der Bahn einer rein technischen Entwicklung verläuft, die – wie Elektromotoren für SUVs – einer herrschenden Klasse dienen kann. »Mehr Fortschritt [zu] wagen« versprechen Grüne, FDP und SPD in ihrem so übertitelten Koalitionsvertrag. Sind sich die Regierungsparteien bei ökologischen Investitionen und der Schuldenbremse auch uneins, ihre Fortschrittsauffassung basiert auf dem Modell eines unternehmerischen »innovativen Kapitalismus«, der nur ökologisch modernisiert werden müsse. »Wir machen aus technologischem auch gesellschaftlichen Fortschritt« (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021, 15). Die klimapolitischen Ziele der Ampelkoalition oder des im August 2022 verabschiedeten *Inflation Reduction Act* in den USA zeigen, dass sie der Dringlichkeit angesichts der Klimakatastrophe nicht gerecht werden können. Sie zeigen, dass die ökologische Krise zugleich eine *politische* Krise ist. Denn obwohl die technischen Möglichkeiten ausreichend entwickelt sind, der sich – je nach Klassen- und geografischer Lage – ungleich doch akut vollziehenden Katastrophe der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen vehement entgegenzutreten, sind selbst gemäßigt progressive Regierungen nicht in der Lage. Sie wollen oder können nicht genügend politischen Druck aufbauen, um sich der Profitlogik großer Unternehmen entgegenzusetzen, weil eine links-ökologische Bewegung zwar vorhanden, aber noch nicht breit und stark genug ist. Es ist eine politische Krise der *kapitalistischen* Gesellschaften, weil eine effektive und (international) solidarische Verwendung ökologischer Technologien nicht möglich ist, ohne Teile der Produktion der kapitalistischen Verwertung zu entziehen und sie öffentlich und demokratisch zu kontrollieren. Der Weg mühsam aufzubauender Allianzen, die Arbeit an der Verbreiterung und Vertiefung einer ökolinken Bewegung, er lässt sich auch in der Situation einer politischen Dringlichkeit nicht umgehen. Diese schwierige Arbeit bündnispolitischer Mühen braucht es, um im Bild zu bleiben, gerade angesichts eines rasenden Zugs.

LITERATUR

Autor*innenkollektiv Climate.Labour.Turn, 2021: »Mein Pronomen ist Busfahrerin«. Die gemeinsame Kampagne von FFF und ver.di zur Tarifrunde im öffentlichen Nahverkehr 2020. Ein Beispiel für ökologische Klassenpolitik, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Benjamin, Walter, 1972–1999: Gesammelte Schriften [GS], Frankfurt a. M.

Benjamin, Walter, 1995: Gesammelte Briefe [GB], Bd. 1: Briefe 1910–1918, Frankfurt a. M.

Benjamin, Walter, 2008–: Werke und Nachlaß. Kritische Gesamtausgabe, Berlin

Kampe, Norbert, 1988: Studenten und »Judenfrage« im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen

Karg, Luca/Laßhof, Maurice, 2022: »System Change not Climate Change«? Fridays for Future revisited, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung 130, 93–106

Palmier, Jean-Michel, 2009: Walter Benjamin. Lumpensammler, Engel und bucklicht Männlein. Ästhetik und Politik bei Walter Benjamin, Frankfurt a. M.

SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP, 2021: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025, Berlin

Wipf, Hans-Ulrich, 2004: Studentische Politik und Kulturreform. Geschichte der Freistudenten-Bewegung 1896–1918, Schwalbach i. T.

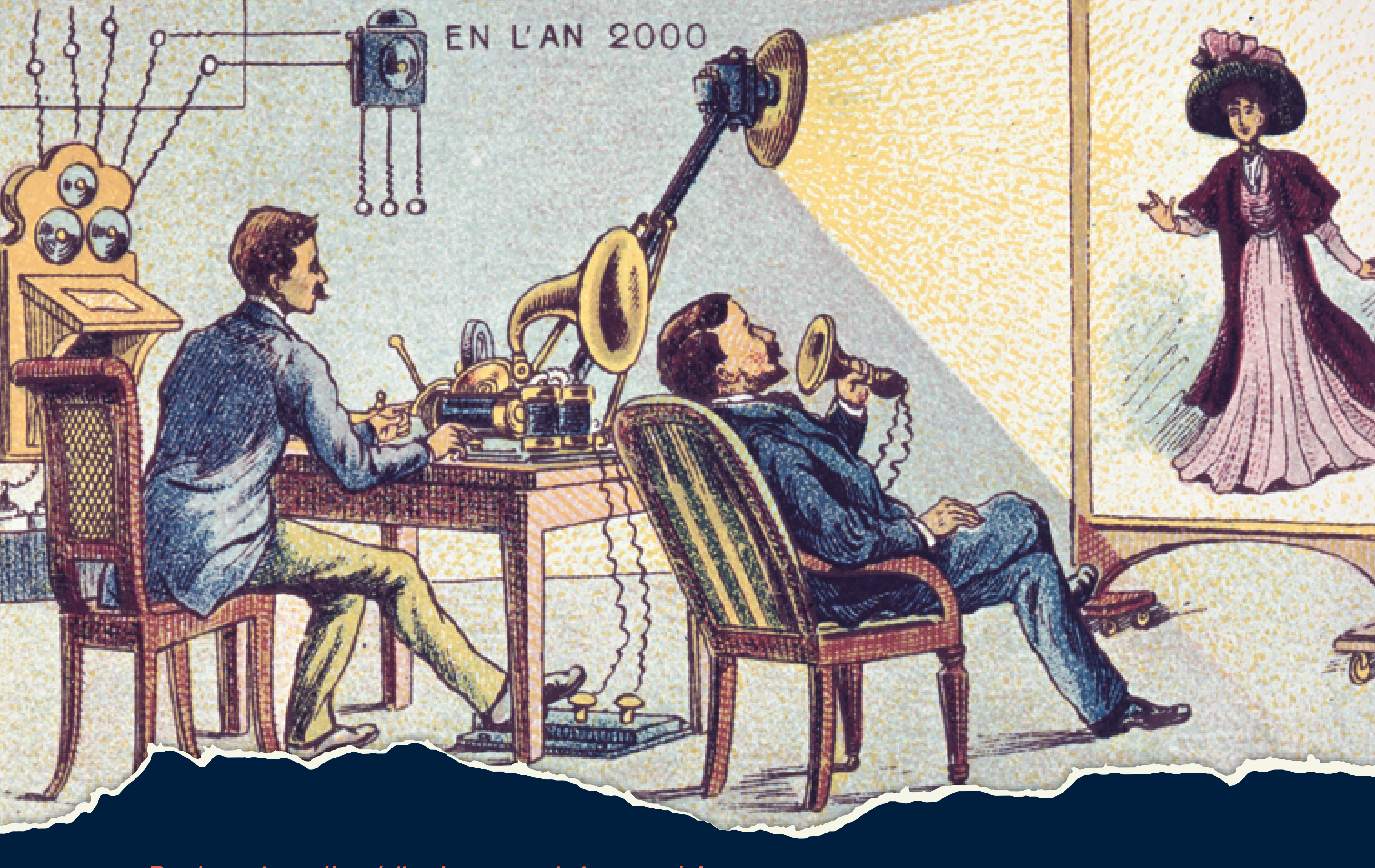
Wizisla, Erdmut, 2004: Benjamin und Brecht. Die Geschichte einer Freundschaft, Frankfurt a. M.

1 www.globalclimatejobs.org
2 www.alignny.org

KOMMUNISMUS NACH DEM KIPPPUNKT

Was bleibt vom kommunistischen Versprechen in einer Welt, die auf den Abgrund zusteuert? Das Manifest »The Tragedy of the Worker: Towards the Proletarocene« des Salvage Collective erschien 2021 bei Verso und entwirft eine Utopie jenseits von Fossilismus und Fortschrittsglauben. Wir veröffentlichen die Einleitung des Buches.

Anlässlich der Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 zeichneten Künstler ihre optimistischen Zukunftsversionen für das Jahr 2000. Die Bilder erschienen zunächst als Beilage in Zigarettenschachteln und später als beliebte Postkartenmotive.



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten.
Ihr habt eine Welt zu gewinnen.

Was, wenn die Welt schon verloren ist? Es war diese Frage, die uns quälte und dazu brachte, »The Tragedy of the Worker« zu schreiben. Von der Gegenwart aus betrachtet ist die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung, wie von Marx vorhergesehen, die Geschichte der Herausbildung einer globalen Arbeiter*innenklasse, einer Proletarisierung des Gros der Weltbevölkerung. Doch genau dieser Prozess hat uns an den Abgrund einer Klimakatastrophe geführt. Unsere Lage ist, um an Trotzkis Begründung des Kriegskommunismus zu erinnern, im höchsten Maße tragisch.

»Wie stellen wir uns also Emanzipation auf einem bestenfalls nur noch teilweise bewohnbaren Planeten vor?«

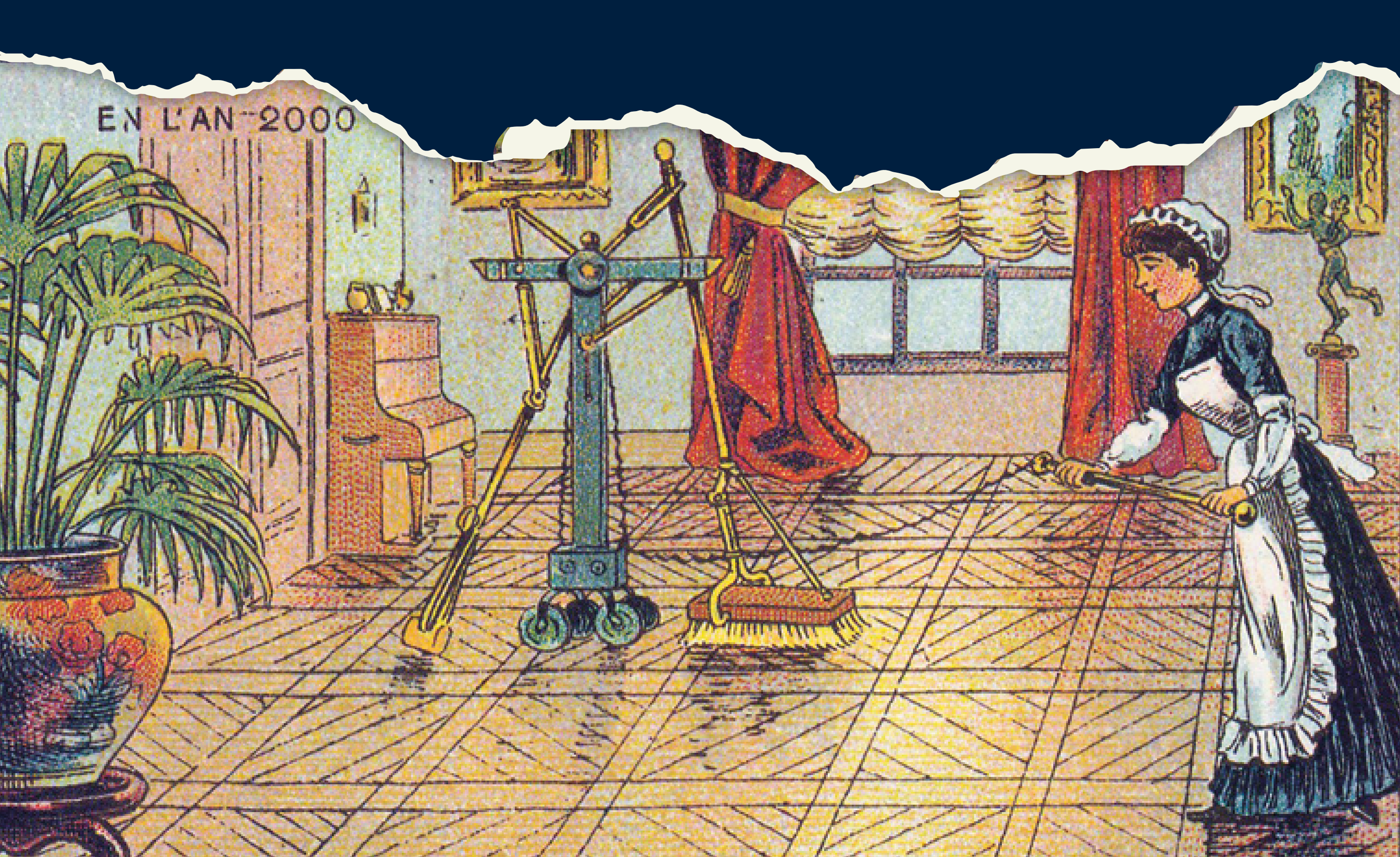
Es ist nun klar, dass wir die Kipppunkte der Erderwärmung, vor denen uns die Forschung schon lange warnt, überschreiten und die jetzt schon katastrophalen Effekte der kapitalistischen Emissionen sich noch weiter verschärfen werden. Wie stellen wir uns also Emanzipation auf einem bestenfalls nur noch teilweise bewohnbaren Planeten vor? Während die Kommunist*innen einst die Kontrolle über die Produktionsmittel anstrebten und sich ausmalten, wie sie mithilfe der bis dahin beispiellosen Möglichkeiten der kapitalistischen Infrastruktur eine Welt des Überflusses errichten würden, müssen wir uns heute fragen: Wie wird es sein, nachdem die Apokalypse über uns hereingebrochen ist? Was bedeutet es, wenn jetzt, da der Kapitalismus wirklich global geworden ist, die von ihm erschaffenen Totengräber nicht nur sein eigenes Grab schaufeln, sondern darüber hinaus das meiste organische Leben auf der Erde vernichten?

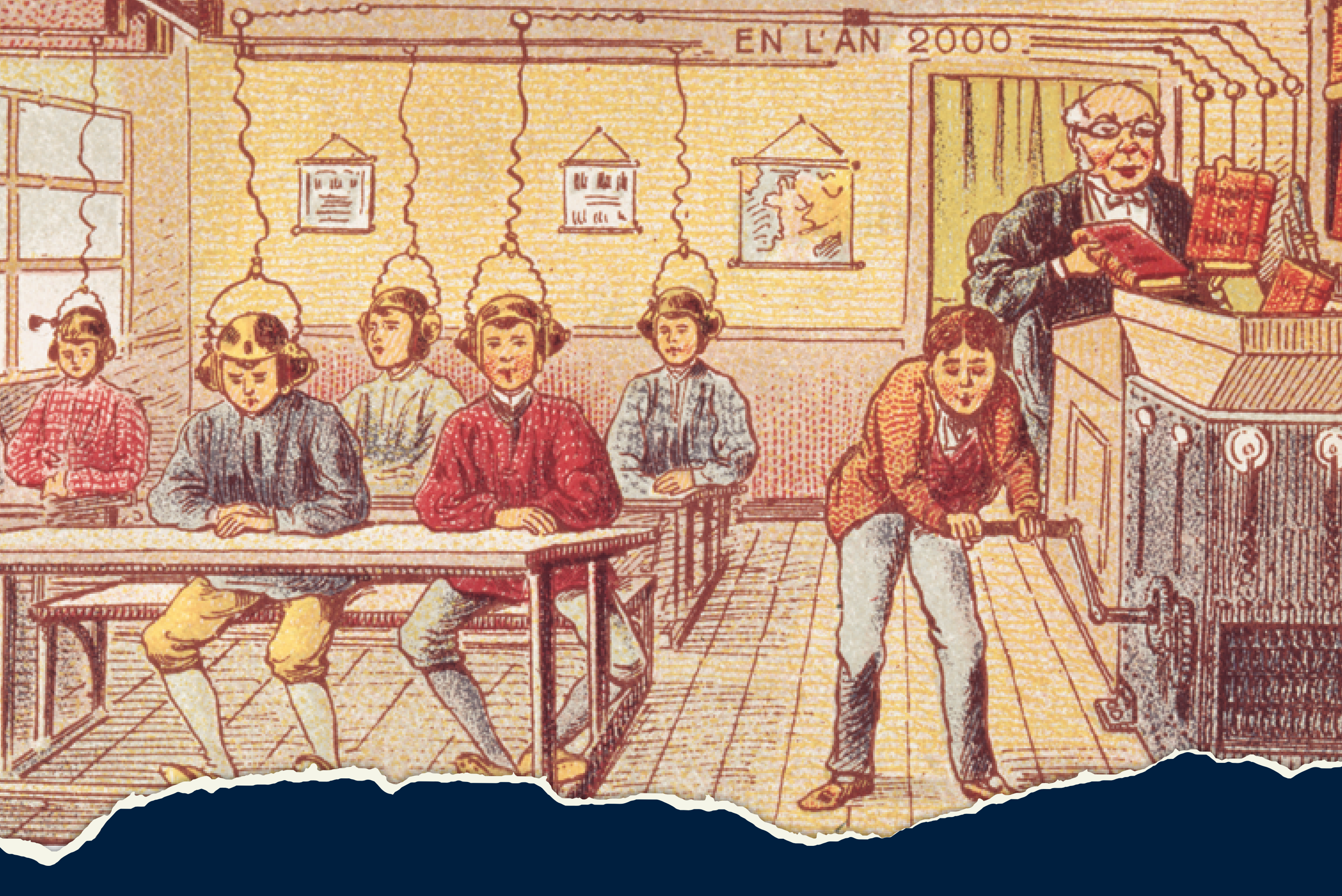
Unsere Antworten auf diese Fragen wurzeln weiterhin in der Politik eines revolutionären Kommunismus. Unser Standpunkt gründet nicht auf der Einbildung, es gäbe eine homöostatische Natur, die es zu verteidigen gilt, sondern auf der Kritik des kapitalistischen Stoffwechsels, der überwunden werden muss. Geowissenschaftler*innen sind es gewohnt, von »Kreisläufen« zu sprechen, in denen Substanzen in verschiedener Form zirkulieren: Wasser-, Gesteins- und Stickstoffkreisläufe, Glazial-Interglazial-Zyklen, der Kohlenstoffkreislauf und andere. Eine Sichtweise der Klimakatastrophe ist, diese Kreisläufe – insbesondere den Kohlenstoffkreislauf, aber nicht nur ihn – als gestört zu betrachten, als unter- bzw. überakkumulierend. Doch damit wird der grundlegendere Kreislauf ignoriert, um den die anderen nun wie Epizyklen kreisen, so wie die ptolemäischen Suborbits der Himmelskörper: der Kreislauf der Kapitalakkumulation *W – G – W′*.

Dieser Kreislauf akkumuliert Profit und Tod. Beides ist kein Zufall. Aus diesem Grund fußen die von den herrschenden Klassen erlaubten klimapolitischen Debatten um »Anpassung« versus »Abschwächung« auf falschen Prämissen. Was tatsächlich abgeschwächt werden soll, ist der Effekt der Klimakrise auf die Akkumulation, wobei auf die Ideologie, Wachstum komme allen zugute, zurückgegriffen wird. Anpassen sollen wir uns an die Parameter der Akkumulation. Das heißt: Es werden exakt so viele Inseln, Ökosysteme, indigene und nicht indigene Kulturen geopfert wie nötig, um den Imperativen der Akkumulation für eine bestimmte Zeit nachzukommen, solange, bis die nächsten Schwellen erreicht sind und weitere Leben dem Götzen des Kapitals geopfert werden müssen.

»Das Einzige, was tatsächlich abgeschwächt werden soll, ist der Effekt der Klimakrise auf die Akkumulation.«

Bereits jetzt ist in den modernen kapitalistischen Fossilismus eine gewisse Zahl zu akzeptierender Todesopfer eingepreist: Mindestens 8,7 Millionen Menschen werden laut einer Studie der Harvard-Universität jedes Jahr durch fossile Brennstoffe getötet. Sie werden als der notwendige Preis angesehen, den es für die überwältigenden Vorteile des fossilen Kapitalismus zu zahlen gilt. Und es ist kein Ende in Sicht, denn die Abholzung der Wälder, das





Schmelzen der Polkappen, die Übersäuerung der Meere, die Bodenerosion sowie immer stärkere Waldbrände und Stürme reißen das Netz des Lebens in Fetzen. Wem bereits das nekropolitische Kalkül der COVID-19-Pandemie extrem erschien, der warte nur ab, bis dessen Prinzipien auf die Klimakatastrophe angewendet werden.

Revolution, das heißt Abschwächung und Anpassung. Wenn wir menschlichen Lebensraum auf der Erde erhalten wollen, dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als unsere Art des Machens, Denkens, Essens, Bewegens und Lebens zu ändern. In anderen Worten: Wir brauchen eine neue »Produktionsweise«. Auch sie wird eine Form der Anpassung sein.

Aber gibt es nicht hoffnungsvolle Zeichen, dass dieses System zur Selbstkorrektur fähig ist? Nun, da der revanchistische Klimaleugner Donald Trump – zumindest vorläufig – die politische Bühne verlassen hat? Mit der Wahl Joe Bidens zum Präsidenten wurde das Pariser Klimaabkommen wieder in Kraft gesetzt. Mit einer Reihe von Präsidialerlassen hat er die Nutzung von Windkraft ausgebaut, die Förderung und weitere Erschließung von Öl- und Gasvorkommen eingeschränkt und den Bau der Keystone-XL-Pipeline gestoppt. Das zeigt, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung Einfluss auf die Koordinaten der kapitalistischen Realpolitik der Demokratischen Partei hatte, sei er auch noch so gering. Der Kampf ums Überleben hat zumindest bei den vorausschauenden Teilen des Kapitals eine gewisse Zugkraft entfaltet. Dabei zeichnet sich auch Bidens Ansatz durch eine Verkennung der Lage aus und ignoriert, dass es viel tiefer gehende und weiter reichende Maßnahmen bräuchte, um den Planeten bewohnbar zu halten. Und selbst die Bestimmungen des Pariser Abkommens lassen eine katastrophale Erderwärmung von 3,5 Prozent gegenüber dem präindustriellen Niveau zu. Aber

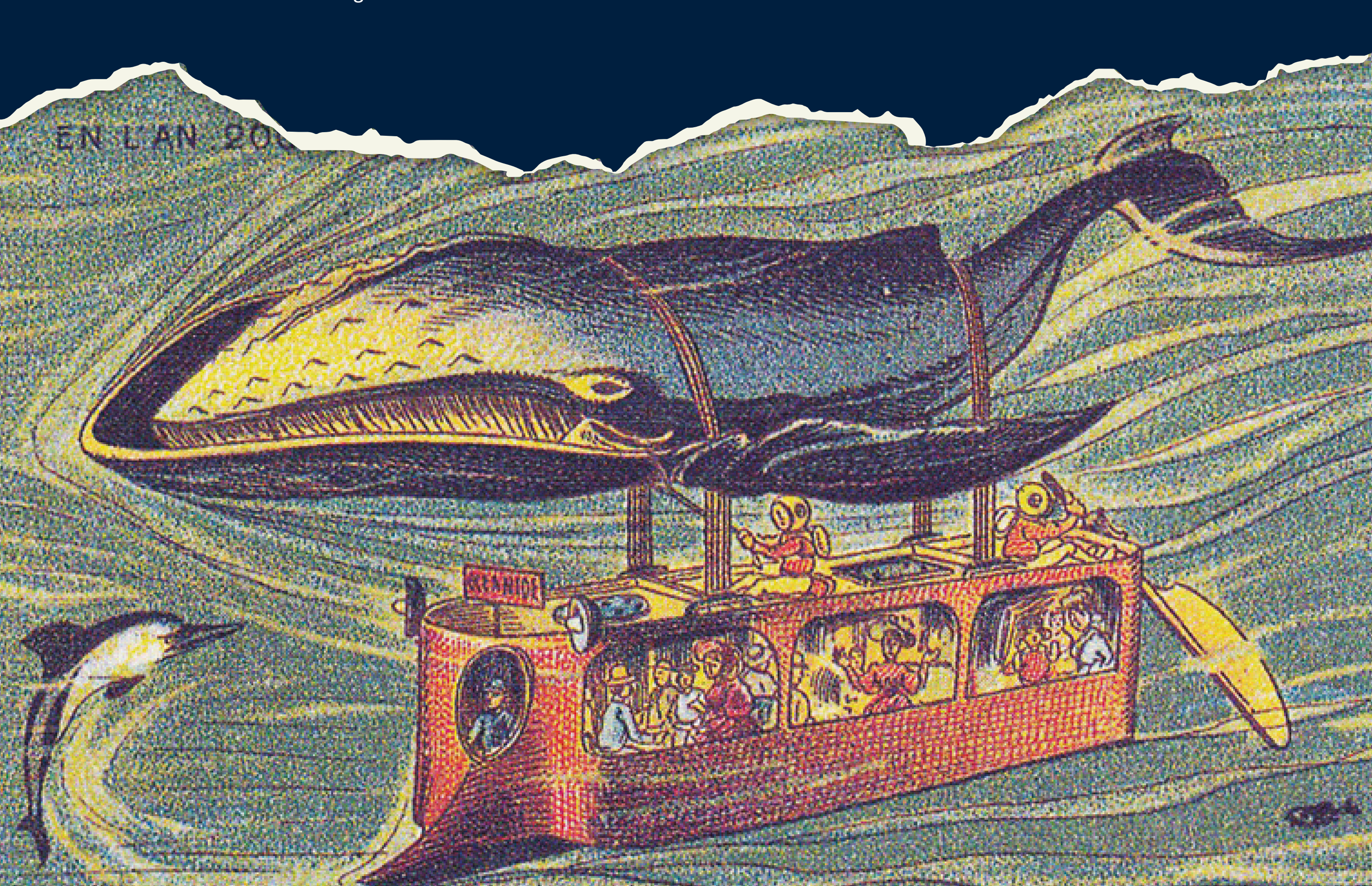
»Die Vorstellung vom Sozialismus als einer neuen und besseren Form des Wachstums ist immer noch weit verbreitet.«

auch unabhängig davon bleibt die Bewegung der Klimaleugner*innen weltweit weiterhin mächtig. Und die Klimakatastrophe wird sie noch stärker machen.

In Oregon werden »Antifa-Aktivist*innen« beschuldigt, für die Waldbrände verantwortlich zu sein – nicht die Brand- und Anstifter*innen des Kahlschlags am Amazonas. In Texas werden die Schneestürme und Stromausfälle den Umweltschützer*innen zur Last gelegt und dem »Green New Deal«, der nirgendwo umgesetzt wird. Dabei macht sich die Ideologie der Verleugner*innen trotz des darin enthaltenen okkultischen Todestriebs die materiell-symbolischen Bestrebungen von Hunderten Millionen von Menschen zunutze, darunter nicht nur den Wunsch nach »Wohlstand«, nationaler Entwicklung, sozialem Aufstieg und individueller Autonomie, sondern auch den nach sozialer Distinktion. Die Klimaleugner*innen stellen die Klimawissenschaft als eine List Chinas bzw. der Dritten Welt dar, deren Zweck eine Umverteilung des globalen Wohlstands sei. Damit verspricht ihre Ideologie denen, die an der Spitze des Weltsystems stehen und für die es nur noch bergab gehen kann, und denen, die die Leiter der Entwicklung hochgeklettert sind und nun zu fallen drohen, dass sie nicht in die gleiche desolate soziale Lage abstürzen werden wie das Gros der Menschheit.

»Der Wandel, den wir brauchen, ist so gewaltig, dass, wenn er uns gelingen sollte, unsere Nachkommen fragen werden: Waren das überhaupt Menschen?«

Die Linke hat sich derweil über ihre eigenen Versäumnisse Rechenschaft abzulegen. Mit der Abkehr von den ursprünglichen Zielen des »Roten Oktobers« der Arbeiter*innen ging die Unterdrückung eines aufkeimenden ökologischen Bolschewismus einher, mit dem sich der historische Materialismus seiner produktivistischen Anteile hätte entledigen können, so wie er sich faktisch von jeglichen Ansätzen einer proletarischen Demokratie befreit hat. Die Vorstellung vom Sozialismus als einer neuen und besseren Form des Wachstums ist immer noch





weit verbreitet, ungeachtet des Zusammenbruchs der Sowjetunion 1991. Was den Streit zwischen auf Modernisierung setzenden Ökosozialist*innen und ihren Widersacher*innen betrifft, so bestehen wir darauf, dass die Ersteren nicht prometheisch genug sind. Es ist die grundlegende Annahme des historischen Materialismus, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Wer sind wir – die Opfergenoss*innen des Zu-spät-Kapitalismus –, dass wir uns anmaßen, Gesetze für diejenigen zu erlassen, die (hoffentlich) nach uns kommen werden? Der Wandel, den wir brauchen, um eine bewohnbare Biosphäre zu erhalten, ist so gewaltig, dass, wenn er uns gelingen sollte, unsere Nachkommen – sollten sie solche Texte lesen – sich ähnlich wie wir bei der Lektüre von Epen aus der Bronzezeit fragen werden: Waren das überhaupt Menschen?

Ist menschlich heute überhaupt noch der richtige Begriff für uns? Das allgemeine Verständnis von »Anthropozän« impliziert, dass es einen gemeinsamen »Anthropos« gibt, dem eine Gesamtverantwortung und -schuld zugeschrieben werden kann. Aus guten Gründen heben die Kolonisierten, die Ausgeschlossenen und die Unterdrückten hervor, dass nicht sie es waren, die das Klima zerstört haben, und von daher auch nicht von ihnen erwartet werden kann, die Kosten dafür zu tragen. Hier liegt der wahre Kern der Fixierungen auf Kosmologien indigener Bevölkerungsgruppen als Quellen der Resilienz, als eine Art welthistorischem Achtsamkeitstraining, mit dem der Katastrophe begegnet werden kann. Doch der Klimakollaps des Kapitalozäns ist eine reale Abstraktion, nicht eine ethische Wahl oder eine epistemologische Vorliebe. Die auf der Wertform basierende Welt existiert bereits – dazu beigetragen haben nicht zuletzt die wahrlich prometheischen Bemühungen der Bourgeoisien der Länder des globalen Südens –, und es sind keine anderen Welten übrig. Der einzige Weg führt durch diese Welt hindurch, nicht aus ihr heraus.

Aus dem Englischen von Hannah Schurian.



IHRE GESCHICHTE UND UNSERE

GEMEINSAM FÜR DEN SYSTEM CHANGE

VON LEON BURGHARDT, LUCIE HAMMER, NATHALIE STEINERT, KARLA ZIEROLD

Die herrschende Klimapolitik ist nicht nur ungerecht, sie ist undemokratisch. Ohne radikale Demokratisierung wird es keinen sozial-ökologischen Umbau geben.

In welcher Welt leben wir? Welches Wort beschreibt sie am besten? Ist sie absurd, ignorant oder einfach nur grausam? Wie lässt sich sonst eine Gesellschaft bezeichnen, die tagtäglich ihr eigenes Grab schaufelt? Wie erzählen wir unsere Geschichte so, dass sie verständlich wird, und wo fängt sie überhaupt an? Vor 250 Jahren mit dem industriellen Kapitalismus? Vor 50 Jahren mit dem Club of Rome, als schwarz auf weiß klar war, dass unsere Art zu produzieren alles kaputtmachen würde und dann nichts passierte, um das zu verhindern? Oder beginnen wir mit den Überflutungen 2022, durch die Millionen Menschen ihre Heimat verloren, oder mit den Hitzewellen, die nun auch vor Europa nicht mehr haltmachen? Und wo soll diese Geschichte noch hinführen?

Zunächst einmal müssen wir damit anfangen, wie wir diese Geschichte nicht erzählen sollten. Die Behauptung, wir hätten bereits die beste aller denkbaren Gesellschaften geschaffen und damit das Ende der Geschichte erreicht, ist kein überzeugender Erzähleinstieg. Denn wie erklären wir dann die tagtäglichen Ungerechtigkeiten, das Leid, die Traurigkeit? Es ist das Märchen jener, die ihre Verantwortung verschleiern und von den wirklichen Ursachen ablenken wollen, während uns der Katastrophenkapitalismus von einer Krise in die nächste schleudert, wobei die Pausen zum Luftholen immer kürzer werden und die Luft immer knapper und dreckiger wird.

LUCIE HAMMER studiert Wirtschaftsinformatik an der Uni Leipzig, ist aktiv in der Klimabewegung und seit 2019 im Studierendenverband Die Linke.SDS organisiert.

LEON BURGHARDT studiert Politikwissenschaft und Soziologie und ist seit der Wiedereinführung von Studiengebühren in BaWü durch Schwarz-Grün Mitglied von Die Linke.SDS in Freiburg. Er ist außerdem Mitglied des Bundesvorstands.

KARLA ZIEROLD studiert Politikwissenschaft und war als Klimaaktivistin beteiligt an der Solidaritätskampagne zur Unterstützung der Tarifauseinandersetzung im Nahverkehr 2020. Sie ist außerdem Mitglied des Bundesvorstands von Die Linke.SDS.

NATHALIE STEINERT studiert Psychologie in Jena. Seit 2018 ist sie im SDS in Leipzig organisiert und kämpft in verschiedenen Bewegungen und Bündnissen für sozialistische Alternativen zum Kapitalismus.

TAUSENDUNDEINE KRISE – EIN SYSTEM

Unsere Geschichte ist die Geschichte des Kapitalozäns – die Zuspitzung eines von Krisen, Kriegen und Katastrophen gezeichneten Systems. Es ist die Geschichte von Zerstörung und Gewalt im Namen von Macht und Profit. Einer Produktionsweise, die mit der Industrialisierung aufkam und in der Verwüstung unseres Planeten gipfelt. Das System, in dem wir leben, hat die Klimakrise erst hervorgebracht und ist der Motor, der sie immer weiter antreibt. Denn einen Kapitalismus ohne Expansion und Akkumulation kann es nicht geben. Insbesondere durch die Ausbeutung fossiler Ressourcen wird das geologische Gleichgewicht unseres Planeten immer weiter zerstört.

Aber nicht nur die Natur, sondern auch die Menschen werden gezwungen, sich dieser lebensfeindlichen Logik unterzuordnen. Während nur die wenigsten von diesem System profitieren, wird der Großteil der Menschheit nur noch von den leeren Versprechungen einer besseren Zukunft angetrieben – oder hat Angst, überhaupt eine Zukunft zu haben. Gefangen im trostlosen Alltagstrott geht der Blick für das große Ganze verloren, und wir lassen zu, dass wir mit zunehmender Geschwindigkeit auf den Abgrund zusteuern, einen Punkt, von dem aus es kein Zurück mehr gibt.

Doch seitdem das kapitalistische Wirtschaftssystem existiert, gibt es auch Menschen, die dieses System beharrlich infrage stellen, sich unermüdlich für eine gerechtere Welt einsetzen und damit an die vielen Kämpfe anschließen, die bereits vor ihnen geführt wurden. Mit diesen Menschen teilen wir eine gemeinsame Überzeugung, einen Funken Hoffnung: Dieses menschenfeindliche System, die Art und Weise, wie wir leben, ist menschengemacht – und darum auch veränderbar. Denn unsere Geschichte ist nicht nur die des Kapitalozäns, sie ist auch die Geschichte des Klassenkampfes.

DIE NOTBREMSE ZIEHEN

Aus dieser Geschichte lernen wir und die Klimakrise führt uns das tagtäglich vor Augen, dass nur ein radikaler Bruch mit dem Bestehenden uns noch vor dem Sturz in den Abgrund bewahren kann. So läuft alles auf den fundamentalen Entscheidungsprozess hinaus: Schaffen wir es, ein ökologisches und somit auch soziales Desaster zu verhindern? Können wir mit der Ideologie des endlosen Wachstums und der Illusion eines gesellschaftlichen Wohlstands brechen, an dem doch nur die wenigsten teilhaben? Dafür müssen wir endlich die Notbremse ziehen und uns aus den Zwängen befreien, die uns in dieser Abwärtsspirale gefangen halten.

Der angeblichen Alternativlosigkeit des Kapitalismus setzen wir die Zukunftsvision einer radikal anderen Gesellschaft entgegen, einer Gesellschaft, die ein schönes Leben für alle und den Erhalt des Planeten in den Mittelpunkt stellt: einen de-

mokratischen Ökosozialismus. Ziel der Produktion wäre nicht mehr der Profit für die Wenigen, sondern die Erfüllung der Wünsche und Bedürfnisse aller. Und das hieße auch, der Natur ausreichend Zeit und Raum zu geben, sich zu regenerieren.

Doch die Welt verwandelt sich nicht ohne Weiteres in jene, die wir uns ausmalen. Vielmehr liegt es an uns, unsere Geschichte so zu verändern, dass sie nicht mit dem Kapitalozän als letztem Kapitel zu Ende geht.

WIR MÜSSEN VIELE WERDEN

Alle Kämpfe, die wir bereits führen – Arbeitskämpfe, antirassistische, feministische und queere Kämpfe, Kämpfe um Reproduktion, soziale Kämpfe, antiimperialistische und Antikriegskämpfe –, sie alle werden durch die Klimakrise erschwert. Die ihnen zugrunde liegenden Konflikte werden sich noch weiter verschärfen. Darum reicht es nicht aus, sich mit einigen wenigen bequemen Reformen zufriedenzugeben oder das System etwas grüner anzustreichen. Wir müssen uns vor einem fatalen Gewöhnungsprozess hüten und davor, immer neue Verschiebungen dessen, was zumutbar ist, hinzunehmen.

Radikale Veränderung erreichen wir aber nur, wenn wir viele sind. Denn unser Gegner ist riesig und erscheint allzu oft allmächtig. Aber so gigantisch der Kapitalismus in unseren Köpfen erscheinen mag und so sehr er unsere Produktionsweise bestimmt: Er ist nicht unbesiegbar. Wenn es uns gelingt, ausreichend politische Macht aufzubauen, können wir das bestehende System stürzen und eine ökosozialistische Gesellschaft errichten. Denn der Kapitalismus ist auf unsere Arbeitskraft angewiesen. Wenn wir sie ihm verweigern, greifen wir ihn in seinem Kern an.

EIN GEMEINSAMES ÖKOSOZIALISTISCHES PROJEKT

Es kommt also darauf an, möglichst viele Menschen hinter einem ökosozialistischen Projekt zu vereinen. Schließlich haben wir viel vor, und wir stehen noch ganz am Anfang. Aber überall auf der Welt wagen Menschen bereits die ersten Schritte: Als in Florenz in Reaktion auf zahlreiche Entlassungen ein Automobilzulieferwerk besetzt wurde, haben die Beschäftigten gemeinsam mit Fridays for Future für eine nachhaltigere Produktion und sichere Arbeitsplätze protestiert. In den USA kämpfte die indigene Bevölkerung, unterstützt von Naturschutzorganisationen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen, jahrelang gegen den Bau der Dakota-Access-Pipeline, um ihre Landrechte und ihre Wasserversorgung zu sichern und um gegen die dreckige Energiepolitik der Regierung ein Zeichen zu setzen. In Indonesien haben Bewegungen ihre Abwehrkämpfe, die sich gegen großflächige Monokulturen und Enteignungen richten, mit dem Aufbau von alternativen Formen der Landwirtschaft und Forderungen nach Ernährungssouveränität verbunden. Und in über 30 deutschen Städten stritten Busfahrer*innen und Klimaaktivist*innen jüngst Seite

an Seite um bessere Arbeitsbedingungen und einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Daran wollen wir anknüpfen, aber nicht dort stehenbleiben, sondern noch zwei, drei oder 500 Schritte voranschreiten: In der Autoindustrie geht es darum, eine breite Basis an Beschäftigten zu gewinnen, um sich gemeinsam für sichere Arbeitsplätze und zugleich eine Konversion der Branche einzusetzen: weg von der Produktion von Autos hin zur Herstellung von Bahnen und Bussen. Die Blockaden und Aktionen zivilen Ungehorsams, die bereits stattfinden, könnten sich viel zielgerichteter gegen Logistik und Infrastruktur richten, um einen Zusammenbruch der bereits zum Zerreißen gespannten Lieferketten schädlicher Produktionen herbeizuführen. Die Organisierung von Arbeitskämpfen entlang von Lieferketten würde nicht nur die globale Solidarität stärken, sondern würde auch die brutalen Arbeitsbedingungen der Menschen in den Fabriken, in der Landwirtschaft, im Transport und im Verkauf in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rücken. Wenn also in jeder Tarifrunde nicht nur die Lohnhöhe, sondern auch die Art der Produktion zur Debatte steht, wenn bei einem Generalstreik fürs Klima die Schulen und Unis genauso wie die Unternehmen ihren Betrieb einstellen müssen, dann können wir durch unsere kollektive Macht eine tatsächliche Umstellung der Produktion erwirken.

All diese Auseinandersetzungen haben das Potenzial, die kapitalistische Gesellschaft ernsthaft infrage zu stellen – oder tun es bereits. Aber nur wenn sie aufeinander abgestimmt sind, an unzähligen Stellen gleichzeitig auf das System einwirken, Risse erzeugen und kontinuierlich Druck aufbauen, können sie das gesamte Konstrukt zum Einsturz bringen.

EINE NEUE GENERATION

Niemand von uns weiß, wie viele Auseinandersetzungen noch vor uns liegen, bis es zu diesem Bruch kommt. Nicht jeder Kampf wird uns näher an die Zielgerade bringen. Manchen Kampf werden wir verlieren. Wir wissen nicht, wie viele Hindernisse uns in den Weg gelegt werden und welche neuen Verwerfungen der Selbsterhaltungstrieb des Kapitalismus hervorbringen wird. Aber um den Kapitalismus zu überwinden und die Klimakrise zu bekämpfen, gibt es keine Abkürzungen. Es wird unzählige Auseinandersetzungen brauchen – und ihr Ausgang wird von unserer Stärke, der kollektiven Kraft all jener Menschen, die etwas verändern wollen, abhängen.

Inzwischen hat eine neue Generation von Linken die Bühne der Geschichte betreten. Unsere Generation ist in einer Zeit tiefer Unsicherheit, einer bröckelnden Weltordnung und des drohenden Untergangs unseres Planeten aufgewachsen. Daher verwundert es wenig, dass sich immer mehr Menschen weigern, ein

System zu unterstützen, das ihre und die Zukunft des Planeten verspielt – für Profite, die nie bei ihnen ankommen werden. Jahrzehntelang war ein Ende des Kapitalismus unvorstellbar, doch im Angesicht des wortwörtlich drohenden Endes der Welt wird die Forderung nach »System Change, not Climate Change« immer lauter – mit einer Dringlichkeit, die kein Zögern oder Zweifeln zulässt.



ZUKUNFTSGESCHICHTE SCHREIBEN

Die alte Ordnung geht unter – was an ihre Stelle treten wird, ist offen. Darum müssen wir uns ab morgen mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit und Konzentration in jene Auseinandersetzungen begeben, die in der Lage sind, die Kräfteverhältnisse real zu verschieben. Das erweitert nicht nur unseren Handlungsspielraum, sondern trägt auch zur Stärkung eines neuen Bewusstseins kollektiver Handlungsfähigkeit bei. Wurde der Menschheit der Glaube an die eigene Fähigkeit, die Welt verändern zu können, ausgetrieben, so wird er in den gemeinsamen Kämpfen zurückkehren und sich die neu entzündete Hoffnung wie ein Leuchtfeuer ausbreiten. Es ist Zeit, dass wir selbst unsere Geschichte schreiben.

Schließlich geht es um unsere Zukunft, um die Zukunft des Planeten und um die Zukunft aller, die noch auf ihm leben werden. Das ist viel Verantwortung, viel steht auf dem Spiel und viel ist zu verlieren – aber umso mehr haben wir auch zu gewinnen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Welt veränderbar ist – und wir sind am Zug. Es liegt in unserer Hand, die Regeln des gesamten Spiels neu zu bestimmen, die Notbremse zu ziehen und die Fahrt Richtung Abgrund zu stoppen. Mit viel Kraft, Mut und neuen Ideen wollen wir das Alte hinter uns lassen, den Beginn einer neuen Geschichte schreiben und in eine für uns alle bessere Zukunft aufbrechen.


IM GRENZLAND
DES WEISSSEINS
ENTEIGNUNG, KRIEG UND
SOZIALE REPRODUKTION
IN DER UKRAINE
OLENA LYUBCHENKO

Widersprüche innerhalb der ukrainischen Gesellschaft spielen in der aktuellen Diskussion kaum eine Rolle. Jahrzehnte der Austerität haben den Wohlfahrtstaat ausgehöhlt und die Ausbeutung von (weiblicher) Reproduktionsarbeit verstärkt.

OLENA LYUBCHENKO ist Politikwissenschaftlerin und promoviert in Toronto zum Wandel der Geschlechter- und Sozialpolitik im postsowjetischen Raum. Sie beschäftigt sich mit feministischen Theorien der sozialen Reproduktion und Prozessen der Neoliberalisierung und Finanzialisierung. Sie ist Redakteurin des Online-Magazins *LeftEast.*

Seit meiner Kindheit bin ich fast jeden Sommer durch die Straßen von Mariupol gelaufen. Zuletzt im Sommer 2019, vor der Pandemie, denn das Grab meines Vaters liegt in einem Dorf vor der Stadt. Angesichts dessen fällt mir die Reflexion über die aktuellen Ereignisse nicht leicht. Indem die Putin'sche Kriegsmaschinerie Krankenhäuser, Schulen, Theater und Eisenbahnen in Mariupol und anderswo zerstört, löscht sie auch die öffentlichen Infrastrukturen der Sowjetzeit aus – ein Prozess der »Entkommunisierung«. Der drei Jahrzehnte währende deprimierende Prozess der Klassenzersetzung, Verelendung und Auswanderung der ukrainischen Arbeiter*innenklasse hat sich zu Massakern und Zwangsvertreibung gesteigert. Es geht dabei auch um die Auslöschung von Geschichte und Erinnerung.

Während aus Orten wie Butcha entsetzliche Bilder von Verwüstung, Tod und Vergewaltigung im Internet kursieren und während ukrainische Frauen mit Kindern in Europa willkommen geheißen werden, ungewollten »anderen« hingegen die Einreise verwehrt wird, bekommen wir von westlichen und ukrainischen Eliten immer wieder gesagt, die Ukraine verteidige Europa und führe einen europäischen Krieg. Dabei wird die aufkommende Idee des »Ukrainisch-Seins« und dessen Gleichsetzung mit dem »Europäisch-Sein« durch Konzepte von Rasse, Klasse, Geschlecht und Sexualität vermittelt. Ukrainische Selbstbestimmung wird von den lokalen Eliten zunehmend damit in Verbindung gebracht, sich als »weiße« und »europäische« »ukrainische Nation« in die »Festung Europa« einzugliedern. Das Konzept der »Selbstbestimmung«, einst eine Losung der internationalistischen, antikolonialen und antiimperialen revolutionären Linken, wird nunmehr instrumentalisiert und in der eurozentrischen Denkweise westlicher und ukrainischer Eliten von seinen kommunistischen und antifaschistischen

Wurzeln abgetrennt. Die Ironie ist, dass sich diese Umdeutung nicht stark unterscheidet von Putins eigenen Angriffen (vgl. Tugal 2022) auf die Selbstbestimmung der Ukraine, einem Land, das er abwertend mit den leninistischen Prinzipien des Antiimperialismus und Antikapitalismus verbindet.

Die neuere Osteuropa-Forschung, die sich mit Rassismus, Klassenverhältnissen und Imperialismus (und nur wenig mit Geschlecht und Sexualität) befasst, untersucht die vielfältigen Peripherisierungen verschiedener osteuropäischer und postsowjetischer Länder gegenüber »Europa«. Sie materialisieren sich im ungleichen Zugang dieser Nationen zu einem spezifischen »Weißsein«, im Zugang zur erfolgreichen Eingliederung in die kapitalistische Wirtschaft nach europäischen Maßstäben und der Zugehörigkeit zu den Gewinnern des Neoliberalismus, den »bürgerlichen«, westlichen, nicht kommunistischen Nationen. Das »Weißsein« der Osteuropäer*innen ist historisch stets kontingent gewesen. Während Varianten des »Europäertums« stilisiert werden, birgt jede Abweichung von den vermeintlichen Normen dieser Identität die Gefahr eines Statusverlusts mit entsprechenden materiellen Auswirkungen. Die Region und ihre Bewohner*innen sind zu prekären »Europäer*innen« gemacht worden, sei es durch enteignende IWF-Kredite, energiepolitische Maßnahmen, prekäre Arbeitsmöglichkeiten für Migrant*innen oder die Abhängigkeit von Auslandsüberweisungen.

Mein Anliegen ist es, Abstand zu nehmen vom Fokus auf militärisch-strategische Fragen, von Lagerdenken und methodischem Nationalismus, der viele Debatten zum Ukraine-Krieg prägt. Stattdessen will ich die Aufmerksamkeit auf eine Kritik der politischen Ökonomie und eine Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen ukrainischen Staat lenken, mit den rassifizierenden Elementen des ukrainischen Nationalismus, aber auch den alltäglichen Dynamiken der sozialen Reproduktion.

»GUTE EUROPÄER«

In den ersten Wochen nach dem russischen Einmarsch wurde die Welt Zeugin rassistischer Gewalt (Tondo/Akinwotu 2022) an den Grenzen der Ukraine zu Polen, Rumänien und Ungarn. Flüchtlingen aus Afrika, Südasien und Nahost sowie ukrainischen Roma (Popoviciu 2022) und Tausenden von internationalen Studierenden wurde der Grenzübertritt verwehrt. Mancherorts wurden sie von Ukrainer*innen, die Menschenketten bildeten, daran gehindert, Züge nach Westen zu besteigen. Internationale Journalist*innen prangerten dies an, gingen aber geschwind dazu über, Bilder von freundlichen freiwilligen Helfer*innen zu zeigen, die Spielzeug an ukrainische Kinder verteilen. In Nordamerika und Westeuropa erstrahlten unterdessen Einkaufszentren in den Farben Blau und Gelb. Auf der Webseite des Tech-Giganten Amazon kann man auf »Helfen Sie den Menschen in der Ukraine« klicken. Einige der größten Immobilienkonzerne Kanadas – die während der Pandemie die Mieten erhöht hatten – verständigten sich darauf, Ukrainer*innen kostenlosen, subventionierten Wohnraum anzubieten. Die Medien und westliche Politiker*innen schienen beschlossen zu haben, dass die Ukrainer*innen »gute«, »europäische« Bürger*innen sind. Rassismus wurde nicht als strukturelles Problem begriffen, sondern als Summe von Einzelfällen.

Der ukrainische Widerstand wird als heldenhaft und demokratisch gefeiert. *Gleichzeitig* werden nationale Selbstbestimmung und gewaltsamer Widerstand anderswo nicht im gleichen Maße gewürdigt, sondern als terroristisch verunglimpft. Warum ist das so? Sind die Bürger*innen in Afghanistan, in Syrien, im Irak, im Jemen, in Gaza und in Äthiopien nicht auch mit außergewöhnlichen Umständen konfrontiert? Bis Ende 2021 forderte allein der Konflikt im Jemen 377 000 Tote, davon fast 70 Prozent Kinder unter fünf Jahren. An der polnischen Grenze gab es für *diese* Frauen und Kinder kein Essen und Spielzeug, sondern Tränengas, Wasserwerfer, Polizeihunde und Stacheldraht. Gerade erst wurde Polens Grenze zu Weißrussland zur neuesten Frontlinie einer hochtechnologischen Überwachungs- und Abschreckungspolitik aufgerüstet. Im Oktober 2021 genehmigte die polnische Regierung die Errichtung eines 350 Millionen Euro teuren, bis zu 5,50 Meter hohen Sicherheitszauns mit hochmodernen Kameras und Bewegungssensoren, von denen Rüstungs- und Technologieunternehmen unmittelbar profitieren. Um russische Kriegsverbrechen in der Ukraine zu ahnden, haben das Vereinigte Königreich, Kanada und Frankreich dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) Gelder zukommen lassen. Für die Verfolgung von Kriegsverbrechen in Afghanistan, Syrien und im Irak, an denen auch polnisches und ukrainisches Militär beteiligt war, hat der IStGH hingegen Mühe, Mittel aufzutreiben. Hier offenbart sich der systemische Rassismus, der nicht nur die liberale Justiz, sondern auch die Verteilung von humanitärer Hilfe durchzieht (vgl. Alexander/Rozzelle 2022). Unter diesen Eindrücken beschreibt Ralph Wilde die Theatralik offizieller europäischer Sympathien für die Ukraine zum »soziopathischen, rassistischen Gaslighting der irakischen Bevölkerung« – und vieler anderer, die durch europäische und nordamerikanische Kriege enteignet worden sind.

So oft, wie in Medien von ukrainischen Molotowcocktails die Rede ist, kann man den Eindruck bekommen, der Krieg werde allein aufgrund der radikalen Selbstverteidigung der Bevölkerung gewonnen. Doch auch wenn der Mut und die kollektive Stärke enorm ausgeprägt sind, wird die Verteidigung doch ›von oben‹ (durch den Staatsapparat) geleitet und ›von außen‹ (durch ein gut finanziertes Heer) unterstützt, das von imperialistischen, kapitalistischen Interessen durchzogen ist. Wir müssen folglich unterscheiden zwischen den Interessen *der ukrainischen Bevölkerung* und den Interessen *des ukrainischen kapitalistischen Staates*. Letzterer hat die ukrainische Bevölkerung durch *Militarisierung und Austerität* seit 2014 kontinuierlich enteignet.

»Wir müssen folglich unterscheiden zwischen den Interessen der ukrainischen Bevölkerung und den Interessen des ukrainischen kapitalistischen Staates. Letzterer hat die ukrainische Bevölkerung durch Militarisierung und Austerität seit 2014 kontinuierlich enteignet.«

Vor Ausbruch der Feindseligkeiten hatte die Ukraine bereits 30 Prozent der sowjetischen Militärbestände geerbt und ihre Militärausgaben in den vorhergehenden zehn Jahren vervierfacht. Sie verfügt über fast 500 000 Soldat*innen – davon 250 000 in regulären Truppen und eine 250 000 Rekrut*innen starke Nationalgarde, darunter

neofaschistische Gruppen wie die Aidar- und Asow-Bataillone. Das Heer dürfte stärker sein als dasjenige der osteuropäischen NATO-Mitglieder und steht in der Region nur hinter der Türkei und Russland zurück. Die einheimische Rüstungsindustrie ist

»Die strengen Kürzungen der Sozialausgaben, auferlegt von internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF, umfassen die faktische Abschaffung von Brennstoffsubventionen, weitreichende Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung sowie eine umfassende Reform des Rentensystems.«

beachtlich; zusätzlich wurden der Ukraine in den letzten Monaten vonseiten der USA mehr als 1,7 Milliarden Dollar an »tödlicher Hilfe« zugesagt, zusätzlich zu den 2,5 Milliarden Dollar, die zwischen 2014 und 2021 gezahlt wurden – plus Ausbildungsleistungen und weitere Mittel anderer NATO-Verbündeter. Am 28. April genehmigte der US-Kongress 33 Milliarden Dollar für weitere militärische sowie für wirtschaftliche und humanitäre Hilfe. Wie die *New York Times* berichtet, sind das insgesamt 46,6 Milliarden Dollar, was mehr als zwei Dritteln des gesamten jährlichen Verteidigungshaushalts Russlands (65,9 Mrd. US-Dollar) entspricht. Die Verteidigung der Ukraine wird unter Berufung auf Roosevelts *Lend-Lease Act* von 1941 »lebenswichtig für die Verteidigung der Vereinigten Staaten« bezeichnet. Das zeigt die Eskalationsdynamik und das Interesse der USA an einem langwierigen Krieg. Zweifelsohne hat diese »Hilfe« dazu beigetragen, den russischen Vormarsch zu stoppen. Doch wie schlägt sich die Militarisierung im alltäglichen Leben der Arbeiter*innenklasse nieder, die versucht, über die Runden zu kommen?

»SOLLEN SIE DOCH KANONEN ESSEN!« NEOLIBERALE REFORMEN UND MILITARISIERUNG

Mit der 2014 einsetzenden Militarisierung gingen neoliberale Reformen einher: staatliche Ausgaben für die soziale Reproduktion wurden drastisch gedrosselt; die Einsparungen mit den »unumgänglichen Erfordernissen« der Kriegsanstrengungen gerechtfertigt und mit dem Aufruf, »Opfer für die Nation« zu bringen, normalisiert (vgl. Mathers 2020). Die strengen Kürzungen der Sozialausgaben, auferlegt von internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF, umfassen die faktische Abschaffung von Brennstoffsubventionen (die zu höheren Preisen für Gas, Heizung, Strom und Transportmittel geführt hat), weitreichende Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung sowie eine umfassende Reform des Rentensystems. Dies alles hat die Ungleichheit verschärft, sodass 67 Prozent der ukrainischen Haushalte im Jahr 2021 als »arm« galten.

Der soziale Kahlschlag erfolgte zeitgleich mit den 2015 eingeführten »Entkommunisierungsgesetzen« (Council of Europe 2015), mit denen kommunistische Parteien und Symbole verboten, Städte und Straßen aus der Sowjetzeit umbenannt und die Verfolgung linker Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen erleichtert wurde. Im Namen von Modernisierung und Europäisierung wurde der in der Verfassung verankerte Wohlfahrtsstaat reformiert, von dem nach der Schocktherapie der 1990er Jahre ohnehin wenig übrig geblieben war. Es wurden unter anderem die Geldstra-

fen für gesetzesbrüchige Arbeitgeber*innen herabgesetzt, der Arbeitsschutz dereguliert und das Rentensystem verändert sowie das Gesundheitswesen privatisiert. Die Ausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen und den öffentlichen Dienst wurden 2013 bis 2016 um jeweils über ein Drittel gekürzt. Die Enteignung durch *Austerität und Militarisierung* hat zu einer Feminisierung von prekärer Beschäftigung und Armut geführt.

Für die zwei Millionen Menschen, die bereits vor der aktuellen Eskalation durch den Krieg im Donbass vertrieben wurden, war soziale Reproduktion in den letzten acht Jahren schon nahezu unmöglich. Der ukrainische Staat stellte im November 2014 staatliche Dienstleistungen in den Separatistengebieten ein, inklusive der Rentenzahlungen. Viele ukrainische Bürger*innen, die zufällig auf der falschen Seite der Frontlinie wohnten, mussten erst die Grenze zu den ukrainisch kontrollierten Gebieten überschreiten, um ihre Rente zu erhalten. Im Jahr 2016 führte die ukrainische Regierung strenge Kontrollmaßnahmen ein, laut denen »Binnenvertriebene« alle zwei Monate in den von der Regierung kontrollierten Gebieten vorstellig werden mussten, um ihre Rentenberechtigung nicht zu verlieren. Viele ältere Menschen mussten alle 60 Tage bis zu 24 Stunden lang mit Bussen oder zu Fuß anreisen und in langen Schlangen ohne Obdach und ohne Toiletten warten, um ihre magere Rente von durchschnittlich 90 US-Dollar entgegenzunehmen. Allein zwischen Dezember 2018 und April 2019 starben 18 ältere Menschen während der schwierigen Reise. Laut Schätzungen der UNO verloren so insgesamt 400 000 Menschen den Zugang zu ihren Renten. Der ukrainische Pensionsfonds hat Schulden in Höhe von 86 Milliarden Griwna (etwa 3,5 Milliarden US-Dollar) bei diesen Rentner*innen angehäuft.

Auch Gewalt gegen Frauen hat durch den Krieg zugenommen. Mathers schreibt, »maskulinisierte Körper nehmen als Soldaten an Kampfeinsätzen teil. Wenn sie hinter die Front zurückkehren, um sich von den Verletzungen zu erholen, müssen sie aufgrund von Kürzungen der staatlichen Gesundheitsversorgung größtenteils in den Haushalten versorgt werden« (Mathers 2020, 1236). Im Jahr 2018 wurde in den von der Ukraine kontrollierten Teilen von Donezk und Luhansk ein Anstieg der gemeldeten Fälle von häuslicher Gewalt um 76 Prozent (bzw. gegenüber dem Durchschnitt der vorherigen drei Jahre um 158 Prozent) vermeldet. Angehörige des Militärs und der Polizei müssen nicht vor Zivilgerichten erscheinen und sind damit vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt.

MIGRANTISCHE ARBEIT, SOZIALE REPRODUKTION UND DAS »GRENZLAND DES WEISSSEINS«

Durch die neoliberalen Reformen der Schocktherapie durchliefen die Industrie, die öffentliche Infrastruktur und die qualifizierten Arbeitskräfte der postsowjetischen Ukraine einen Prozess ursprünglicher Akkumulation und bildeten ihre ganz eigene Variante des kapitalistischen Staates aus, eine neoliberale Kleptokratie (vgl. Ishchenko/Yurchenko 2019). In der Folge müssen ukrainische Mütter und Großmütter oftmals ihre Familien zurücklassen, um wie andere Osteuropäer*innen in den 1990er Jahren als migrantische Hausangestellte zu arbeiten (vgl. Hristova 2021). Für wohlhabende »wei-

ße Frauen« leisten sie in Italien, Deutschland, Polen, den USA und Kanada nun die soziale Reproduktionsarbeit. Seit 2014 ist ihre Zahl dramatisch angestiegen. Den Großteil ihres Einkommens überweisen sie nach Hause, um dort die Lücken der staatlichen Versorgung zu schließen und die Schäden durch Krieg und Militarisierung zumindest etwas zu kompensieren.

Im Jahr 2020 wurde die Zahl der im Ausland lebenden ukrainischen Arbeiter*innen auf 2,2 bis 2,7 Millionen geschätzt, was 13 bis 16 Prozent der Gesamtbeschäftigung im Land entspricht. Bis Ende Februar 2020

»Die Reproduktion der ukrainischen Arbeitskräfte ist für die EU-Länder sozusagen ›kostenlos‹, da sie im Heimatland aufgezogen, qualifiziert und versorgt wurden.«

stieg die Zahl der nach Polen geflüchteten Ukrainer*innen auf 1 390 978, davon 44 Prozent Frauen, die nun meist im prekären Pflegesektor beschäftigt sind. Die Ukraine ist (in absoluten Zahlen) der weltweit zehntgrößte Empfänger von Rücküberweisungen, diese machten 2020 etwa 9,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Die Rücküberweisungen decken in manchen Fällen zwischen 50 und 60 Prozent des Budgets der Empfängerhaushalte (vgl. Pieńkowski 2020). Die Reproduktion der ukrainischen Arbeitskräfte ist für die EU-Länder sozusagen »kostenlos«, da sie im Heimatland aufgezogen, qualifiziert und versorgt wurden, und auch jetzt verursachen sie wenig Kosten, da sie von staatlichen Leistungen der EU ausgeschlossen sind.

Die soziale Reproduktion von EU-Bürger*innen und ukrainischen Arbeiter*innen ist in ko-konstitutive Dynamiken von Geschlecht, Rasissmus und Klassenverhältnissen verstrickt. Dahinter steht zudem die vermeintliche »Bedrohung« durch nichtweiße Flüchtlinge. Die geschlechtsspezifische Arbeit »produziert die Nation« und formt die Grenzen Europas, denn wie Krivonos und Diatlova argumentieren, »[entsteht] Europa [...] durch den symbolischen Austausch von Frauen und ihrer Reproduktionsarbeit zwischen Ost und West« (2020, 120). Die mitteleuropäische Antimigrationsrhetorik gegenüber dem globalen Süden erscheint besonders paradox, wenn man betrachtet, wie stark diese Region von der Migration aus dem Osten, einschließlich der Ukraine, profitiert. Obwohl auch polnische Frauen als Hausangestellte in westeuropäischen Ländern beschäftigt sind, »spielen sich polnische Arbeitgeber*innen gegenüber ukrainischen Hausangestellten oft als paternalistische Vertreter*innen westlicher Werte und Lebensstile auf« (Safuta 2018, 225). Weißsein basiert also nicht auf einer Dichotomie, sondern einem Gefälle. Abstufungen dieses »peripheren Weißseins« bzw. der Nähe zu Europa bewegen sich von Brüssel nach Warschau, von Warschau nach Lviv, von Lviv nach Donezk. Die Rassifizierung osteuropäischer Frauen in der Pflege- und Hausarbeitsbranche hat konkrete politisch-ökonomische Funktionen, die eingebettet sind in die Kommodifizierung der Pflege im neoliberalen Westeuropa und die kontinuierliche Feminisierung von Armut in Osteuropa, die in der Ukraine besonders eng mit der militarisierten Austerität nach 2014 zusammenhängt.

Auch die ukrainischen Angebote in der assistierten Reproduktionstechnologie (»Repro-Tourismus«) sind stark von transnationalen Netzwerken, Klasse und Rassifizierung abhängig. Sie zielen auf die biologische Reproduktion »weißer« europäischer Babys durch »ärmere« weiße Reproduktionsarbeiterinnen. So genießt die »Leihmutterschaftindustrie« in der Ukraine einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der indischen oder thailändischen, da ihre Reproduktionsarbeiterinnen als weitgehend »weiß« und »europäisch« gelten. Der ukrainische Staat erhebt zwar keine offiziellen Statistiken, doch mit schätzungsweise jährlich 2 000 bis 3 000 Leihmutterschaftsbabys ist das Land womöglich international führend in der Branche. Während sich die Kosten für die zukünftigen Eltern auf 38 000 bis 45 000 US-Dollar belaufen, erhalten die Leihmütter nur 300 bis 400 US-Dollar monatlich und ca. 15 000 US-Dollar am Ende der Schwangerschaft.

Zu Beginn der Invasion erwarteten rund 800 Paare ein Kind von einer Leihmutter in der Ukraine (vgl. Coles 2022). Infolge des Einmarsches sind Leihmütter, Krankenschwestern und Kinder nun erneut in einer schwierigen Lage. Die Leihmütter werden in eine Situation gebracht, in der sie das Kind über die vereinbarte Vertragszeit hinaus betreuen, jedoch lange auf die Bezahlung warten müssen. Einige von ihnen waren nicht in der Lage, zu fliehen, da sie fürchten mussten, sich in anderen Ländern laut Gesetz als Vormund der Babys registrieren zu müssen. Das Beispiel zeigt, wie reichere westliche Länder Reproduktionsarbeit in die Peripherie auslagern – wobei in diesem Fall die Arbeiterin gar nicht erst in die EU einzuwandern braucht. Im Jahr 2018 erzeugte der Leihmutterschaftsmarkt in der Ukraine Einnahmen von über 1,5 Milliarden US-Dollar, allerdings werden der Leihmutter weder Schwangerschaft noch Geburt bei der Rentenberechnung angerechnet (vgl. Lamberton 2020). Auf der anderen Seite verlässt sich die Branche auf die »kostenlose« soziale Reproduktion der Leihmutter in der Ukraine sowie auf die Care-Infrastruktur des Landes, die noch weitgehend aus der Sowjetzeit stammt. Ukrainische Leihmütter riskieren, dass ungewollte Kinder, insbesondere solche mit Behinderungen, von den Kund*innen abgelehnt werden (vgl. ebd.).

Ukrainische Eizellenspenderinnen und Leihmütter »werden in den Diskursen der Kliniken und Vermittlungsagenturen als Trägerinnen des Weißseins […] und der Weiblichkeit konstruiert (Vlasenko 2015, 202). So heißt es auf der BioTextCom-Webseite in der Rubrik »Über uns«: »Willkommen bei der größten europäischen Typenspenderinnen-Datenbank.

»Auch die ukrainischen Angebote in der assistierten Reproduktionstechnologie sind stark von transnationalen Netzwerken, Klasse und Rassifizierung abhängig. Sie zielen auf die biologische Reproduktion ›weißer‹ europäischer Babys durch ›ärmere‹ weiße Reproduktionsarbeiterinnen.«

Der ukrainische Genpool gilt als der beste für Unfruchtbarkeitsbehandlungen.« Dabei werden Ukrainerinnen nicht nur als explizit europäisch und besonders fruchtbar charakterisiert, sondern es wird auch impliziert, dass sie Leihmüttern aus dem globalen Süden vorzuziehen seien – ganz zu schweigen von der Homogenisierung von Ukrainer*innen, die diese Zuschreibungen transportieren. Die

Beschreibung der Eizellspenderinnen auf der Datenbank-Webseite ist kategorisiert nach »Schönheit, Intellekt, Gesundheit, Menschlichkeit« – in genau dieser Reihenfolge. Dort heißt es: »Manche sagen, die Schönheit ukrainischer Frauen sei auf die zahlreichen Eroberungen und Umsiedlungen zurückzuführen, die zu einer reichen genetischen Mischung geführt hätten [...]. Expert*innen und Liebhaber*innen weiblicher Schönheit [äußern] einstimmig, ukrainische Frauen seien die schönsten der Welt, sofern wir vom europäischen Erscheinungstyp ausgehen. Ein normaler Körperbau und ein normales Körpergewicht, helle Augen, Haare und Haut, feine Gesichtszüge sprechen für ukrainische Spenderinnen.«

Um die seit 2014 zunehmende Feminisierung von prekärer Arbeit und Armut in der Ukraine zu verschleiern, versichert BioTextCom, die meisten Spenderinnen stammten aus der »Mittelschicht« und ihre Motivation sei in erster Linie Wohltätigkeit – anders als im globalen Süden, wo Armut das Hauptmotiv sei. Dies entspricht nicht der Wahrheit. In Interviews gaben einige ukrainische Leihmütter an, dass sie durch den Krieg in der Donbass-Region vertrieben worden seien, während es anderen darum ginge, ihr geringes Einkommen aufzubessern (vgl. Vlasenko 2020). Offensichtlich ist die »Ukraine« mit der Produktion jenes Weißseins beschäftigt, in dessen Grenzland sie sich befindet – ihre billige Reproduktionsarbeit dient auch dazu, eine Grenze um die europäische Zivilisation aufrechtzuerhalten.

DIE WELT FEUERT DIE UKRAINE AN

Schlagen wir den Bogen: Wenn wir in den Nachrichten hören, dass »die Ukraine einen europäischen Krieg führt« oder »Europa verteidigt« und die fliehenden »armen weißen« Frauen und Kinder gegenüber anderen bevorzugt werden, dann erhält die Ukraine in der globalen Imagination das Attribut des »Weißseins«. Die Mythologien von einer westlichen Zivilisation ermöglichen und bedingen »die Aufforderung, sich zu europäisieren bzw. ›nach Europa zurückzukehren‹. Und diese Europäisierung ist zugleich eine Markierung (Verkündung) *und* eine Entmarkierung (Naturalisierung) des Weißseins der Ukrainer*innen.« (Husakouskaya/Gressgård 2020, 76) Paradox daran ist: Europa als solches existiert nur durch die Ausbeutung der globalen Arbeiter*innenklasse, die Enteignung von Ressourcen und die heutigen neoliberalen Wirtschaftsreformen – es wird durch feminisierte Arbeit am Leben gehalten. Dazu gehören auch billige Arbeitskräfte aus der Ukraine, die im Vergleich zu Arbeitsmigrant*innen aus dem globalen Süden noch relativ »privilegiert«, aber keineswegs so privilegiert sind wie die westlichen Mittelschichten.

W.E.B. DuBois' Konzept des »psychologischen Lohns« des Weißseins verdeutlicht, wie Rasse und Klasse bei der Herausbildung der armen weißen Arbeiter*in zusammenspielen: »Es muss daran erinnert werden, dass weiße

»Offensichtlich ist die ›Ukraine‹ mit der Produktion jenes Weißseins beschäftigt, in dessen Grenzland sie sich befindet – ihre billige Reproduktionsarbeit dient auch dazu, eine Grenze um die europäische Zivilisation aufrechtzuerhalten.«

Arbeiter*innen zwar einen niedrigen Lohn erhielten, aber durch eine Art öffentlichen und psychologischen Lohn entschädigt wurden. Sie wurden in der Öffentlichkeit mit Ehrerbietung und Höflichkeitstiteln bedacht, weil sie weiß waren.« (Du Bois 1935, 700)

Der vom ukrainischen Staat und liberalen Eliten konstruierte, im Westen überaus begrüßte ukrainische Nationalismus als Prozess einer »Rückkehr nach Europa« ist in historisch ungleiche, geschlechtsspezifische und rassifizierte Verhältnisse des globalen Kapitalismus verstrickt. Die ohnehin verarmte ukrainische Bevölkerung muss zusätzlich die Kriegsanstrengungen mit ihrer Care-Arbeit subventionieren. Die Kosten des Krieges und der Verteidigung werden vergesellschaftet, zulasten der Lebensgrundlagen der Menschen.

Was ist unter Selbstbestimmung der Ukraine zu verstehen? Wen repräsentiert, wen umfasst »die Ukraine« überhaupt? Wie wird sich der Widerstand gegen den russischen Imperialismus angesichts von Militarisierung, Nationalismus und Austerität nach einem Ende des Krieges artikulieren? Kann er sich in eine Solidarisierung von antiimperialistischen und antikapitalistischen Kämpfen im globalen Süden übersetzen? Dies würde erfordern, die Ukraine neu zu denken, nämlich als ein antirassistisches, pluralistisches und sozialistisches Projekt von unten. Das geht nicht ohne eine Kritik des Eurozentrismus. Darum muss die Losung sein: Sieg für die arbeitenden Menschen in der Ukraine, Solidarität mit der russischen Antikriegsbewegung!

Der Artikel erschien in einer längeren Version bei LeftEast. *Aus dem Englischen von Max Henninger.*

LITERATUR

Alexander, Jessica/Rozzelle, Josie, 2022: Is Ukraine's aid bonanza coming at the expense of other crises?, in: The New Humanitarian, 24.3.2022

Baker, Catherine/Kościańska, Agnieszka/Iacob, Bogdan/Mark, James, 2019 Historicizing »Whiteness« in Eastern Europe and Russia. Tagungsbericht, 25.–26.6.2019, Bukarest, in: H-Soz-Kult, 17.10.2019, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8478

Coles, Isabel, 2022: Ukraine is a World Leader in Surrogacy, but Babies are Now Stranded in a War Zone, in: The Wall Street Journal, 12.3.2022

Du Bois, W.E.B., 1935: Black Reconstruction in America, 1860–1880, New York

Hristova, Tsvetelina, 2021: How Capitalism Erases the Human Costs of Post-1989 Transitions, in: LeftEast, 15.12.2021

Husakouskaya, Nadezhda/Gressgård, Randi, 2020: Europeanization as Civilizational Transition from East to West: Racial Displacement and Sexual Modernity in Ukraine, in: Intersections 3/2020, 74–96

Ishchenko, Volodymyr/Yurchenko, Yulia, 2019: Ukrainian Capitalism and Inter-Imperialist Rivalry, in: Ness, Immanuel/Cope, Zak (Hg.), The Palgrave Encyclopedia of Imperialism and Anti-Imperialism, London

Krivonos, Daria/Diatlova, Anastasia, 2020: What to Wear for Whiteness? ›Whore‹ Stigma and the East/West Politics of Race, Sexuality and Gender, in: Intersections 3/2020, 116–132

Lamberton, Emma, 2020: Lessons from Ukraine: Shifting International Surrogacy Policy to Protect Women and Children, in: Journal of Public & International Affairs, Princeton University

Mathers, Jennifer G., 2020: Women, war and austerity: IFIs and the construction of gendered economic insecurities in Ukraine, in: Review of International Political Economy 6/2020: 1235–1256

Pieńkowski, Jerzy, 2020: The Impact of Labour Migration on the Ukrainian Economy. European Commission Discussion Paper 123

Popoviciu, Andrei, 2022: Ukraine's Roma refugees recount discimination en route to safety, in: Al Jazeera, 7.3.2022

Safuta, Anna, 2018: Fifty Shades of white: Eastern Europeans' »peripheral whiteness« in the context of domestic services provided by migrant women, in: Tijdschrift voor Genderstudies 3/2018: 217–231

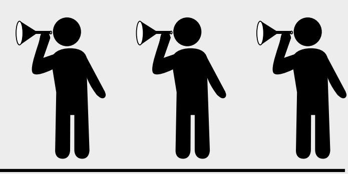
Tondo, Lorenzo/Akinwotu, Emmanuel, 2022: People of colour fleeing Ukraine attacked by Polish nationalists, in: The Guardian, 2.3.2022

Tugal, Cihan, 2022: Putin's Invasion: Imperialism after the epoch of Lenin and Wilson, LeftEast, 6.3.2022, https://lefteast.org/putins-invasion-imperialism-after-the-epoch-of-lenin-and-wilson/

Vlasenko, Polina, 2015: Desirable bodies/precarious laborers: Ukrainian egg donors in context of transnational fertility, in: Kantsa, Venetia/Zanini, Giulia/Papadopoulou, Lina (Hg.), (In)Fertile Citizens. Anthropological and Legal Challenges of Assisted Reproduction Technologies, University of the Aegean, 197–217

Vlasenko, Polina, 2020: Ukraine's surrogate mothers struggle under quarantine, 10.6.2020, www.opendemocracy.net/en/odr/ukraines-surrogate-mothers-struggle-under-quarantine/

WAS WAR & WAS IST



KRISE UND SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

AUFTAKT DES GRADUIERTENKOLLEGS, 30. JUNI 2022 IN BERLIN

Eine ökologische Modernisierung wird die drastischen Auswirkungen des Klimawandels nicht verhindern können und erschwert eine sozial gerechte Anpassung an dessen nicht mehr vermeidbare Folgen. Politische Akteure, die eine Verbindung von ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit anvisieren, sollten in dieser Lage auf offene Ohren stoßen und bleiben doch randständig.

Im Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung erforschen seit Oktober 2021 Promotionsstipendiat*innen die gesellschaftlichen und politischen Dimensionen der ökologischen Krise sowie die Voraussetzungen und Perspektiven einer sozial-ökologischen Transformation. Zum Auftaktpodium des Kollegs, das coronabedingt erst am 30. Juni dieses Jahres stattfand, waren Vertreter*innen aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und sozialen Bewegungen eingeladen, um gemeinsam zu diskutieren, wie eine kritische Forschung dazu beitragen kann. Es nahmen teil: Sabrina Fernandes, Soziologin und ökosozialistische Aktivistin aus Brasilien, Norbert Reuter, Bereichsleiter der tariflichen Grundsatzabteilung von ver.di, Markus Wissen, Sprecher des Kollegs und Professor für Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, und Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

VIDEODOKUMENTATION:
www.rosalux.de/dokumentation/id/46791

DIE WAFFEN NIEDER!

ONLINE-DOSSIER DER STIFTUNG ZUM UKRAINE-KRIEG

Der russische Angriff auf die Ukraine hat uns wieder einmal gezeigt, wie verletzlich die Friedensordnung in Europa ist. Auch die Linke braucht neue Antworten auf die Frage, wie ein stabiler, positiver Frieden erreicht werden kann – und wie ein Weg zu einer kooperativen Sicherheitspolitik angesichts aggressiver, imperialistischer Nachbarn aussehen könnte.

Das Dossier, das regelmäßig um aktuelle Beiträge ergänzt wird, liefert Hintergrundmaterial für eine Diskussion über mögliche wirtschaftliche und diplomatische Mittel als Alternative zu Waffenlieferungen und weiterer Eskalation. Auch in Zeiten des völkerrechtswidrigen russischen Kriegs in der Ukraine ist das langfristige Ziel eines kooperativen Sicherheitssystems in Europa immer noch richtig.

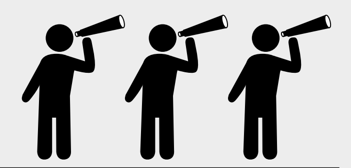
WEBSITE: www.rosalux.de/die-waffen-nieder/

L!NX – DIE NEUE BILDUNGSPLATTFORM

L!nx ist da – die neue Lernplattform der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es ist ein Ort für Selbstlerner*innen und Multiplikator*innen, die sich kritisches Grundlagenwissen über wichtige politische und soziale Debatten multimedial und interaktiv aneignen wollen. Das breite Themenspektrum reicht von Globalisierung und Handel über Geschichte und Kultur, Wirtschaft und Arbeit, Migration, Antirassismus und Antifaschismus bis hin zu Organizing, Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität. Ob interaktive Karten über Flucht und Vertreibung, Erklärvideos oder das Quiz zu feministischen Ikonen – auf L!nx kann man zwischen vielen verschiedenen Formaten auswählen. Damit werden niedrigschwellige Zugänge zu komplexen Inhalten geschaffen. Zudem bieten die dort zu findenden Materialien Unterstützung für Multiplikator*innen bei der Weitergabe von Wissen in Workshops und Seminaren. Auch eine englische Version soll demnächst gelauncht werden.

WEBSITE: https://linx.rosalux.de/

WAS KOMMT



»GRÜNES WACHSTUM« AUF DEM PRÜFSTAND

VORTRAG UND DISKUSSION, 2. NOVEMBER 2022 IN AACHEN

»Der Green Deal der EU-Kommission führt das wachstumsorientierte Wirtschaftsmodell fort – unter fadenscheinigen grünen Vorzeichen. Für eine wirkliche Transformation müssten Politik und Gesellschaft die endlichen planetaren Ressourcen der Marktlogik entziehen.« Zu diesem nüchternen Ergebnis kommt die

Ökonomin Birgit Mahnkopf in einer ihrer jüngsten Veröffentlichungen. Die Vordenkerin der globalisierungskritischen Bewegung wird die Versprechen »grünen Wachstums« und eines »Green New Deals« kritisch analysieren und die Bedingungen benennen, unter denen Umwelt- und Klimakrise noch unter Kontrolle gebracht werden können.
Die Veranstaltung findet im Haus der evangelischen Kirche statt und ist Teil der Reihe »Einwände!« der Volkshochschule Aachen in Zusammenarbeit mit Attac Aachen, dem LOGOI-Institut, der Bischöflichen Akademie Aachen, dem Evangelischen Erwachsenenbildungswerk im Kirchenkreis Aachen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW sowie dem Eine Welt Forum Aachen e.V.

INFOS UND ANMELDUNG:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/IYEK7/

AN ALLEM ZWEIFELN UND SAGEN, WAS IST

FEMINISTISCHE HERBSTAKADEMIE, 18. NOVEMBER 2022 IN BIELEFELD

»Gelobt sei der Zweifel!«, sagt Brecht und rät uns, diesen zu begrüßen. In unserer Zeit sind fragende Zweifel und Ohnmacht bestimmend geworden. Alle erleben in ihrem privaten, beruflichen und politischen Alltag die vielgestaltigen Krisen und das Versagen der herrschenden Verhältnisse. Gleichzeitig wird die marxistisch-feministische Utopie, das Leben in den Mittelpunkt zu stellen, von Krieg und Kapital verhöhnt wie lange nicht mehr. Erschöpft vom neoliberalen Hamsterrad und vom Hurrageschrei stellt sich die Frage: Wie handlungsfähig werden angesichts von Krieg, drohender Eskalation und Klimakatastrophe? Wie kann es gelingen, neue Abwertungen, Spaltungen, Marginalisierungen und Retraditionalisierungen von Geschlechterrollen zu verhindern? Offensichtlich braucht es kluge Ideen, subversive Strategien und starke Bündnisse. Daran soll auf der Feministischen Herbstakademie gearbeitet werden.
Die Herbstakademie für Frauen im Bunten Haus in Bielefeld wird veranstaltet vom Institut für Kritische Theorie Berlin, vom ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst (ver.di IMK) und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW.

PROGRAMM UND ANMELDUNG:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/ZGSW4/

SORGENDE STÄDTE: CARE-ARBEIT VERGESELLSCHAFTEN, WO SIE STATTFINDET

KONFERENZ, 20. BIS 22. JANUAR 2023 IN BREMEN

Das Leben ins Zentrum stellen! Diese Forderung feministischer Bewegungen ist so umfassend, wie die eskalierenden Krisen, denen sie begegnen müssen. Immer mehr Menschen können ihren Alltag nur unter Stress bewältigen. Niedrige Löhne, entgrenzte Arbeit und steigende Mieten treffen Frauen in besonderer Weise. Sie kompensieren zu Hause, was durch kaputtgesparte soziale Infrastrukturen wegbricht. Nicht selten bedeutet hohe Sorgeverantwortung auch Armut und soziale Isolation. Was lässt sich tun gegen die fortschreitende Inwertsetzung des Lebens? Wie könnte eine Ökonomie beschaffen sein, die das Wohl der Vielen zum Ziel hat und jede Arbeit wertschätzt? Und wie können Institutionen aussehen, in denen viele verschiedene Bedürfnissen zu ihrem Recht kommen?
In Spanien haben linke Stadtregierungen einen Umbau der Sorgeverhältnisse zum Maßstab kommunaler Politik gemacht. Auch hierzulande könnten »Sorgende Städte« Kämpfe verbinden, konkrete Verbesserungen im Alltag erreichen und gleichzeitig eine grundlegende Gesellschaftsveränderung einleiten.
Die zweitägige Konferenz öffnet Räume, um über eine Vergesellschaftung von Sorge zu diskutieren, und stellt Einstiegsprojekte zur Debatte. Wie kommen wir über die Rekommunalisierung der Altenpflege hin zu einer Transformation der Klassen- und Geschlechterverhältnisse? Können Gesundheits- und Sorgezentren die Nachbarschaften und Haushalte stärken? Wie kann gute Sorge auch für diejenigen gewährleistet werden, die oft an den Rand gedrängt sind? Und welche staatlichen Institutionen gilt es dafür zu erobern und zu verändern?

PROGRAMM: www.rosalux/veranstaltung/es_detail/8DP1U

KLIMABEWEGUNG UND IHRE GEGNER*INNEN

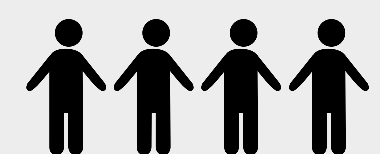
REIHE SALON BILDUNG, 8. DEZEMBER 2022 IN BERLIN

An der Spitze der internationalen Klimagerechtigkeitsbewegung stehen vor allem junge Frauen. Lässt sich daraus auch eine besondere Bedeutung von Geschlechterverhältnissen innerhalb dieser Bewegung ableiten? Und ergeben sich hieraus besondere Chancen für bewegungsübergreifende Allianzen? Anhand wissenschaftlicher Analysen der Geschlechterverhältnisse in der jungen Generation der Klimagerechtigkeitsbewegung will der Beitrag von Anja Spatzier zu einer

wirksamen Politisierung von Krisenphänomenen und deren Verschränkungen anregen.
Im zweiten Beitrag des Abends wird Julian Niederhauser seine Untersuchungen zu exkludierenden Haltungen und autoritären Diskursen in der Klimakrise vorstellen. So alt wie das Wissen über den menschengemachten Klimawandel sind auch die Versuche, diese Erkenntnisse zu torpedieren. Fossile Konzerne und konservative Thinktanks haben den klimawissenschaftlichen Konsens über Jahrzehnte öffentlichkeitswirksam als zweifelhalft erscheinen lassen. Etliche rechtspopulistische Parteien haben die Klimakrise als politischen Kampfplatz erkannt. Sie mobilisieren etwa gegen Kohleausstieg oder Mobilitätswende und warnen vor einer »Öko-Diktatur«.
Ania Spatzier und Julian Niederhauser sind Promotionsstipendiat*innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation«. Ihre Arbeiten sollen in der Reihe »Salon Bildung« am 8. Dezember vorgestellt und diskutiert werden.

WEITERE INFOS:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/QLD3H/

MIT WEM



IST RECHT EIGENTLICH GEIL?
KONGRESS KRITISCHER JURIST*INNEN, 1. BIS 3. JULI 2022 IN WÜRZBURG

Recht konfrontiert uns mit Ge- und Verboten, mit Sollens- und Dürfenssätzen. Dabei tritt es in seiner Ambivalenz stets gleichzeitig als Herrschafts- und Emanzipationsinstrument auf.
Als Herrschaftsinstrument stabilisiert es dominante Interessen – es verfestigt, normalisiert und objektiviert sie. Als Emanzipationsinstrument ermöglicht das Recht den Einzelnen, individuell und kollektiv Interessen durchzusetzen. Insofern ist es gerade für diejenigen, denen innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges keine effektiven außerrechtlichen Instrumente für ihre Interessenswahrnehmung zur Verfügung stehen, notwendig. Aktivist*innen müssen sich die Fragen stellen: Wann kämpfen wir mit, wann um und wann gegen das Recht? Unterm Strich: Ist Recht wichtig, oder anders gefragt: Finden wir Recht eigentlich geil?
Der Bundeskongress des Arbeitskreises Kritische Jurist*innen ging der Ambivalenz von Recht als Herrschafts- und zugleich Emanzipationsinstrument nach. Er fand in Kooperation des Arbeitskreises Kritische Jurist*innen Würzburg mit der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e. V. und dem Kurt-Eisner-Verein/Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern statt.

INFOS: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/CCEDA/

UPDATE VERFÜGBAR
BILDUNGSMATERIAL ZU DIGITALISIERUNG

Digitale Technik verändert nicht nur unseren Alltag, sondern auch die Arbeitswelt und die Wirtschaft als Ganze: Märkte für Waren und Dienstleistungen wandeln sich, neue Arbeitsverhältnisse entstehen. Daten, wie Menschen sich im Internet und außerhalb bewegen, sind die neuen Rohstoffe für eine Ökonomie, in der große Technokonzerne aus dem globalen Norden eine mächtige Rolle spielen.
Das Bildungsmaterial beschäftigt sich damit, welche oft ambivalenten Auswirkungen die Digitalisierung auf Gesellschaften hat und wie digitale Technik demokratischer und sozial-ökologisch gerechter gestaltet und genutzt werden kann. Angelehnt an den Ansatz des digitalen Fußabdrucks thematisieren die Methoden die ökologischen und sozialen Kosten der Produktion, Nutzung und Entsorgung digitaler Geräte, deren globale Zusammenhänge sowie die Auswirkungen auf das Arbeiten für digitale und mit digitaler Technik. Die Methoden vermitteln grundlegendes Wissen und sollen dazu anregen, Veränderungen und Kontinuitäten im digitalisierten Kapitalismus zu verstehen und zu hinterfragen. Sie wollen Menschen im Sinne einer kritisch-emanzipatorischen Bildung bei Entscheidungen rund um digitale Technik im Alltag und im politischen Handeln unterstützen.
Die Materialien wurden entwickelt als Kooperationsprojekt zwischen dem Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V., Attac, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

MEHR INFOS:
www.endlich-wachstum.de/kapitel/digitalisierung/

WER SCHREIBT



KRIEGSGEWINNE BESTEUERN

STUDIE ZUR DEBATTE UM ÜBERGEWINNSTEUERN

Russischer Angriffskrieg, Lieferengpässe, heftige Energiepreisschocks – die Inflation ist hierzulande erkennbar gestiegen und stürzt Menschen mit wenig Geld schon jetzt in große soziale Not. Auch Teile der Mittelschicht erleben eine deutliche finanzielle Belastung. Die Einführung einer Übergewinnsteuer erscheint hier als sinnvolles politisches Instrument, um durch Abschöpfung exorbitanter Kriegsgewinne großer Mineralölkonzerne und Stromproduzenten Mittel für verteilungspolitische Spielräume zu generieren, die für soziale Entlastungen sowie dringend benötigte Investitionen in eine bessere Zukunft eingesetzt werden können.
Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung beauftragte Studie »Kriegsgewinne besteuern. Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern« des Netzwerks Steuergerechtigkeit legt Berechnungen vor, nach denen sich auf der Grundlage der Verbrauchswerte in Deutschland im Jahr Extraprofite von rund 110 Milliarden Euro jährlich für die Mineralölkonzerne und Stromproduzenten ergeben. Diese Übergewinne könnten – je nach Ausgestaltung und Steuersatz (25, 50 oder 90 Prozent) – der öffentlichen Hand Einnahmen von rund 30 bis 100 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Spanien und anderen europäischen Staaten zeigen, dass man eine nationale Übergewinnsteuer sehr wohl einführen kann.
Die Studie führt diese Debatte fort und verbreitert sie. Sie liefert wichtige Daten und erklärt, auf welchen Grundlagen unsere Nachbarländer ihre Übergewinnsteuern erheben und wo die Vor- und Nachteile der verschiedenen Modelle liegen. Schließlich entkräftet die Publikation einige der am häufigsten vorgebrachten Argumente gegen eine Übergewinnsteuer.

DOWNLOAD: www.rosalux.de/publikation/id/46854

LINKE MIT POTENZIAL

BROSCHÜRE ZU KRISE UND MÖGLICHKEITEN DER LINKSPARTEI

Die Lage der Partei DIE LINKE ist durch einen Widerspruch geprägt: Sie verfügt über ein starkes Wähler*innenpotenzial und ist doch schwach. Dieses Potenzial liegt bei knapp einem Fünftel der Wahlbevölkerung. Ihre sozialen Forderungen wie die, den Pflegenotstand zu beenden und Krankenhäuser gemeinnützig auszurichten, die Mieten bezahlbar zu machen, eine Mindestrente von 1 200 Euro einzuführen und den öffentlichen Nah- und Fernverkehr im Rahmen neuer Mobilitätskonzepte zu fördern, werden breit unterstützt. Trotzdem haben sich viele, die die Partei in der Vergangenheit gewählt haben, von ihr abgewandt. Sie ist in wesentlichen Teilen der Gesellschaft kaum oder gar nicht präsent. Ihre Vielstimmigkeit und Uneindeutigkeit in zentralen Fragen (Migration, Klima, Corona etc.) ist ein Grund für diesen Widerspruch. Die Autor*innen der Broschüre »Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht!« benennen zehn Herausforderungen, denen sich die Partei bei ihrem Erneuerungsprozess stellen muss, wenn sie die Kluft zwischen dem Potenzial einer linkssozialistischen Kraft in Deutschland und der Umsetzung dieses Potenzials in Gestaltungsmacht schließen will.

DOWNLOAD: www.rosalux.de/publikation/id/46613/

STUDIE ZUM WÄHLER*INNENPOTENZIAL DER LINKEN

Hat die Partei DIE LINKE ihr Wähler*innenpotenzial verloren? Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen scheinen dies zu bestätigen. Eine repräsentative Befragung im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt jedoch: Potenzial ist nach wie vor vorhanden – und dies nicht nur in Städten und im urbanen Raum, sondern auch in kleineren Orten. Insbesondere bei Personen mit niedrigem Einkommen, die sich jedoch deutlich seltener an Wahlen beteiligen als der Durchschnitt. Auch in urbanen, sozial-ökologischen Milieus gibt es ein hohes Potenzial, das derzeit vor allem von den Grünen abgeschöpft wird. Eine deutliche Mehrheit wünscht sich, dass DIE LINKE Beschäftigung bzw. Gute Arbeit und Klimaschutz als gleichrangige Herausforderungen behandelt und das Soziale und Ökologische systematisch miteinander verbindet. Ausschlaggebend für die mögliche Wahl seien vor allem der Einsatz für soziale Gerechtigkeit und überzeugende Konzepte.

DOWNLOAD: www.rosalux.de/publikation/id/46565/

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Riccardo Altieri, Bernd Hüttner, Florian Weis (Hrsg.)

«WENN DU AUSGEGRENZT WIRST, GEHST DU ZU ANDEREN AUSGEGRENZTEN»

Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken (Band 2)

luxemburg beiträge Nr. 13
135 Seiten, Broschur, September 2022
ISSN 2749-0939

 Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46948



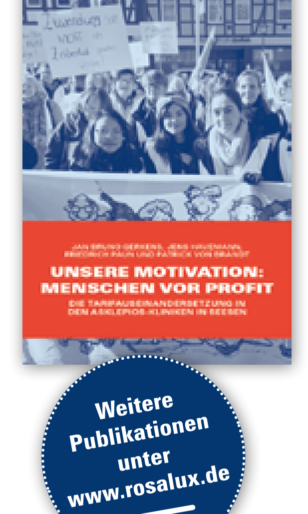
Nelli Tügel, Jan-Ole Arps

«ENTEIGNUNG SCHAFFT KEINE EINZIGE WOHNUNG»

Mythen und Fakten zur Vergesellschaftung von Wohnraum

luxemburg argumente Nr. 20
60 Seiten, Broschur, Juli 2022
ISSN 2193-5831

 Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46758



Jan Bruno Gerkens, Jens Havemann, Friedrich Paun, Patrick von Brandt

UNSERE MOTIVATION: MENSCHEN VOR PROFIT

Die Tarifauseinandersetzung in den Asklepios-Kliniken in Seesen

luxemburg beiträge Nr. 12
48 Seiten, Broschur, Juli 2022
ISSN 2749-0939

Download und Bestellung unter: 
www.rosalux.de/publikation/id/46795

Weitere Publikationen unter www.rosalux.de





Arbeitsgruppe «Zukunft der Partei DIE LINKE» (Hrsg.)

EINE STARKE PARTEI DIE LINKE IST MÖGLICH UND WIRD GEBRAUCHT!

Zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch

39 Seiten, Broschur, Mai 2022
ISBN 978-3-948250-52-2

 Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46613

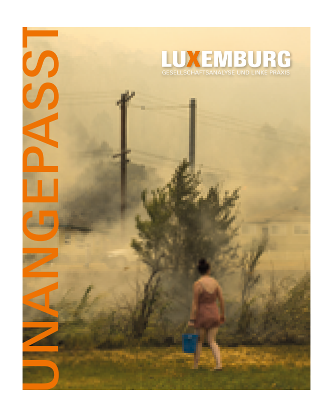
Jochen Weichold

DER AUFSTIEG DER NEUEN PARTEI DIE LINKE

Die Anfangsjahre der Partei DIE LINKE von 2007 bis 2009

MANUSKRIPTE – Neue Folge 33
192 Seiten, Broschur, Mai 2022
ISSN 2194-864X

 Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46629



2/2022 UNANGEPASST
Die Zukunft wird uns mehr Hitzewellen, Extremwetter und Umweltkrisen bringen. Vielerorts ist die Heißzeit bereits Realität. In der Politik scheint dies noch nicht angekommen zu sein, wir sind an die enormen Herausforderungen des Klimawandels vollkommen UNANGEPASST. Zeit, eine längst überfällige Debatte anzustoßen und die Möglichkeiten linker Politik auszuloten: Wie sehen unsere Städte in 30 Jahren aus? Zahlt der globale Norden für seine »Klimaschulden«? Wie könnte eine solidarische Anpassung aussehen? Kurz: Für welche Zukunft lohnt es sich zu kämpfen?

BEITRÄGE VON: Sybille Bauriedl | Ulrich Brand | Nick Buxton |Alex Demirović | Barbara Fried | Dorothee Häußermann | Kai Imsande | Imeh Ituen | Rhonda Koch | Steffen Kühne | Tetet Nera-Lauron | Onke Ngcuka | Nick Reimer | Hannah Schurian | Ingo Tebje | Katja Voigt | David Samuel Williams | Markus Wissen | Uwe Witt | Ivonne Yanez u.a.

Juni 2022, 124 Seiten



1/2022 BESITZ ERGREIFEN
Die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« hat Furore gemacht. Sie hat einmal mehr vor Augen geführt, wie fatal es ist, die elementaren Dinge dem Markt zu überlassen. Dabei geht es nicht einfach um Verstaatlichung, sondern um Vergesellschaftung: Demokratische Kontrolle, von den Wohnungen über die Krankenhäuser bis zu den Internetkonzernen. Doch wie werden wir es los, das Privateigentum? Wie vergesellschaftet man die Plattformökonomie? Wie sähe eine kommunale und feministische Sorge-Ökonomie aus? Und was kommt eigentlich nach der Vergesellschaftung?

BEITRÄGE VON Michael Buckmiller | Barbara Fried | Klaus Dörre | Franziska Drohsel | Julia Dück | Tim Engartner | Ulrike Hamann | Armin Kuhn | Ursula Le Guin | Sabine Nuss | Dominik Piétron | Cara Röhner | Jan Schalauske | Nina Scholz | Jenny Stupka | Alex Wischnewski

Februar 2022, 132 Seiten



2/2021 SCHULE MACHEN
In kaum einem Land ist Bildung so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland. Aber wie müsste gerechte Bildung aussehen? Was sind die großen und kleinen Schritte hin zu einer Schule für alle? Was fordern Schüler*innen und wie können Lehrer*innen von ihnen lernen? Warum ist Schule für Kinder aus Arbeiter*innen- und Migrant*innenfamilien oft ein Spießrutenlauf? Was SCHULE MACHEN kann, verrät ein Blick in Klassenzimmer, in denen jetzt schon kooperativ und ohne (Zeit-)Druck gelernt wird.

BEITRÄGE VON Sabine Böddinghaus | Julius van den Burg | Carolin & Christoph Butterwegge | Philipp Dehne | Alex Demirović | Rosemarie Hein | Karl-Heinz Heinemann | Ellen Kollender | Louisa Lullien | Narges Mari | Jan Niggemann | Mona Santos | Martina Zilla Seifert | Susanne Thurn | Hans-Jürgen Urban |

Oktober 2021, 136 Seiten



1/2021 GEWINNEN LERNEN
Sozialistische Politik fällt nicht vom Himmel, sie ist Handarbeit. Denn nur mit Methode kommt die Linke in die Offensive. Wir suchen nach Möglichkeitsfenstern linker Politik und blicken in den Maschinenraum kraftvoller Organisierungen: Wie können wir das GEWINNEN LERNEN? Wie hat es die Mietenbewegung geschafft, dass in Berliner Küchen mittlerweile ganz selbstverständlich von »Enteignung« gesprochen wird? Wie bestreitet die LINKE mit Haustür- und Gartengesprächen den Wahlkampf? Wie geht verbindende Klassenpolitik praktisch? Und wie sah eigentlich eine linke Kampagne vor 100 Jahren aus?

BEITRÄGE VON Lia Becker | Naika Foroutan | Alexander Harder | Paul Heinzel | Susanne Hennig-Wellsow | Elsa Koester | Max Lill | Rika Müller-Vahl | Benjamin Opratko | Jana Seppelt | Jan van Aken | Janine Wissler | Lou Zucker | u.a.

Mai 2021, 152 Seiten



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 3/2022
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-404
Kernredaktion: Harry Adler, Barbara Fried, Rhonda Koch und Hannah Schurian
Redaktion: Leon Burghardt, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Lucie Hammer, Lukas Hoffmann, Maximiliane Kind, Jary Koch, Nam Duy Nguyen, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Aron Schröter, Ingar Solty, Jessica Sommer, Caroline Rübe, Natalie Steinert, Rika Müller-Vahl, Eva Völpel, Moritz Warnke, Florian Wilde und Karla Zierold

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Bildnachweise:
Titelbild: Rebecca Hastings: The Splicer I, 2021,
© VG Bild-Kunst, Bonn 2022
S. 2–3, 28–35: © Edward Burtynsky
S. 4–5, 78–83, 87: © Felix Dorn
S. 6: bengelhard/flickr: ⓘ
S. 12: Tesla Giga Factory Grünheide © Jochen Eckel/IMAGO
S. 21: © Florian Weichert/Unsplash
S. 42: © Markus Spiske/Unsplash
S. 65: © IMAGO/SNA
S. 71: Solarkraftwerk in Marokko, © Magnus Hjalmarson Neideman/IMAGO/SvD/TT
S. 84: © Kilian Witt
S. 90: Lehrer*innenstreik in Los Angeles 2019, Mike Chickey/Wikipedia ⓘⓒ
S. 95: © Lightspruch
Postkarten von Jean-Marc Côté, 1899, aus der Serie Frankreich im Jahr 2000:
S. 100: »Flugtaxi-Station«
S. 102: »Elektrisches Schrubben«
S. 103: »Schulradio«
S. 104: »Wal-Bus«
Postkarten von Villemard, 1910, aus der Serie Frankreich im Jahr 2000:
S.101: »Videotelefonie«
S.105: »Luftfeuerwehr«
S. 106: © Oliver Feldhaus/Umbruch Bildarchiv e. V.
S. 112: manhhai/flickr: ⓘ

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur
www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthies Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design
www.matthies-weber-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus

03
22

Leon Burghardt | Edward Burtynsky | Alex Demirović | Felix Dorn | Lara Eckstein | Nancy Fraser | Lucie Hammer | Franziska Heinisch | Sarah-Lee Heinrich | Olena Lyubchenko | Birgit Mahnkopf | Jason W. Moore | Roland Ngam | Nam Duy Nguyen | Hans Rackwitz | Salvage Collective | Ingar Solty | Nathalie Steinert | Rahel Süß | Frank Voigt | Fanny Zeise | Karla Zierold

DIE ZEITSCHRIFT DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
ISSN 1869-0424